



Anträge

**zum Kleinen Parteitag
der SPD Baden-Württemberg
in Bruchsal**

28. April 2018

Mitglieder der Antragskommission

Baehrens, Heike	Könnecke, Birte	Rosemann, Martin
Bender, Julien	Köpfler, Benjamin	Sagasser-Beil, Tanja
Binder, Sascha	Lange, Christian	Sawade, Annette
Binding, Lothar	Marvi, Judith	Schiele, Andrea
Born, Daniel	Mast, Katja	Seitzl, Lina
Elser, Sonja	Odor, Dominique	Spörkel, Ralph
Harsch, Daniela	Pawlowski, Sarah	Wahl, Florian
Hinderer, Rainer	Pfaff, Raphael	Waibel, Nico
Hornung, Lukas	Repasi, René	Weber, Jonas
Kliche-Behnke, Dorothea	Rolland, Gabi	Weigle, Sebastian

René Repasi	Vorsitzender
Dorothea Kliche-Behnke	Stellvertreterin
Lina Seitzl	Stellvertreter

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

www.spd-bw.de

Kleiner Landesparteitag Bruchsal 28.04.2018

Berichterstatter*innen

Antragsbereich	Berichterstatter*innen	Seite
Digitalisierung	Andrea Schiele Lina Seitzl	2
Außen- und Entwicklungspolitik	René Repasi	61
Arbeit und Soziales	Sarah Pawlowski Andrea Schiele	76
Bildung	Julien Bender Birte Könnecke	93
Europa	René Repasi Lina Seitzl	112
Gesundheit und Pflege	Heike Baehrens	124
Innen, Recht, Wahlen	Daniela Harsch Jonas Weber	128
Integration	Daniel Born	134
Partei und Organisation	René Repasi Dorothea Kliche-Behnke	136
Umwelt und Verkehr	Gabi Rolland	153
Wohnen	Julien Bender Daniela Harsch	165
Statut	René Repasi	177
Initiativanträge und Resolutionen	René Repasi Lina Seitzl	

Digitalisierung

Antragsbereich D/ **Antrag 1**

Kennnummer 13461

Landesverband Baden-Württemberg

Arbeit und Fortschritt in einer neuen Zeit gestalten!

Arbeit und Fortschritt in einer neuen Zeit gestalten!

Arbeit und Fortschritt in einer neuen Zeit gestalten!

Annahme in der Fassung der Antragskommission

5 Wir sind stolz auf die Errungenschaften für unsere Arbeitsgesellschaft, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gemeinsam mit den Gewerkschaften über die vergangenen 155 Jahre erkämpft haben: die Normierung der Arbeitszeit, der
10 Kündigungsschutz, die Etablierung von Betriebsrätinnen und Betriebsräten, die betriebliche Mitbestimmung und die sozialen Sicherungssysteme. An diesen bewährten, sozialstaatlichen Fundamenten wollen wir
15 auch für die moderne Arbeitswelt festhalten.

Die Arbeitsgesellschaft von heute befindet sich in einem spürbaren Wandel. Die Struktur der Arbeit verändert sich, sie wird zeit- und
20 ortsunabhängiger, sie stellt stetig verändernde Qualifizierungsanforderungen an die Beschäftigten. Es ergeben sich aber auch neue Möglichkeiten für eine größere Zeitsouveränität im Leben von Familien.
25 Gleichzeitig gibt es immer neuere Produktions-, Kommunikations- und Wertschöpfungsprozesse, die traditionelle Berufe verändern oder gar verschwinden lassen und neue Berufsbilder hervorbringen.

30 Eine neue industrielle Revolution, die Digitalisierung und der technische Fortschritt sind dafür die wesentlichen Triebfedern. Damit einhergeht, gerade bei uns im
35 industriell geprägten Baden-Württemberg, eine neue historische Mission für die Sozialdemokratie als Partei der Arbeit und

Gleichzeitig ~~gibt es immer~~ **entstehen ständig** neue Produktions-, Kommunikations- und Wertschöpfungsprozesse, ...

des Fortschritts. Wir müssen die
grundlegenden Umbrüche der digitalen
40 Arbeitswelt verstehen, die aufkommende
Transformation aktiv im Sinne der
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
gestalten und dabei sozial verantwortliches
Unternehmertum stärken. Und zwar so, wie
45 es in der deutschen und europäischen
Industriegeschichte immer die Haltung der
Sozialdemokratie war: angstfrei,
selbstbewusst und ohne
Technikfeindlichkeit. Aber auch mit klugen
50 Ideen für Qualifizierung, Tarif- und
Sozialpolitik. Für uns steht der technische
Fortschritt im Dienste der Gesellschaft. Er
soll nicht wenigen, sondern allen Menschen
nutzen!

55 Realitätssinn und Handeln statt Panik und
Verklärung für die Arbeitswelt 4.0

Die Debatte um die „Arbeitswelt 4.0“ liegt in
60 einem Spannungsfeld. Sie ist hin- und
hergerissen zwischen der Befürchtung vom
Ende der Arbeit und der allzu optimistischen
Hoffnung auf ein neues Arbeitszeitalter,
welches die Beschäftigten von der
65 Fremdbestimmung zur Selbstbestimmung,
vom „Lohnempfänger“ zum „Unternehmer“
führt.

Klar ist, dass die Möglichkeiten einer
70 digitalen Lebens- und Arbeitswelt auch neue
Chancen für die Gesellschaft mit sich
bringen. Hierarchien können flacher werden,
Erwerbsformen flexibler und mobiler und die
klassische Verbindung von Arbeitsplatz und
75 Arbeit wird aufgehoben. Das Beispiel
Skandinavien zeigt, wie eine dynamische
Mischung von Job-Training und
Individualisierung der Arbeit umgesetzt
werden kann und Sicherheit mit Mobilität
80 kombiniert. Es ergeben sich vielfältige
Arbeitsmodelle jenseits der Acht-Stunden-
Logik – für alle Geschlechter.

Gleichzeitig gilt es, die Risiken im Auge zu
85 behalten. Entgrenzung von Arbeit,
Überforderung durch ständige Erreichbarkeit
und Leistungserwartung, prekäre

90 Beschäftigungsverhältnisse, nicht gewollte
Scheinselbstständigkeit und Billiglöhne sind
die Schattenseiten einer modernen
Arbeitswelt geworden.

95 Der Rationalisierungsdruck kann sich im
Zuge einer beschleunigten digitalen
Automatisierung – ermöglicht durch stets
perfektere Algorithmen und Fortschritte in
den Feldern der Robotik, der Sensorik und
der Datenanalytik – weiter erhöhen und nicht
100 nur vom Fließband auf die Büroetage
überspringen, sondern auch Jobs im
Dienstleistungssektor gefährden.
Gleichzeitig geht uns aber mitnichten die
Arbeit aus. Den besten Schutz zum Erhalt der
Beschäftigungsfähigkeit bilden auch künftig
105 wirksame Qualifizierungs- und
Weiterbildungsmaßnahmen, ein Leben lang!

Digitale Bildung von Beginn an

Arbeit für alle im digitalen Zeitalter

110 Bildung bleibt auch im digitalen Wandel der
Schlüssel für Teilhabe und Souveränität. Den
Chancen und Herausforderungen des
digitalen Wandels müssen sich die
Bildungseinrichtungen entlang der gesamten
115 Bildungskette stellen, also Kindertagesstätten
ebenso wie Schulen und Einrichtungen der
beruflichen Aus- und Weiterbildung,
Hochschulen und Volkshochschulen. Weil
der digitale Wandel unser Leben und
120 Arbeiten grundlegend verändert, kann auch
das Lehren und Lernen davon nicht unberührt
bleiben. Das Wesen der Digitalisierung zeigt
sich in Dezentralität, Vernetzung und
Austausch, und von diesen Prinzipien muss
125 auch eine neue Lehr- und Lernkultur geprägt
sein. Motivation und Befähigung zum
lebenslangen Lernen spielen eine zentrale
Rolle und müssen Mut machen, sich immer
wieder auf Neues einzulassen. Neben den
130 digitalen Kompetenzen zu Medien,
Informationen und Daten, wie sie der
Kompetenzrahmen der Kultus-
ministerkonferenz so umfangreich wie richtig
umschreibt, ist eine informatische
135 Grundbildung vonnöten, die ein Verständnis
für die rechtlichen und die technischen
Zusammenhänge des Netzes und für die

Wir wollen als Sozialdemokratinnen und
Sozialdemokraten gute Arbeit für alle als
universelle Grundlage für die digitale
Arbeitsgesellschaft schaffen. Wenn wir die
bevorstehenden Herausforderungen aktiv
gestalten, wird uns auch in Zukunft die Arbeit
nicht ausgehen. Wir stehen für eine
Wirtschaftspolitik, die vorausschauend agiert
und die Entwicklungen selbst gemeinsam mit
den gesellschaftlichen Kräften bestimmt
anstatt nur zu reagieren. Nur so können wir
aus technologischem Fortschritt sozialen und
ökologischen Fortschritt machen. Wir wollen
dafür sorgen, dass alle Bürgerinnen und
Bürger von der Digitalisierung profitieren.

Oberstes Ziel ist es, die Möglichkeiten der
Digitalisierung zu nutzen, um gute Arbeit
auch im digitalen Zeitalter zu sichern,
sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
weiter zu fördern sowie die Arbeits- und
Lebensperspektiven der Menschen zu
verbessern. Dies wollen wir gemeinsam mit
den Sozialpartnern erreichen.

Auch im digitalen Zeitalter bekennen wir uns
zum Produktionsstandort Deutschland.
Industrielle Produktion wollen wir in

- Wirkungsweise von Algorithmen und Daten ermöglicht. Um allen Menschen Zugang zur digitalen Bildung zu ermöglichen, müssen sich die formalen Bildungsangebote der öffentlichen Hand auch für non-formal Lernende öffnen.
- Dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist zu entnehmen, dass mit der Überwindung des Kooperationsverbots die Vereinbarung einer gemeinsamen Offensive für digitale Bildung von Bund und Ländern verbunden wird. Mit dem Digitalpakt kommen Investitionsmittel des Bundes in die digitale Ausstattung der Schulen, die auch in Baden-Württemberg den unterschiedlichen Ausstattungsstand der Bildungseinrichtungen und die Leistungsfähigkeit der Kommunen in den Blick nehmen müssen. Im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarung muss die Landesregierung in Baden-Württemberg Verantwortung übernehmen, für die verpflichtende Verankerung und den Ausbau medien- und digitaldidaktischer Kompetenzen in der Aus- und Weiterbildung des pädagogischen Personals, damit digitale Grundbildung und die fächerübergreifende Umsetzung der digitalen Kompetenzanforderungen des Bildungsplans umgesetzt werden können. Damit der digitale Wandel als Kulturwandel des Lehrens und Lernens an den Bildungseinrichtungen gelingt, benötigen sie Freiräume und professionelle Unterstützung für die Schul- und Organisationsentwicklung. Die Organisation der Schule und des Lehrens und Lernens muss ebenso wie die Verfügbarkeit und der Austausch von digitalen Lehr- und Lernmitteln und -konzepten auf gemeinsamen, offenen Plattformen endlich gewährleistet werden. Insgesamt ist in der Umsetzung der KMK- Handlungsstrategie eine konzertierte und auf Synergien bedachte Zusammenarbeit unter den Ländern anzustreben.
- Weiterbildung ist der Schlüssel, damit die Beschäftigten sich den Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt stellen und den sich immer schneller verändernden
- Deutschland erhalten und weiterentwickeln. Gerade Baden-Württemberg ist als Industriestandort auf zukunftsfähige Produktionsarbeitsplätze angewiesen.
- Im Zuge der Digitalisierung wollen wir das hohe und hochwertige Arbeitsplatzangebot in der Industrie und den industrienahen Dienstleistungen sichern. Die Stärkung der Mitbestimmung zur optimalen Reform der Arbeitsorganisation und -gestaltung in den Betrieben ist dabei von großer Bedeutung. **Das Betriebsverfassungsgesetz muß länderübergreifend weiterentwickelt werden.** Nur durch Mitbestimmung können die innerbetrieblichen Veränderungsprozesse sozial gestaltet und die Eigenverantwortung der Beschäftigten unter Berücksichtigung ihrer individuellen Fähigkeiten weiter verbessert werden. Für ~~Arbeiterinnen und Arbeiter~~ **Beschäftigte** in der Industrie bietet die Digitalisierung große Chancen, die wir gemeinsam mit den Belegschaften und ihren Betriebsrätinnen und Betriebsräten nutzen wollen.
- Gleichzeitig wollen wir Forschung und Entwicklung am Standort weiter ausbauen. Wir wollen dazu beitragen, dass unsere Industrie und unser Mittelstand bei den großen Megatrends an der Spitze stehen. Dies gilt in besonderem Maße für neue Mobilitätskonzepte und die Fortsetzung der Energiewende. Ebenso wollen wir auch neue innovative Wirtschaftsbereiche stärken. Dies gilt in besonderem Maße für die Gesundheitswirtschaft – Medizintechnik und Biomedizin. Hier liegen einerseits große Chancen für zukünftiges Wachstum und neue Arbeitsplätze, andererseits große Chancen zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Diese Chancen wollen wir gemeinsam mit den Akteuren in Wissenschaft und Wirtschaft nutzen. Hierbei setzen wir auf ehrgeizige Ziele. Die kommenden beiden Jahrzehnte wollen wir nutzen, um den Krebs zu besiegen.
- Politik muss die Bürgerinnen und Bürger unterstützen, um sie für den digitalen Wandel

190 Qualifikationsanforderungen gerecht werden können. Der digitale Wandel verlangt neue
 Ansätze in der Weiterbildung. Weiterbildung muss der berufsbegleitende Normalfall
 195 werden und nicht erst einsetzen, wenn Arbeitslosigkeit droht oder entstanden ist. Die verschiedenen Weiterbildungsangebote
 in Bund und Ländern wollen wir im Rahmen einer nationalen Weiterbildungsstrategie
 unter Einbeziehung der Sozialpartner bündeln und weiterentwickeln. Wir begrüßen
 200 das im Koalitionsvertrag verankerte Recht auf Weiterbildungsberatung für alle
 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wird im Rahmen dieser Weiterbildungsberatung
 ein Weiterbildungsbedarf festgestellt, wollen wir einen Rechtsanspruch auf Freistellung
 205 des Arbeitnehmers für diese Weiterbildung. Zur Finanzierung eines außerbetrieblichen
 Weiterbildungsbedarfs wollen wir die Arbeitslosenversicherung zur
 Arbeitsversicherung weiterentwickeln.

210 **Digitale Bildung von Beginn an**
 Gute Arbeit für alle im digitalen Zeitalter

215 Wir wollen als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gute Arbeit für alle als
 universelle Grundlage für die digitale Arbeitsgesellschaft schaffen. Wenn wir die
 bevorstehenden Herausforderungen aktiv gestalten, wird uns auch in Zukunft die Arbeit
 nicht ausgehen. Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die vorausschauend agiert
 220 und die Entwicklungen selbst gemeinsam mit den gesellschaftlichen Kräften bestimmt
 anstatt nur zu reagieren. Nur so können wir aus technologischem Fortschritt sozialen und
 225 ökologischen Fortschritt machen. Wir wollen dafür sorgen, dass alle Bürgerinnen und
 Bürger von der Digitalisierung profitieren.

230 Oberstes Ziel ist es, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, um gute Arbeit
 auch im digitalen Zeitalter zu sichern, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
 weiter zu fördern sowie die Arbeits- und Lebensperspektiven der Menschen zu
 235 verbessern. Dies wollen wir gemeinsam mit den Sozialpartnern erreichen.

Bildung bleibt auch im digitalen Wandel der Schlüssel für Teilhabe und Souveränität. Den
 Chancen und Herausforderungen des digitalen Wandels müssen sich die
 Bildungseinrichtungen entlang der gesamten Bildungskette stellen, also Kindertagesstätten
 ebenso wie Schulen und Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung,
 Hochschulen und Volkshochschulen. **Bildung und Weiterbildung sichern die gesellschaftliche Teilhabe für alle. Deshalb muss unser Bildungssystem - von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule sowie zum Meisterabschluss - gebührenfrei sein.** Weil der digitale Wandel
 unser Leben und Arbeiten grundlegend verändert, kann auch das Lehren und Lernen
 davon nicht unberührt bleiben. Das Wesen der Digitalisierung zeigt sich in Dezentralität,
 Vernetzung und Austausch, und von diesen Prinzipien muss auch eine neue Lehr- und
 Lernkultur geprägt sein. Motivation und Befähigung zum lebenslangen Lernen spielen
 eine zentrale Rolle und müssen Mut machen, sich immer wieder auf Neues einzulassen.
 Neben den digitalen Kompetenzen zu

Auch im digitalen Zeitalter bekennen wir uns
 zum Produktionsstandort Deutschland.
 Industrielle Produktion wollen wir in
 Deutschland erhalten und weiterentwickeln.
 Gerade Baden-Württemberg ist als
 Industriestandort auf zukunftsfähige
 Produktionsarbeitsplätze angewiesen.

Im Zuge der Digitalisierung wollen wir das
 hohe und hochwertige Arbeitsplatzangebot in
 der Industrie und den industrienahen
 Dienstleistungen sichern. Die Stärkung der
 Mitbestimmung zur optimalen Reform der
 Arbeitsorganisation und -gestaltung in den
 Betrieben ist dabei von großer Bedeutung.
 Nur durch Mitbestimmung können die
 innerbetrieblichen Veränderungsprozesse
 sozial gestaltet und die Eigenverantwortung
 der Beschäftigten unter Berücksichtigung
 ihrer individuellen Fähigkeiten weiter
 verbessert werden. Für Arbeiterinnen und
 Arbeiter in der Industrie bietet die
 Digitalisierung große Chancen, die wir
 gemeinsam mit den Belegschaften und ihren
 Betriebsrätinnen und Betriebsräten nutzen
 wollen.

Gleichzeitig wollen wir Forschung und
 Entwicklung am Standort weiter ausbauen.
 Wir wollen dazu beitragen, dass unsere
 Industrie und unser Mittelstand bei den
 großen Megatrends an der Spitze stehen. Dies
 gilt in besonderem Maße für neue
 Mobilitätskonzepte und die Fortsetzung der
 Energiewende. Ebenso wollen wir auch neue
 innovative Wirtschaftsbereiche stärken. Dies
 gilt in besonderem Maße für die
 Gesundheitswirtschaft – Medizintechnik und
 Biomedizin. Hier liegen einerseits große
 Chancen für zukünftiges Wachstum und neue
 Arbeitsplätze, andererseits große Chancen
 zur Verbesserung der Lebensqualität der
 Bürgerinnen und Bürger. Diese Chancen
 wollen wir gemeinsam mit den Akteuren in
 Wissenschaft und Wirtschaft nutzen. Hierbei
 setzen wir auf ehrgeizige Ziele. Die
 kommenden beiden Jahrzehnte wollen wir
 nutzen, um den Krebs zu besiegen.

Medien, Informationen und Daten, wie sie
 der Kompetenzrahmen der Kultus-
 ministerkonferenz so umfangreich wie richtig
 umschreibt, ist eine informatische
 Grundbildung vonnöten, die ein Verständnis
 für die rechtlichen und die technischen
 Zusammenhänge des Netzes und für die
 Wirkungsweise von Algorithmen und Daten
 ermöglicht. Um allen Menschen Zugang zur
 digitalen Bildung zu ermöglichen, müssen
 sich die formalen Bildungsangebote der
 öffentlichen Hand auch für non-formal
 Lernende öffnen.

Dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung
 ist zu entnehmen, dass mit der Überwindung
 des Kooperationsverbots die Vereinbarung
 einer gemeinsamen Offensive für digitale
 Bildung von Bund und Ländern verbunden
 wird. Mit dem Digitalpakt kommen
 Investitionsmittel des Bundes in die digitale
 Ausstattung der Schulen, die auch in Baden-
 Württemberg den unterschiedlichen
 Ausstattungsstand der Bildungseinrichtungen
 und die Leistungsfähigkeit der Kommunen in
 den Blick nehmen müssen. Im Rahmen der
 Bund-Länder-Vereinbarung muss die
 Landesregierung in Baden-Württemberg
 Verantwortung übernehmen, für die
 verpflichtende Verankerung und den Ausbau
 medien- und digitaldidaktischer
 Kompetenzen in der Aus- und Weiterbildung
 des pädagogischen Personals, damit digitale
 Grundbildung und die fächerübergreifende
 Umsetzung der digitalen
 Kompetenzanforderungen des Bildungsplans
 umgesetzt werden können. Damit der digitale
 Wandel als Kulturwandel des Lehrens und
 Lernens an den Bildungseinrichtungen
 gelingt, benötigen sie Freiräume und
 professionelle Unterstützung für die Schul-
 und Organisationsentwicklung. Die
 Organisation der Schule und des Lehrens und
 Lernens muss ebenso wie die Verfügbarkeit
 und der Austausch von digitalen Lehr- und
 Lernmitteln
 und -konzepten auf gemeinsamen, offenen
 Plattformen endlich gewährleistet werden.
 Insgesamt ist in der Umsetzung der KMK-
 Handlungsstrategie eine konzertierte und auf

Politik muss die Bürgerinnen und Bürger unterstützen, um sie für den digitalen Wandel fit zu machen. Dies beginnt in der Schule, geht weiter über Ausbildung und Studium und betrifft das gesamte Arbeitsleben. Die Digitalisierung eröffnet neue Chancen für selbstbestimmtes zeit- und ortsflexibles Arbeiten. Um diese im Interesse der Beschäftigten zu nutzen, wollen wir die Rechte der Beschäftigten zur Bestimmung der Arbeitszeitlage und des Ortes verbessern. Die Ansätze für neue Chancen müssen durch einen Rahmen zur Stärkung der digitalen Akzeptanz flankiert werden. Hierfür wollen wir den Schutz der Beschäftigten und die soziale Sicherung an das digitale Zeitalter anpassen.

Mehr Souveränität für die Beschäftigten

Die Chancen der Digitalisierung wollen wir nutzen, um den Beschäftigten mehr Zeitsouveränität zu ermöglichen. Mehr selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung ist ein zentrales Ziel, um mehr Vereinbarkeit von Arbeit und Leben zu ermöglichen. Beschäftigte sollen mehr Wahlmöglichkeiten bei ihrer Arbeitszeit und für ihren Arbeitsort erhalten, sofern betriebliche Belange dem nicht entgegenstehen. Wir wollen daher in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Unternehmen ein Wahlarbeitszeitgesetz auf den Weg bringen, in dem Rechtsansprüche der Beschäftigten, finanzielle Unterstützung in bestimmten Lebensphasen und Anreize für die Aushandlung betrieblicher Wahlarbeitskonzepte miteinander verzahnt sind. Ein erster Schritt ist hierbei das im Koalitionsvertrag verankerte Recht, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit zurückzukehren.

Anstrengungen der Sozialpartner, Familienzeitmodelle und Arbeitszeitverkürzung für Weiterbildungen durch tarifvertraglich abgesicherte Zuschläge der Arbeitgeber attraktiver auszugestalten, wollen wir durch steuerliche Freistellung der Zuschläge fördern.

Synergien bedachte Zusammenarbeit unter den Ländern anzustreben.

Weiterbildung ist der Schlüssel, damit die Beschäftigten sich den Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt stellen und den sich immer schneller verändernden Qualifikationsanforderungen gerecht werden können. Der digitale Wandel verlangt neue Ansätze in der Weiterbildung. Weiterbildung muss der berufsbegleitende Normalfall werden und nicht erst einsetzen, wenn Arbeitslosigkeit droht oder entstanden ist. Die verschiedenen Weiterbildungsangebote in Bund und Ländern wollen wir im Rahmen einer nationalen Weiterbildungsstrategie unter Einbeziehung der Sozialpartner bündeln und weiterentwickeln. Wir begrüßen das im Koalitionsvertrag verankerte Recht auf Weiterbildungsberatung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wird im Rahmen dieser Weiterbildungsberatung ein Weiterbildungsbedarf festgestellt, wollen wir einen Rechtsanspruch auf Freistellung des Arbeitnehmers für diese Weiterbildung. Zur Finanzierung eines außerbetrieblichen Weiterbildungsbedarfs wollen wir die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln.

340 Zu mehr Selbstbestimmung für die
Beschäftigten gehört auch die Frage des
Arbeitsorts. Wir wollen daher mehr mobile
Arbeit ermöglichen und diese rechtlich
absichern. Deshalb begrüßen wir, dass im
Koalitionsvertrag die Schaffung eines
345 rechtlichen Rahmens für mobile Arbeit
vorgesehen ist. Dabei ist es unser Ziel, dass
die Tarifparteien Vereinbarungen dazu
treffen. Wir halten an der Beweislastumkehr
fest, Arbeitgeber sollen begründen müssen,
350 wenn der Wunsch nach mobiler Arbeit
abgelehnt wird.

Wir wollen Langzeitkonten für Beschäftigte
und Betriebe attraktiver machen. Dabei
wollen wir erreichen, dass Langzeitkonten in
355 verstärktem Maße betriebsübergreifend
organisiert werden können.

Arbeitnehmer*innenrechte und
Arbeitnehmer*innenschutz weiterentwickeln
360

Wir wollen gute Arbeit in der digitalen
Arbeitswelt. Deshalb wollen wir die
betriebliche Mitbestimmung ausweiten sowie
Arbeitnehmerrechte und den Schutz der
365 Beschäftigten auch in der digitalen
Arbeitswelt sicherstellen. Notwendig ist
Vertrauen durch Mitbestimmung und
Beteiligung der Beschäftigten und ihrer
Interessenvertretungen insbesondere auch bei
370 der Einführung neuer digitaler Technologien.
Die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene
vorgesehene Stärkung des Vorstands- ~~Vorstands-~~Initiativrechts
für Betriebsräte bei der
betrieblichen Weiterbildung begrüßen wir.

375 Auch in einer digitalisierten Arbeitswelt sind
Vorgaben zum Schutz vor Überforderung
weiter nötig. Wir wollen eine Klarstellung
des Rechts auf Nicht-Erreichbarkeit schaffen,
380 um Belastungen, die sich mit orts- und
zeitflexibler Arbeit verbinden, zu begrenzen.

Um den Herausforderungen der
Digitalisierung im Bereich des
385 Arbeitsschutzes gerecht zu werden, wollen
wir das Arbeitsschutzrecht um verbindlichere
Regelungen erweitern. Dies betrifft

besonders die wirksamere Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen.

390 Im Zuge der Digitalisierung kommt es zu erhöhten Gefährdungen des Persönlichkeitsrechts von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Big Data, Überwachungssoftware und Scoring-Verfahren. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir das im Koalitionsvertrag verankerte Vorhaben, den Beschäftigtendatenschutz zu regeln.

400 Neue Beschäftigungsformen brauchen soziale Sicherheit

405 Im digitalen Wandel von Wirtschaft und Arbeit beobachten wir eine zunehmende Mobilität und damit Unabhängigkeit der Arbeitsleistung von Ort und Zeit. Dies ist verbunden mit einer wachsenden Diversifizierung von Erwerbs- und Beschäftigungsformen durch neue Geschäftsmodelle, z.B. auf Plattformen. Mit diesen Entwicklungen sind persönliche Freiheiten, aber auch neue Unsicherheiten verbunden. Flexible Arbeitszeiten und Arbeitsformen, mehr (Solo-) Selbstständigkeit und neue Formen der Selbstständigkeit machen es notwendig, unser System von Mitbestimmung, Arbeitsschutz und sozialer Sicherung so weiterzuentwickeln, dass sie Freiheit und Sicherheit auch in einer digitalen Arbeitswelt im Interesse der Arbeitenden miteinander verbinden.

410

415

420

425 Um den sozialen Schutz von Selbstständigen zu verbessern, wollen wir diese in die gesetzlichen Sozialversicherungen einbeziehen. Selbstständige, die bisher in keinem solidarischen System pflichtversichert sind, wollen wir in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Im Gegenzug wollen wir den Mindestbeitrag für Selbstständige in der gesetzlichen Krankenversicherung reduzieren und die Beitragsbemessung wie bei den abhängig Beschäftigten einkommensabhängig ausgestalten. Die im Koalitionsvertrag

430

435

vereinbarten Maßnahmen sind erste wichtige Schritte auf diesem Weg.
440 Wir halten an unserem Ziel einer Erwerbstätigenversicherung für die Rente und einer solidarischen Bürgerversicherung für die Krankenversicherung fest.

445 Auch den Zugang von Selbstständigen zu Leistungen der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung wollen wir erweitern. Insbesondere wollen wir auch ihnen ein Angebot im Bereich der
450 Weiterbildungsberatung machen. Die jetzige Leistungsbemessung bei Selbstständigen anhand von Qualifikationsklassen wollen wir durch eine Beitrags- und damit Einkommensbezogene Leistungsgewährung
455 im Fall der Arbeitslosigkeit ersetzen. Langfristig wollen wir Selbstständige verpflichtend in die gesetzliche Arbeitslosenversicherung einbeziehen.

460 Eine besondere Herausforderung stellen plattformvermittelte Dienstleistungen und Crowdfunding dar. Wir wollen prüfen, in welcher Weise diese in das Arbeitsverhältnis- und Sozialrecht einbezogen werden können.
465 Zudem wollen wir die individuelle und gemeinsame Interessenwahrnehmung gegenüber Auftraggebern stärken und hierbei bestehende kartellrechtliche Hürden abbauen.

470 Die „digitale Rendite“ gerecht verteilen

Die Digitalisierung verspricht für die kommenden Jahre und Jahrzehnte
475 technologiegetriebene, riesige Produktivitätsfortschritte in unserer Volkswirtschaft, wenn konsequent die richtigen Rahmenbedingungen dafür realisiert werden. Wir wollen als
480 Sozialdemokratie dafür Sorge tragen, dass die Erträge aus den Produktivitätsvorsprüngen durch die Digitalisierung und damit die verbleibende bezahlte Arbeitszeit gerecht verteilt werden.
485 Über gute Löhne wollen wir die Beschäftigten an der digitalen Rendite beteiligen. Hierzu wollen wir gemeinsam mit

den Gewerkschaften die Tarifbindung stärken und Anreize für eine höhere
490 Tarifbindung setzen. Eine älter werdende Gesellschaft braucht gute soziale Dienstleistungen in Kinderbetreuung, Schule, Integration, Alltagsbegleitung und Pflege. Die digitale Rendite muss dahin gehen, wo
495 wir bisher zu wenige Ressourcen haben – zum Beispiel in die Bildung und das Gesundheitswesen. Hier brauchen wir nicht nur mehr Arbeit, sondern vor allem auch gut bezahlte Arbeit und gute
500 Arbeitsbedingungen. Wenn der durch die Digitalisierung der Arbeit erwirtschaftete Reichtum nicht gerecht verteilt wird, bekommen wir massenhaft gering bezahlte Arbeit.

505 Arbeit bleibt für uns der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Bedingungslose Grundeinkommensmodelle können daher keine Antwort auf die digitale
510 Arbeitsgesellschaft sein. Die öffentliche Debatte darum zeigt aber das große Bedürfnis an sozialer Absicherung in einer sich rasant verändernden Zeit. Deshalb scheuen wir diese Debatte nicht. Gerade in Zeiten des
515 Wandels braucht es eine Neubegründung des Sozialstaats, der allen Menschen Sicherheit und eine positive Zukunftsperspektive gibt.

Eine sozial verantwortliche
520 Unternehmenskultur für die Digitalisierung

Wir wollen bei den
Unternehmensgründungen im Informations- und Telekommunikationstechnik (IKT)-
525 Sektor eine Kultur der zweiten Chance wesentlich stärker fördern. Hier ändern sich Märkte ausgesprochen schnell, Chancen und Risiken liegen eng beieinander. Die Gesellschaft muss verstehen, dass
530 Unternehmertum gerade zu Beginn aus Ausprobieren, Versuchen, Wagen, Lernen und Testen besteht. Dies kann gelegentliches Scheitern beinhalten.

535 Wir wollen internationalen Fachkräften und insbesondere Gründerinnen und Gründern den Start in Deutschland so einfach und

attraktiv wie möglich gestalten und daher
gemeinsam mit Ländern und der Wirtschaft
540 deutschlandweit „Welcome Centers“
unterstützen. Diese sollen als one-stop-
service Fragen und Behördengänge unter
einem Dach klären. Zusätzlich sollen sie bei
der Jobvermittlung der Partnerinnen und
545 Partner von internationalen Fachkräften
unterstützen, eine der wichtigsten
Fragestellungen für die Annahme eines
Jobangebotes in Deutschland.

550 Digitaler Wandel in Baden-Württemberg:
Die Landesregierung muss in Beschäftigung,
Bildung und Mittelstand investieren

Baden-Württemberg befindet sich in einer
555 guten Ausgangslage, um an den großen
Potenzialen der Digitalisierung zu
partizipieren. Keine andere Region vereint
dafür so viele wichtige Voraussetzungen:
Dazu zählen einerseits die Digital- und
560 Produktionskompetenz in Schlüsselbranchen
wie dem Maschinen- und Anlagenbau, der
Elektrotechnik, dem Fahrzeugbau und der
Informations- und
Telekommunikationstechnik (IKT), die in
565 unserem Land knapp eine Million
Arbeitsplätze und über 200 Milliarden Euro
Umsatz stellen, und andererseits die
hervorragend qualifizierten Auszubildenden
und Beschäftigten in den Betrieben.

570 Wir brauchen eine wache Landesregierung,
um auf Basis dieses Potenzials die Weichen
für die Zukunft Baden-Württembergs zu
stellen. Wir erwarten eine
575 Qualifizierungsoffensive, die vom Land
Baden-Württemberg angestoßen, begleitet
und finanziell gefördert wird. Wir
unterstützen die Forderung der SPD-
Landtagsfraktion, auf Landesebene einen mit
580 zehn Millionen Euro dotierten
Weiterbildungsfonds einzurichten, der im
Rahmen einer Komplementärfinanzierung
zwischen Land und Unternehmen
Weiterbildungsformate fördert. Dabei muss
585 es insbesondere auch darum gehen, die

Weiterbildung Geringqualifizierter verstärkt
in den Blick zu nehmen.

590

Die Grundlage für die moderne Arbeitswelt
wird an unseren Schulen geschaffen.
Investitionen in digitale Bildung, eine der
zentralen Zukunftsaufgaben unseres Landes,
595 dürfen nicht durch die zögerliche Politik der
Landesregierung verhindert werden. Die SPD
Baden-Württemberg will die Vermittlung
von Medienkompetenz, technischen
Grundkenntnissen und Informatik zum
600 elementaren Bildungsbestandteil an unseren
Schulen und Berufsschulen machen und so
unsere Schülerinnen und Schüler auf die
Herausforderungen von heute und morgen
vorbereiten und eine Voraussetzung schaffen,
605 qualifizierte Fachkräfte auszubilden, die für
die Zukunftsfähigkeit unserer mittelständisch
geprägten Wirtschaft entscheidend sind.

Wir sind überzeugt von der Idee, für
610 Beschäftigte ein individuelles Chancenkonto
zur Weiterbildung und beruflichen
Entwicklung einzurichten. Wir begrüßen
deshalb, dass im Koalitionsvertrag auf
Bundesebene die Grundlage für die
615 Erprobung des Chancenkontos gelegt wird.
Wir streben auf Landesebene an, in einer
räumlich noch zu definierenden baden-
württembergischen Modellregion das
Konzept eines „Chancenkontos“ für
620 Erwerbstätige unter Realbedingungen zu
erproben. Ein solches Konto könnte die
Motivation, Weiterentwicklungen im
Berufsleben aktiv in die Hand zu nehmen,
erhöhen.

625

Ungeachtet dessen muss die Grün-Schwarze
Landesregierung ihre Angriffe auf das
Bildungszeitgesetz einstellen und stattdessen
verstärkt auf die Möglichkeiten der
630 Bildungszeit hinweisen, um dann – wie
ursprünglich geplant – nach vier Jahren eine
Evaluation vorzunehmen.

Für die SPD Baden-Württemberg ist es ein
635 zentrales Anliegen, dass das Land Baden-
Württemberg kleinere und mittlere
Unternehmen bei der Bewältigung der

anstehenden Transformationsprozesse durch
eine offensivere Industrie- und
640 Strukturpolitik unterstützt.

Wir fordern die Einrichtung einer Landes-
Innovationsagentur, die Unternehmen mit
Modernisierungsbedarf und anstehenden
645 Erneuerungsprozessen unterstützt und
Hürden zur Innovation abmildert. Kleinere
und mittlere Unternehmen, die infolge des
technologischen Wandels Gefahr laufen,
disruptive Prozesse nicht alleine bewältigen
650 zu können bzw. nicht in der Lage sind, die
dafür erforderlichen Investitionen aus
eigenen Finanzmitteln zu stemmen, sollen
vom Land Baden-Württemberg auf diesem
Wege eine niederschwellige und
655 unbürokratische Beratung bzw.
weitergehende Unterstützung erhalten, damit
sie die Transformation erfolgreich meistern
können. Hier bieten sich
Genossenschaftsmodelle an, um gemeinsame
660 Aufgaben für Betriebe zu übernehmen und
unternehmensübergreifende Lösungen zu
entwickeln.

Gleichzeitig müssen alle Regionen im Land
665 gleichermaßen an den Errungenschaften und
Beteiligungsmöglichkeiten der Digitalen
Revolution teilhaben können. Wir wollen
einen glasfasergebundenen, flächendeckenden
Internet-Breitband-
670 Ausbau von mindestens 100 Mbit/s. Das
Grundrecht auf Breitband und auf
Netzneutralität sind große Ziele, der
Breitbandausbau dafür die technische
Grundlage. Ohne Netz gibt es keinen
675 Fortschritt bei der Digitalisierung.

Herausforderungen des digitalen Wandels
gemeinsam meistern

680 Die SPD Baden-Württemberg nimmt die
Herausforderungen des digitalen Wandels
mutig an und steht fest an der Seite der
Betriebe und Beschäftigten im Land. Wir
stellen den Menschen in den Mittelpunkt der
Arbeitswelt 4.0, die wir als Partei der Arbeit
und des Fortschritts in den nächsten Jahren
gemeinsam gestalten werden.

Wir wollen einen glasfasergebundenen,
flächendeckenden ~~Internet-Breitband-~~
~~Ausbau von mindestens 100 Mbit/s~~ **Ausbau**
eines Gigabit-Netzes.

Antragsbereich D/ **Antrag 2**

Kenntnummer 13509

Ortsverein Heubach 73540

(Kreisverband Ostalb)

Kreisverband Mannheim

Kreisverband Heidenheim

Kreisverband Göppingen

Die Arbeitswelt der Zukunft

Die Arbeitswelt der Zukunft

Der dynamische Wandel der Arbeitswelt durch Digitalisierung und technologischen Fortschritt ist in vollem Gange. Der technologische Wandelschafft für die Menschen und die Wirtschaft in Baden-Württemberg neue, ungeahnte Möglichkeiten der unternehmerischen und persönlichen Weiterentwicklung und Teilhabe an Wohlstand und Prosperität.

Die SPD Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass die Chancen dieses Fortschritts für die Menschen und die Wirtschaft in Baden-Württemberg nachhaltig genutzt werden. Wir wollen alle Beschäftigten und ihre Familien sowie die Unternehmen zu Gewinnern der Arbeitswelt der Zukunft machen.

1. Wir gestalten die digitale Transformation gemeinsam mit den Beschäftigten!

Die digitale Transformation stellt Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen vor große Herausforderungen. Hochentwickelte Automatisierungs- und Assistenzsysteme werden die Arbeitswelt in den Fabrikhallen und an den Werkbänken weiter revolutionieren. Die Umstrukturierung von Arbeits- und Produktionsprozessen wird mit der Flexibilisierung von Arbeitszeiten und -orten einhergehen. In Baden-Württemberg wird der technologische Wandel zudem durch die Zeitenwende im Automobilsektor mit einer Hinwendung zu alternativen Antriebstechniken sowie

Erledigt durch Annahme von Antrag D 1 in der Fassung der Antragskommission

selbstfahrenden und vernetzten Fahrzeugen potenziert.

40

Der technologische Wandel setzt nicht nur einen Kultur- und Bewusstseinswandel bei Unternehmen und Beschäftigten voraus, sondern bedingt auch eine Veränderung der realen Arbeitswelt und wird dazu führen, dass tradierte Berufsbilder und die zugrundeliegenden Ausbildungscurricula zukunftsfest fortentwickelt werden müssen; zudem werden neue Berufsbilder entstehen. Neugestaltete Arbeitsprozesse lassen Beschäftigungsarten anspruchsvoller werden, gleichwohl müssen wir uns gemeinsam der Herausforderung stellen, dass im Zuge des technologischen Wandels womöglich auch der Wegfall von Arbeitsplätzen droht – in manchen Regionen unseres Landes infolge eines branchenspezifisch hohen Substitutionspotentials sogar überdurchschnittlich.

45

50

55

60

Wir werden im Rahmen dieser technologischen Transformation den Interessen der Beschäftigten Gehör verschaffen. Dies gilt sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Denn gerade die Verbindung von urbanen Zentren und ländlichen Strukturen macht die wirtschaftliche Stärke Baden-Württembergs aus. Deswegen ist die Sicherstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den urbanen Zentren und im ländlichen Raum, mithin in allen Regionen Baden-Württembergs nicht nur ein wirtschaftliches Ziel, sondern auch eine soziale Verantwortung. Moderne Strukturpolitik darf keine Region abschreiben und sich nicht nur auf die Ballungszentren beschränken.

65

70

75

80

2. Flexibilität ja, aber nur selbst- und mitbestimmt! Wir wollen mehr Freiheit und Zeitsouveränität für Beschäftigte, nicht weniger!

85

Die Zukunft der Arbeit darf kein Szenario darstellen, in der die Rechte der Beschäftigten, gewerkschaftlich organisierte Mitbestimmung, Gesundheitsschutz und die

90 Sicherstellung von zeitlicher und räumlicher
Trennung von Arbeit und Freizeit eine
untergeordnete Rolle spielen. Im Gegenteil:
die Potenziale, die durch eine digitale
Fortentwicklung der Arbeitswelt entstehen,
müssen genutzt werden, um beispielsweise
95 die individuelle Work-Life-Balance, die
persönliche Weiterentwicklung sowie die
Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter
zu verbessern. Darauf ausgerichtete
Arbeitszeitkonten-Modelle können mehr
100 Selbstbestimmung und Freiheit in der
persönlichen Lebensplanung für Beschäftigte
bringen.

Die Arbeit ist nicht an einen Ort gebunden,
und sie wird zukünftig noch weniger an
105 festgelegte Zeiten gebunden
sein. Selbständiges, eigenverantwortliches
und flexibel gestaltbares Arbeiten im Betrieb,
aber auch zu Hause, spielen hierbei eine
bedeutende Rolle. Erfolgt die Flexibilisierung
110 selbstbestimmt, kann sie eine Bereicherung
sein. Wo sie auferlegt wird oder zu einer
Entgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit
führt, kommt es zu einseitigen Belastungen
für die Beschäftigten. In Unternehmen, in
115 denen die Flexibilisierung von Arbeitszeit
und Arbeitsort jedoch sensibel und im
Einvernehmen mit den Beschäftigten
gehandhabt wird, kann sie zu einer
Bereicherung und zu größerer persönlicher
120 Freiheit führen. Die Erfolgsmodelle einer
flexibleren Arbeitswelt zeigen, dass auf
Augenhöhe zwischen
Arbeitnehmervetretern und
Arbeitgeberverbänden bzw. Unternehmen
125 auf Basis von Tarifverträgen oder
Betriebsvereinbarungen ausgehandelte
Arbeitszeitmodelle den Weg weisen.

Es ist zu prüfen, ob auch das
130 Arbeitszeitgesetz an neue Gegebenheiten
anzupassen ist. Der Gesetzentwurf aus der
Feder des SPD-geführten
Bundesarbeitsministeriums geht in die
richtige Richtung. Es braucht
135 Experimentierräume, um – wissenschaftlich
begleitet – zu ergründen, wie die Arbeitszeit
gestaltet werden kann und wie flexible

Arbeitsformen aussehen können. Wir
fordern, dass Tarifparteien und Betriebsräte
140 bei der konkreten Umsetzung vor Ort
mitentscheiden können.

Für die SPD Baden-Württemberg ist eines
klar: Wir müssen bei der Flexibilisierung der
145 Arbeitswelt klare, nicht
verhandelbare Leitplanken einziehen. Die
Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben
dürfen nicht verwischt werden. Es braucht
weiterhin ein Privatleben ohne Arbeit und
150 eine geschützte Freizeit. Es gibt ein Recht auf
Unerreichbarkeit.

Die SPD Baden-Württemberg macht sich in
diesem Zusammenhang dafür stark, dass dem
155 Faktor Flexibilisierung stets die Faktoren
Zeitsouveränität und Selbstbestimmung
gleichgestellt werden. Eine gesteigerte
Flexibilität erfordert zudem eine
tiefergehende Auseinandersetzung mit der
160 Thematik der Mitbestimmung, des
Arbeitsschutzes, der Sicherheit der
Beschäftigung und des Einbezugs
spezifischer Beschäftigungsformen in die
Sozialversicherung. Aufgrund veränderter
165 Rahmenbedingungen müssen hier
Lösungsansätze verfolgt werden, die die
Beschäftigten im Vergleich zu
herkömmlichen Arbeitsmodellen nicht
benachteiligen.

170 Wir werden es nicht zulassen, dass der
technologische Wandel dazu genutzt wird,
Arbeitnehmerrechte abzubauen.
Insbesondere Tarifautonomie und
175 Mitbestimmung müssen vielmehr an die
geänderten Bedingungen angepasst und
gestärkt werden. Es wird in erster Linie
Aufgabe der Tarifpartner sein, hier einen
praktikablen und verlässlichen Rechtsrahmen
180 zu setzen. Soweit erforderlich wird aber auch
der Gesetzgeber gefordert sein, flankierend
tätig zu werden. Dies betrifft insbesondere
auch den Bereich des
Beschäftigtendatenschutzes, dessen
185 Sicherstellung in einer zunehmend
digitalisierten Arbeitswelt vor komplexe
Herausforderungen gestellt sein wird.

190 „Gläserne“ Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer wird es mit der SPD Baden-
Württemberg nicht geben.

195 **3. Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit
durch ein individuelles Recht auf
Weiterbildung: Wir lassen Beschäftigte
mit dem Wandel der Arbeitswelt nicht
alleine!**

200 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich dafür
ein, dass die digitale Rendite nicht nur den
Unternehmen, sondern auch den
Beschäftigten zu Gute kommt. Damit dies
gelingt, müssen Beschäftigte in die Lage
versetzt werden, die Anforderungen und
Herausforderungen des technologischen
205 Wandels zu meistern. Nur dann wird dieser
Wandel auch für die Unternehmen insgesamt
erfolgreich bewältigt werden können und
Prosperität sowie Wettbewerbsfähigkeit der
baden-württembergischen Wirtschaft
210 sichern.

215 Entscheidend wird hierbei die Stärkung der
Beschäftigungsfähigkeit sein. Beschäftigte
müssen das Recht haben, sich im Rahmen
ihres Berufslebens fortzubilden. Moderne
Erwerbsbiografien sind heute oft von
Umbrüchen, teilweise Unsicherheiten
gekennzeichnet. Employability ergänzt
soziale Sicherung, ohne diese zu ersetzen.

220 Die eigenständigen Programme zu
Weiterbildung insbesondere der
Großunternehmen leisten bereits jetzt hierfür
einen guten und vielfältigen Beitrag. Auch
225 die Weiterentwicklung der
Bundesarbeitsagentur zur
Qualifizierungsagentur ist ein wichtiger
Schritt in die richtige Richtung, um
Weiterbildungsbedarf zu ermitteln und zu
230 koordinieren. Weitergehenden
Unterstützungsbedarf bei der Weiterbildung
haben diesbezüglich aber insbesondere noch
kleine und mittlere Unternehmen (KMU), das
Rückgrat der baden-württembergischen
235 Wirtschaft. Es gilt, den Mittelstand bei den
Herausforderungen der Digitalisierung besser
zu unterstützen. Dabei können wir uns auf

240 einen baden-württembergischen Markenkern
berufen: die Verbindung von Know-how,
Fleiß, und Kreativität, mit der wir Lösungen
vor Ort schaffen.

245 Die Grün-Schwarze Landesregierung hat die
Zeichen der Zeit nicht erkannt. Wir müssen
den Menschen verdeutlichen, dass der
technologische Wandel keine Bedrohung
darstellt, sondern auch mit beruflichen
Chancen und einer flexibleren
250 Lebensgestaltung einhergehen kann. Das ist
aber nur dann redlich, wenn man die
Beschäftigten nach besten Kräften
unterstützt. Wir erwarten eine
Qualifizierungsoffensive, die vom Land
Baden-Württemberg angestoßen, begleitet
255 und finanziell gefördert wird. Wir halten an
der Forderung der SPD-Landtagsfraktion
fest, auf Landesebene einen mit 10 Millionen
Euro dotierten Weiterbildungsfonds
einzurichten, der im Rahmen einer
260 Komplementärfinanzierung zwischen Land
und Unternehmen Weiterbildungsformate
fördert. Dabei muss es insbesondere auch
darum gehen, die Weiterbildung
Geringqualifizierter verstärkt in den Blick zu
265 nehmen. Die SPD Baden-Württemberg strebt
darüber hinaus an, in einer räumlich noch zu
definierenden baden-württembergischen
Modellregion das Konzept eines
„Chancenkontos“ für Erwerbstätige unter
270 Realbedingungen zu erproben.

Ungeachtet dessen muss die Grün-Schwarze
Landesregierung ihre Angriffe auf das
Bildungszeitgesetz einstellen und stattdessen
275 verstärkt auf die Möglichkeiten der
Bildungszeit hinweisen, um dann – wie
ursprünglich geplant – nach vier Jahren eine
Evaluation vorzunehmen. Wir befürworten
zudem im Zusammenhang mit Fragen der
280 Weiterbildung ein Initiativrecht von
Betriebsrätinnen und Betriebsräten.

Die Landesregierung redet gerne von
Digitalisierung, vergisst dabei aber die
285 Menschen. Eine zentrale Forderung ist
deshalb auch gerade jetzt: bei steigender
Produktivität müssen auch die Löhne steigen.

Darüber hinaus darf keine Entkopplung insbesondere der gering bezahlten Tätigkeiten von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung stattfinden.

**4. Transformation braucht Investition:
Wir fordern eine gestaltende Industrie-
und Strukturpolitik durch die grün-
schwarze Landesregierung!**

Unternehmen stehen im Rahmen des technologischen Wandels jedoch nicht nur bei der Qualifizierung ihrer Beschäftigten vor großen Herausforderungen. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit erfordert auch das frühe Erkennen technologischer Potentiale und deren Entwicklung zur Produktionsreife; dies alles zudem in einem hochkompetitiven Wettbewerbsumfeld. Bei der erfolgreichen Bewältigung der technologischen Transformation haben große Unternehmen wie beispielsweise Daimler, Bosch und Porsche wie auch größere mittelständische Unternehmen offenkundig die erforderlichen Kapazitäten, neue Herausforderungen anzunehmen und den Transformationsprozess mit all seinen Auswirkungen zu gestalten. Dies haben sie in der Vergangenheit bereits vielfach gezeigt. Dahingegen stehen kleinere und mittlere Unternehmen vor ungleich größeren Herausforderungen, da sie nur bedingt über die personellen und finanziellen Ressourcen verfügen, ihre Produktpalette zukunftsfest zu machen. Erschwerend kommt hinzu, dass deren Produkte oftmals wenig diversifiziert sowie teilweise auch lediglich Teil größerer Produktionsketten sind und – insbesondere in der Zulieferindustrie – nur über geringe autonome Fertigungstiefen verfügen. Der Wegfall oder die Anpassung von Produktpaletten kann für diese Unternehmen von existentieller Bedeutung sein. Nichts verdeutlicht dies besser als die aktuelle Debatte über das Ende des Verbrennungsmotors und die Hinwendung zur alternativen Antriebstechniken. All dies birgt nicht nur unternehmerische Risiken, sondern – von der Grün-Schwarzen Landesregierung unbeachtet – enorme

beschäftigungspolitische Risiken, die es abzuwenden gilt.

340 Für die SPD Baden-Württemberg ist es daher ein zentrales politisches Anliegen, dass das Land Baden-Württemberg kleinere und mittlere Unternehmen bei der Bewältigung

345 der anstehenden Transformationsprozesse durch eine offensivere Industrie- und Strukturpolitik unterstützt.

Daher fordern wir die Einrichtung einer

350 Landesinvestitionsagentur, die Unternehmen mit Modernisierungsbedarf und anstehenden Erneuerungsprozessen unterstützt und Hürden zur Innovation abmildert. Kleinere und mittlere Unternehmen, die infolge des

355 technologischen Wandels Gefahr laufen, disruptive Prozesse nicht alleine bewältigen zu können bzw. nicht in der Lage sind, die dafür erforderlichen Investitionen aus eigenen Finanzmitteln zu stemmen, sollen

360 vom Land Baden-Württemberg auf diesem Wege eine niederschwellige und unbürokratische Beratung bzw. weitergehende Unterstützung erhalten, damit sie die Transformation erfolgreich meistern

365 können.

Um eine auskömmliche Beschäftigung dauerhaft in Baden-Württemberg zu sichern bzw. auszubauen, fordert die SPD Baden-

370 Württemberg darüber hinaus eine stärkere Infrastrukturpolitik. Es reicht nicht aus – wie die baden-württembergische Wirtschaftsministerin – die Ansiedlung einer Daimler-Batterieproduktion in Sachsen zu

375 loben. Ziel muss es sein, Forschung, Entwicklung und Produktion der maßgebenden Zukunftstechnologien in Baden-Württemberg anzusiedeln.

380 Die SPD Baden-Württemberg fordert in diesem Zusammenhang den Auf- bzw. Ausbau von Zukunftsregionen, in denen im Rahmen von überlappenden Clustern das Land Baden-Württemberg, kommunale

385 Gebietskörperschaften, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft in Schlüsselsektoren Forschung und

Produktion/Dienstleistung gemeinsam
institutionalisieren und unter Einbindung
390 regionaler Wirtschaftskreisläufe
vorantreiben. Als Schwerpunkte sehen wir:

- Nachhaltige Mobilität
395 (Weiterentwicklung herkömmlicher
und alternativer Antriebstechniken;
Konzeption und Umsetzung
integrierter Mobilitätskonzepte in
kommunalen Resonanzräumen)
- Umwelttechnologie und
400 Ressourceneffizienz
(Weiterentwicklung Renewable
Energy, Smart Home, Smart City,
Rohstoffrecycling/Optimierung der
Kreislaufwirtschaft)
- Medizintechnologie
405
- Anlagen- und Maschinenbau

Die Zukunft der Arbeit liegt auch in einer
aktiven, national wie international vernetzten
410 Gründerszene. Nicht jedes junge
Unternehmen wird mit seiner Geschäftsidee
bestehen und damit dauerhaft Arbeitsplätze
schaffen, aber aus vielen mutigen,
innovativen Geschäftsideen kann ein neuer
415 Mittelstand erwachsen. Die grün-schwarze
Landesregierung gibt sich im Bereich
Entrepreneurship modern, ohne dies auch nur
im Ansatz substanziell zu untermauern. Die
Gründerszene muss ideell und finanziell
420 stärker unterstützt werden. Das Land kann
dabei auf starke Strukturen in den
Kommunen aufbauen. Stuttgart, Mannheim
und Karlsruhe zeigen, wie es geht. Hier darf
das Land Baden-Württemberg nicht untätig
425 bleiben. Parallel dazu sind Fragen zu klären,
wie auch im Bereich Entrepreneurship
Arbeitnehmerrechte gesichert und
beispielsweise Crowdfundingso ausgestaltet
werden kann, dass die Dynamik und
430 Flexibilität nicht eingeschränkt wird, aber
eben doch schützende Leitplanken vorhanden
sind. Zudem muss diskutiert werden, wie
gerade in der Zusammenarbeit von
Mittelstand und Start-ups die Weitergabe und
Vermittlung von Know-How sowie daran
anknüpfend Verwertungsrechte sichergestellt
werden können.

Änderungsantrag zum Antrag D2 Änderungsantrag zum Antrag D2

Wir beantragen die Überweisung an die Ablehnung
Projektgruppe "Zukunft der Arbeit /
Digitalisierung".

5 Begründung:

Der Antrag ist unserer Meinung nach für eine
umfassende Behandlung auf dem LPT zu
komplex. Die Beschreibungen der aktuellen
10 Entwicklungen sollten noch einmal diskutiert
werden und zu einzelnen Kernaussagen in
Form von Einzelanträgen entwickelt werden.

Änderungsantrag zum Antrag D2 Änderungsantrag zum Antrag D2

Einfügen in Zeile 131 nach „ist.“:

Annahme außer Satz 2 "Die 35 Stunden-
Woche .."

„Für uns ist klar, dass es eine Absenkung der
heutigen Standards, insbesondere eine
5 Ausweitung der durchschnittlichen
Arbeitszeit nicht geben darf. Die 35 Stunden-
Woche muss mit ihrem Einkommen für ein
gutes Leben reichen. Die Möglichkeiten der
Digitalisierung und die Chancen des
10 technischen Fortschritts müssen dabei auch
Instrument für eine selbstbestimmte planbare
Arbeitszeit und für stabile, gute
Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den
Betrieben sein. Aus diesem Grund
15 unterstützen wir die Forderungen der IG
Metall in der laufenden Tarifrunde.“

Kennnummer 13542
Kreisverband Tübingen
Kreisverband Pforzheim

Änderungsantrag zum Antrag D2 Änderungsantrag zum Antrag D2

Füge ein in Z. 169 – Antrag „Die Arbeitswelt Annahme der Zukunft“

5 „In einem ersten Schritt fordern wir daher,
künftig auch für Selbständige eine
Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen
Rentenversicherung einzuführen. Darüber
hinaus bleibt es unser Ziel, die gesetzliche
Rentenversicherung langfristig zu einer
10 Erwerbstätigenversicherung
weiterzuentwickeln.“

Antragsbereich Ä/Antrag 11

Kennnummer 13543
Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag D2 Änderungsantrag zum Antrag D2

Füge in Z. 265 nach „in den Blick zu Annahme in der Fassung der
nehmen.“ ein: Antragskommission

„Ein Bonus-Malus-System soll dies verstärken:

5 Unternehmen, die nicht selbst ausbilden und teilnehmender Arbeitnehmer*innen eines
weiterbilden oder sich nicht an den Unternehmens soll eine Entlastung von der
Möglichkeiten der Weiterbildung durch den Komplementärfinanzierung zur Folge
Fonds beteiligen, haben stärker zu der haben."

10 Finanzierung des Fonds beizutragen. Eine
hohe Weiterbildungsquote tatsächlich
teilnehmender Arbeitnehmer eines
Unternehmens soll dagegen eine Entlastung
von der Komplementärfinanzierung zur
Folge haben."

15 **Begründung:**

20 „Zuckerbrot und Peitsche“:
Kleine und mittelständische Unternehmen
erkennen nicht zwangsläufig die Vorteile gut

und vielseitig ausgebildeter Arbeitnehmer innerhalb eines rasant stattfindenden Transformations- und Disruptionsvorgangs auch für das eigene Unternehmen an. Die anfallenden Kosten, die dann sogar zur Insolvenz führen können sind eben disruptiv und daher verzögert aber plötzlich. Daher Malus: Der Staat kann durch tatsächlich anfallende Kosten bei fehlender Weiterbildung hier starke Anreize setzen, die neben der individuellen Beschäftigungsfähigkeit des Arbeitnehmers auch betriebs- wie volkswirtschaftlich (doppelt) Sinn machen.

Bonus: Um einen noch stärkeren Anreiz zu setzen die eigenen Arbeitnehmer tatsächlich zu sinnvollen Weiterbildungsmöglichkeiten zu schicken, soll eine hohe Weiterbildungsquote einem Unternehmen einen Bonus, in Form einer Entlastung von der Komplementärfinanzierung bringen. Mit dieser expliziten Koppelung würden wir als SPD sicherstellen, dass die Weiterbildungsbeteiligung der Beschäftigten gegeben ist und es nicht nur bei einer Finanzierung von Beratungen bleibt. Dies macht eine wichtige Forderung des DGB Baden-Württemberg aus der PM 04 vom 19.01.2017 konkret möglich.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 12***

Kennummer 13544

Kreisverband Karlsruhe Land

Änderungsantrag zum Antrag D2 Änderungsantrag zum Antrag D2

Z.350: Änderung des Wortes
Landesinvestitionsagentur in
Landesinnovationsagentur.

Antragsteller übernimmt

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 13***

Kennnummer 13545

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag D2 Änderungsantrag zum Antrag D2

- Füge in Z. 365 nach „meistern können“ ein: Antragsteller übernimmt
- 5 „Dabei soll es in der Beratung – je nach individueller Lage des Unternehmens am Markt und mit den (End-)Kunden – darum gehen, sowohl ein Technologie-, Digitalisierungs- als auch ein Innovationskonzept zu erarbeiten. Es soll durch die Beratung die Einsicht reifen, dass Innovationen nicht nur durch Zufall (kleine
- 10 Unternehmen) oder „Forschung und Entwicklung“ entstehen, sondern in einem Zeitalter disruptiver Methoden nur durch eine Sensibilisierung des gesamten Unternehmens und vor allem führender Mitarbeiter für das
- 15 Thema Innovation und ihre Treiber, wie z.B. die Digitalisierung. Es gilt die drei Einflussfaktoren des Innovationsmanagements miteinander in Einklang zu bringen, wozu auch der Staat
- 20 direkt beitragen kann: Wirtschaftliche und soziale Umwelt, das innovierende Unternehmen selbst sowie die Eigenschaften der Technologie.“

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 14***

Kennnummer 13546

*Ortsverein Neckargartach-Frankenbach
(Kreisverband Heilbronn-Stadt)*

Kreisverband Tübingen

Änderungsantrag zum Antrag D2 Änderungsantrag zum Antrag D2

- Füge ein in Z. 425 nach „... untätig bleiben.“: Annahme in der Fassung der
- „Daher fordern wir die Einrichtung eines Antragskommission
- baden-württembergischen Innovations- und
- Gründerfonds nach dem Vorbild von "Daher fordern wir die Ausweitung eines
- BayernKapital.“ baden-württembergischen Innovations- und

*Antragsbereich D/Antrag 3**Kennnummer 13457**AfA Baden-Württemberg**Empfänger:**Landesvorstand**SPD-Bundestagsfraktion**SPD-Landtagsfraktion**SPD-Parteivorstand*

Die Arbeit von MORGEN im HEUTE gestalten	Die Arbeit von MORGEN im HEUTE gestalten
---	---

Die Arbeit von MORGEN im HEUTE gestalten	Erledigt durch Annahme von Antrag D 1 in der Fassung der Antragskommission
---	---

5 Der dynamische Wandel der Arbeitswelt durch Digitalisierung und technologischen Fortschritt ist in vollem Gange. Noch vor wenigen Jahren wäre es kaum möglich gewesen, in der heutigen Form Meinungen, Nachrichten und Bilder komprimiert in 280

10 Zeichen rund über den Globus zu schicken. Mittlerweile sind wir an dem Punkt, an dem Arbeit und Leben durch die Digitalisierung grundlegend verändert werden.

15 Im Alltag bestellen und bezahlen wir online unsere Einkäufe, checken wir Kontoauszüge, vereinbaren Treffen mit unserem Umfeld, kommunizieren über E-Mail und Internet und noch vieles mehr. In der Arbeitswelt haben

20 wir es im Büro längst nicht mehr nur mit Standardsoftware zu tun. Digitalisierung hält genauso Einzug in die Pflege wie es schon seit längerem in der Produktion der Fall ist. Der Begriff Arbeit 4.0 ist dazu ein wichtiges

25 Stichwort, aber auch Big Data oder Internet der Dinge. So wird bspw. autonomes Fahren einen immensen Datenverkehr benötigen, damit eine sichere Steuerung des Fahrzeugs möglich wird. Die Grenze zwischen Industrie

30 und Dienstleistung verwischt immer mehr.

Die Digitalisierung wird auch unser soziales Umfeld verändern.

35 Die Digitalisierung und der technische
Fortschritt lösen auch Ängste aus. Bekomme
ich Qualifizierung, um die Arbeit auch
machen zu können? Bleibt mein Arbeitsplatz
erhalten oder habe ich in der neuen
40 Arbeitswelt keine Chance?

Die AfA setzt sich dafür ein, dass die Chancen für die Menschen, und auch für die Wirtschaft, nachhaltig genutzt werden. Alle Beschäftigten und ihre Familien sollen zu Gewinnern der Arbeitswelt der Zukunft werden.

45

Wir sehen in der Digitalisierung viele
50 Möglichkeiten, wie unsere Arbeitswelt
verbessert und transparenter gestaltet werden
kann. Unser Selbstverständnis von
Chancengerechtigkeit und
Selbstbestimmtheit des Menschen verlangt
55 aber auch nach Einfluss und Mitbestimmung
bei dieser Entwicklung. Das Augenmerk
muss dabei immer auf den Menschen und
ihrer Gesundheit liegen. Unser Anspruch ist,
mit dafür zu sorgen, dass dieser Wandel zu
60 Gunsten von Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmern geschieht!

Digitalisierung und ihre Folgen werden wir
deshalb in den nächsten Jahren zum
65 Schwerpunktthema der AfA Baden-
Württemberg machen.

Wir fordern die SPD in Bund und Land auf, in den nächsten zwei Jahren Konferenzen durchzuführen, bei denen gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen, Betriebsräten und Gewerkschaften die Anforderungen der Digitalisierung erörtert und Handlungsansätze, z.B. zur Qualifizierung, herausgearbeitet werden.

70

75

Die AfA Baden-Württemberg wird eigene Konferenzen durchführen.

80

Dabei sind u.a. folgende Themen intensiv zu betrachten:

90 Digitalisierung und die damit
verbundene zunehmende Vernetzung
verändert die Arbeitswelt
grundlegend. Dies schlägt sich in
veränderten Arbeitsbedingungen und
-abläufen nieder. Neugestaltete
Arbeitsprozesse lassen
95 Beschäftigungsarten anspruchsvoller
werden, neue Berufsbilder werden
entstehen. Die Ausbildung
bestehender Berufsbilder muss
zukunftsfest gemacht werden.
100 Gleichwohl müssen wir uns bewusst
machen, dass im Zuge des
technologischen Wandels
womöglich der Wegfall von
Arbeitsplätzen droht.

135 bei der Weiterentwicklung bestehender Aus- und Weiterbildungsangebote sowie im Bereich der betrieblichen Mitbestimmung.

140 Vier wesentliche Dimensionen bestimmen aus unserer Sicht den Wandel der Arbeit im Kontext der Digitalisierung:

145 • Wert der Arbeit (Was ist uns Arbeit im digitalen Wandel zukünftig wert?)

• Rationalisierung (z.B. neue Tätigkeitsfelder durch den Einsatz neuer Technologien, Substitution von Routinetätigkeiten)

150 • Humanisierungs- und Dehumanisierungspotenziale (z.B. Einsatz technologischer Assistenzsysteme, Einsatz von Überwachungs- und Kontrollsystemen)

160 • Entgrenzung/Flexibilisierung der Arbeitsorganisation (sowohl zeitlich als auch räumlich und organisatorisch)

165 • **Rationalisierung und neue Arbeitsplätze – mehr Mitgestaltung und Mitbestimmung im Betrieb ist nötig**

170 Von großer Bedeutung ist dabei die Frage, inwieweit bestimmte Tätigkeiten zukünftig durch intelligente Maschinen und Systeme ersetzt werden können (Substitutionseffekte). Vor allem einfache, sich wiederholende Tätigkeiten, die einen geringeren Qualifizierungsgrad erfordern, könnten zukünftig verstärkt durch automatisierte Systeme ersetzt werden. Diese Entwicklungen gilt es in den Betrieben und Branchen

frühzeitig zu erkennen. Allerdings besteht auch das Potenzial, durch den Einsatz von Digitalisierungslösungen neue Arbeitsplätze mit grundlegend veränderten Qualifikationsanforderungen zu generieren (Komplementaritätseffekte).

- **Humanisierung der Arbeitswelt muss wieder auf die Tagesordnung**

Der digitale Wandel wird auch die Qualität der Arbeit nachhaltig verändern. So besteht durch den Einsatz moderner Technologien und intelligenter Assistenzsysteme die Aussicht auf eine Humanisierung und nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Insbesondere bei schweren physischen Tätigkeiten können Innovationen im Bereich der Mensch-Maschine-Kommunikation zu weitreichenden Erleichterungen, einer Auflösung der Trennung von Kopf- und Handarbeit und einer Anreicherung des Tätigkeitsprofils führen. Im Ergebnis könnten dadurch physisch und psychisch belastende Tätigkeiten und Routinearbeiten minimiert werden. Auf der anderen Seite kann durch den Einsatz automatisierter Entscheidungsmechanismen die Kontrolle über die eigene Tätigkeit als stark eingeschränkt wahrgenommen werden, was sich durchaus negativ auf die Motivation der Beschäftigten auswirken kann. Es besteht die Möglichkeit zur umfassenden Überwachung am Arbeitsplatz, was ebenfalls zur Verschlechterung von Arbeitsbedingungen beiträgt.

Deshalb muss das Thema Humanisierung der Arbeitswelt wieder verstärkt auf die Tagesordnung. Im Dialog mit den

Gewerkschaften wollen wir
erarbeiten, wie das Thema wieder
besser etabliert werden kann.

235

- **Qualifizierung**

240

Bildung und Weiterbildung sind ein
Menschenrecht und ein Grundpfeiler
der Demokratie. Sie sichern die
gesellschaftliche Teilhabe für alle.
Die Bildung unserer Kinder, ebenso
wie der Bevölkerung insgesamt,
stellt eine bedeutende Ressource dar,
die zur Sicherung von Beschäftigung
und für die Innovationsfähigkeit
unseres Landes notwendig ist.

245

250

Daraus leitet sich die Forderung nach
einem inklusiven und gebührenfreien
Bildungssystem von der
Kindertagesstätte bis zur Hochschule
sowie Meisterabschluss bzw. anderer
höherer Abschlüsse (z.B. im
Kaufmännischen Bereich,
Gesundheitswesen,
Dienstleistungswesen etc.) ab,
ebenso wie der Anspruch auf
lebenslanges Lernen. Die
Digitalisierung stellt nicht nur neue
Anforderungen an die Beschäftigten,
sondern auch an unser
Bildungswesen. Wir müssen endlich
gleiche Bildungschancen für alle
schaffen.

255

260

265

270

275

Die Folge unseres aktuellen
Bildungssystems ist, dass es in
unserer Gesellschaft eine viel zu
große Gruppe von jungen Menschen
gibt, die am Ende ihrer Schulzeit zu
„Bildungsverlierern“ bzw. durch
fehlende finanzielle Mittel für
Weiterbildung/Umschulung in ihrem
Berufsleben zu
„Digitalisierungsverlierern“ werden.

280

Damit Arbeitnehmer*innen, aber
auch Schüler*innen, bei Umzug in
ein anderes Bundesland auch dort die
gleichen Chancen haben, fordern wir

ein bundesweit einheitliches
Bildungswesen, insbesondere im
Bereich Digitalisierung.

285

290

295

300

Weiterbildung und Qualifizierung sind zentrale Erfolgsfaktoren bei der Bewältigung des digitalen Wandels, zur Sicherung von Beschäftigung und zum Schutz vor Dequalifizierung und prekärer Arbeit. Leider ist es immer noch so, dass es keine ausreichenden rechtlichen Rahmenbedingungen gibt, die es allen Beschäftigten ermöglichen, Weiterbildung und Qualifizierung unabhängig von den Vorstellungen des jeweiligen Arbeitgebers zu nutzen. Häufig wird Weiterbildung als individuelle Investition in die eigene Beschäftigungsfähigkeit abverlangt oder als Luxus deklariert.

305

310

315

320

325

Eine Maschine kann nie einen Menschen ersetzen. Eine Maschine darf allerdings einen Menschen unterstützen. Gerade im Bereich der Pflege und des traditionellen Handwerks sehen wir ein großes Potenzial, wie im Zuge der Digitalisierung die Arbeit erleichtert werden kann. Um das Hand in Hand von Mensch und Maschine zu ermöglichen, ist es wichtig, dass bereits in der Schule das nötige Wissen vermittelt wird. Im Zuge des lebenslangen Lernens müssen allerdings auch kostenlose Weiterbildungsmaßnahmen für Erwachsene angeboten werden. Diese Angebote müssen stetig weiterentwickelt werden. Was jetzt noch aktuell ist, kann bereits binnen Stunden von vorgestern sein.

330

Die AfA setzt sich für einen
Rechtsanspruch auf Weiterbildung
und Qualifizierung ein. Gerade die
Bildungszeit ist in diesem

Zusammenhang auszubauen und zu verteidigen.

335 Digitale Rendite darf nicht nur den
Unternehmen, sondern muss auch
den Beschäftigten zu Gute kommen.
Um die Herausforderungen des
340 technologischen Wandels zu
meistern, müssen diese das Recht
haben, sich im Rahmen ihres
Berufslebens fortzubilden. Die
Weiterbildung für
345 Arbeitnehmer*innen darf nicht von
der Bildungszeit abgezogen werden,
sondern muss zusätzlich erreichbar
sein. Im Fragen der Weiterbildung
befürworten wir ein Initiativrecht
von Betriebsrät*innen.

350 Wir begrüßen ausdrücklich das Ziel
der SPD-Bundestagsfraktion, bis
2020 für alle Erwerbspersonen einen
Rechtsanspruch auf eine kostenlose
355 und hochwertige
Weiterbildungsberatung inklusive
einer Kompetenzerfassung
einzuführen.

360 • **Arbeit muss ihren Wert behalten -
die organisatorischen
Entgrenzung der Arbeit gestalten**

365 In den letzten Jahren wurden häufig
Tätigkeiten auf Werksverträger oder
Soloselbständige ausgelagert. Der
Einsatz digitaler Technologien
erleichtert diese
Entwicklung. Werkverträge in all
370 ihren Ausprägungen gilt es
entschieden zu bekämpfen.

Bei steigender Produktivität müssen
auch die Löhne steigen. Es darf keine
375 Entkopplung gering bezahlter
Tätigkeiten von der allgemeinen
wirtschaftlichen Entwicklung
stattfinden.

380 Seit einiger Zeit etabliert sich zudem
das Crowdfunding als Plattform, bei

der Arbeit an den Niedrigbietendsten weitergegeben wird. Laut einer Studie der Hans-Böckler Stiftung aus dem Jahr 2016 verdienen 70 Prozent der User auf Crowdworking-Plattformen weniger als 500 Euro im Monat. Insgesamt liegt laut dieser Studie der Verdienst derjenigen, die nebenberuflich tätig sind, bei 326 Euro pro Monat. Bei „hauptberuflichen Crowd-Workern“, die zurzeit ca. 20 Prozent ausmachen, beläuft sich das mittlere Einkommen auf rund 1.500 Euro. Vorsorge für den Krankheitsfall oder die Zeiten von Auftragslosigkeit kann so nicht getroffen werden. Hinzu kommen fehlende Altersvorsorge und die Gefahr der Altersarmut. Dies hat letztlich auch erhebliche Folgen für unsere sozialen Sicherungssysteme und ihre Finanzierbarkeit. Dennoch ist diese Form von selbstbestimmten und hierarchiefreien Arbeiten für viele Crowd-Worker attraktiv. Fragen der sozialen Absicherung der Crowd-Worker müssen deshalb genauso auf die Tagesordnung wie das Thema Werkverträge. Außerdem müssen die Begriffe „Betrieb“ und „Beschäftigte“ neu definiert werden.

Crowdworking muss so ausgestaltet werden, dass Dynamik und Flexibilität nicht eingeschränkt, aber dennoch schützende Leitplanken vorhanden sind.

• Arbeitsplatz ohne Grenzen

Arbeit wird zunehmend mobil und virtuell, oftmals wird nur noch ein Smartphone und Laptop benötigt. Dadurch eröffnen sich dem mobilen Arbeiten und vor allem dem Homeoffice neue Möglichkeiten, die vor Jahren noch undenkbar waren. Einerseits bietet sich die Chance, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Andererseits entsteht der

435 Druck einer permanenten digitalen
Kommunikation und ständigen
Erreichbarkeit mit kurzen
Reaktionszeiten.

440 Die AfA fordert Arbeitszeitkonten-
Modelle, die die individuelle Work-
Life-Balance, die persönliche
Weiterentwicklung sowie die
Vereinbarkeit von Familie und Beruf
weiter verbessern. Das kann zu mehr
Selbstbestimmung und Freiheit in
der persönlichen Lebensplanung der
445 Beschäftigten führen.

Gerade im Modell der
Vertrauensarbeitszeit mangelt es an
klaren Regeln. Der Arbeitstag von
450 acht Stunden wird ebenso
durchbrochen wie die Ruhezeiten. Es
gibt keine Kontrolle. Aus diesem
Grund muss es auch das Recht auf
Nichterreichbarkeit geben. Dies gilt
455 ganz besonders für Sonn- und
Feiertage. Zur Prüfbarkeit, ob
Gesetze und Tarifverträge
eingehalten wurden, ist
Vertrauensarbeitszeit rechtlich zu
460 unterbinden und eine verpflichtende
Zeiterfassung zwingend.

Es ist deshalb zu prüfen, ob auch das
Arbeitszeitgesetz an neue
465 Gegebenheiten anzupassen ist. Die
Grenzen zwischen Arbeit und
Privatleben dürfen nicht verwischt
werden. Es braucht weiterhin ein
Privatleben ohne Arbeit und eine
470 geschützte Freizeit.

Mit der mobilen Arbeit, also der
Arbeit in Einsatzwechseltätigkeit,
besteht für einige
475 Arbeitnehmer*innen keine erste
Tätigkeitsstätte. Dadurch gibt es
keinen Anspruch auf Einrichtung
eines betrieblichen oder häuslichen
Arbeitsplatzes. Wir fordern dies zu
480 ändern. Jede*r Arbeitnehmer*in soll
innerhalb der mobilen Arbeitswelt

entscheiden können, wo der Arbeitsplatz sein soll. Diese Arbeitsstätte muss alle Vorschriften und rechtlichen Bestimmungen erfüllen. So kann ein Sofa nicht einen richtigen und ergonomischen Arbeitsplatz ersetzen. Die gesundheitlichen Folgen wollen wir damit eindämmen und verhindern, dass die hierdurch entstehenden Kosten die Sozialkassen belasten.

- **Mitbestimmung ausbauen**

Durch die räumliche und zeitliche Entgrenzung der Arbeit erschwert sich auch die betriebliche Mitbestimmung. Uns ist klar jeder Millimeter Mitbestimmung muss erkämpft werden.

Deshalb ist es notwendig sicherzustellen, dass in allen Betrieben ein Betriebsrat beziehungsweise bei ganz kleinen Betrieben ein Interessenvertreter gewählt wird. Gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern und den DGB-Gewerkschaften wollen wir Lösungen suchen.

Für uns ist klar, dass ein gutes Arbeitsleben nur mit einer starken Mitbestimmung möglich ist.

- **Arbeitnehmer*in im Datenschutz**

Das Einsetzen von mobilen Endgeräten ermöglicht die Erstellung eines digitalen Profils der Arbeitnehmer*innen.

Die Auswertung von Bewegungs- und Transaktionsdaten der Arbeitnehmer*innen durch Arbeitgeber*innen darf nicht stattfinden. Ebenso muss der Verkauf dieser Daten sowie die Leistungs- und Verhaltenskontrolle auf Dauer ausgeschlossen sein. Scheiden

535 Arbeitnehmer*Innen aus einem
Unternehmen aus, sind die nicht
gesetzlich zur Speicherung
vorgeschriebenen Daten zu löschen.
Generell gibt es ein
540 Beweisverwertungsverbot, sofern
nicht in einem Tarifvertrag oder
Betriebsvereinbarung mit klarer
Zweckbindung eine Ausnahme
vereinbart wurde.

- **Voraussetzungen müssen stimmen**

545 Für die Arbeit von morgen muss auch
im Bereich des Breitbandausbaus ein
Grundstein gelegt werden. Ohne ein
schnelles Internet fehlen die
550 Voraussetzungen, um in Zukunft auf
dem Markt agieren zu können. Nach
dem Breitbandatlas der
Bundesregierung besitzen bislang
77,3 Prozent der baden-
württembergischen Haushalte einen
Anschluss mit mehr als 50 Megabit
je Sekunde. Vor allem in den Städten
gibt es bereits ein gutes Netz, doch
gerade in ländlichen Gebieten, wie
im Nordosten Baden-Württembergs,
Oberschwaben und dem
Schwarzwald, ist schnelles Internet
vergebens zu finden. Für eine gute
Telearbeit wird zudem eine
Bandbreite von mindestens 100
Megabit je Sekunde gefordert. Eine
Zahl, die sich mit den Anforderungen
der Zukunft bestimmt noch steigern
wird. Die Politik hat sich in diesem
Bereich bisher zu sehr ausgeruht und
muss mehr Eigeninitiative ergreifen!

Deshalb ist die Sicherstellung der
Gleichwertigkeit der
Lebensverhältnisse in urbanen
Zentren und im ländlichen Raum
nicht nur ein wirtschaftliches Ziel,
sondern auch eine soziale
Verantwortung. Moderne
Strukturpolitik darf sich nicht nur auf
Ballungszentren beschränken.

**Sozialdemokratischer Leitfaden Sozialdemokratischer Leitfaden
für den Wandel in der Arbeitswelt für den Wandel in der Arbeitswelt**

Kurzgefasst

Erledigt durch Annahme von Antag D 1 in
der Fassung der Antragskommission

5 Wir können davon ausgehen, dass es einen
schnellen, grundlegenden Wandel der
Arbeitswelt geben wird. Dieser wird dazu
führen, dass

- 10 • es für Tätigkeiten, die nicht mehr
gebraucht werden, meist keine
andere Tätigkeit 9 in derselben
Branche gibt.
- Erwerbstätige mitten in ihrem
Berufsleben einen neuen Beruf
erlernen müssen.
- 15 • physische Anwesenheit an einem
bestimmten Arbeitsplatz nicht mehr
notwendig ist.
- es internationale Konkurrenz um
Arbeit gibt.

20 Die SPD braucht daher einen Leitfaden in
Form von Zielen, wie man die
Veränderungen begleiten und mitgestalten
will. Diese Ziele sind

- 25 1. Gesellschaftliche Teilhabe aller
BürgerInnen sicherstellen
- 30 2. Motivation aller ArbeitnehmerInnen
erhalten
- 3. Arbeitsrecht länderübergreifend
sicherstellen
- 35 4. Soziale Absicherung der Arbeit
weiterentwickeln

5. Betriebsverfassung weiterentwickeln

40

Einführung

45

„Die digitale Revolution verändert die Wirtschaftsstruktur und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in ähnlichem Ausmaß wie die Erfindung des Buchdrucks oder der Dampfmaschine. Sie greift tief in den Kernbereich der deutschen Industrie sowie der zugehörigen Dienstleistungen ein.“

50

55

Allgemeine Aussagen wie diese liest man derzeit häufiger, wenn es um die Arbeitswelt geht. „Revolution“ klingt dramatisch. Doch was passiert eigentlich genau und wie sollte

60

65

70

75

die Politik handeln? Stetigen Wandel in der Arbeitswelt gibt es seit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Dabei fielen permanent Tätigkeiten weg, es wurden jedoch auch neue geschaffen. In der Summe fand sich für die meisten Leute eine Arbeit, auch wenn die Arbeitslosigkeit durch verschiedene Faktoren zeitweise hoch war. Aktuell finden die allermeisten Personen eine Arbeit. Wo ist also die Revolution? Blicken wir zurück: Als das Auto erfunden wurde, verloren Kutscher und Gestüte ihre Arbeit, doch gab es nun Taxis, Automechaniker wurden gebraucht und es wurden Tankstellen eröffnet. Straßen mussten neu angelegt werden und die Autos besaßen mit der Zeit immer mehr Komponenten, die hergestellt werden mussten. Die Erfindung des Autos hat vielleicht sogar mehr Jobs geschaffen, als sie vernichtet hat. Warum sollte das in Zukunft nicht auch für andere Erfindungen gelten?

80

85

Viele Erfindungen der letzten Jahre, die sich durchsetzen konnten, erhöhen in erster Linie die Effizienz von Arbeit. Dabei stehen die Kosten im Vordergrund, denn menschliche Arbeit wird im Vergleich zur maschinellen und digitalen immer teurer. Wer wettbewerbsfähig bleiben will, muss automatisieren. Intelligenten Software kann in vielen Bereichen Arbeitsfelder vollständig automatisieren und menschliche Arbeit damit

90 ersetzt. Dies betrifft hoch qualifizierte
Arbeitsplätze wie z.B. im Finanzwesen
genauso wie einfachere Tätigkeiten. So ist
beispielsweise autonomes Fahren in aller
Munde. Es gibt bereits heute Fahrerlose U-
Bahnen und automatisierte Fahrten von LKW
95 auf gut definierten Straßen wie Autobahnen
sind sehr realistisch. Kraftfahrer sind also von
der Automatisierung betroffen und diese
Berufsgruppe ist die zweithäufigste der
männlichen deutschen Bevölkerung. Kommt
100 automatisiertes Fahren, werden daher viele
Personen in kurzer Zeit betroffen sein. Für
diese ist in ihrer Branche jedoch keine andere
Arbeit in Sicht. Der Kutscher konnte auf das
Auto umschulen, er war weiterhin in der
105 Transportbranche auf der Straße tätig. Das
wird für Kraftfahrer nicht möglich sein.

Die Digitalisierung ist neben der Automation
die zweite treibende Kraft im Wandel der
110 Arbeitswelt. Sie ermöglicht ganz neue
Formen von Arbeit. So werden bereits heute
Arbeiten von Deutschland aus in anderen
Ländern ausgeführt. Als Grafikdesigner kann
man beispielsweise für eine australische
115 Firma Plakate gestalten. Absprachen können
per Videokonferenz getroffen, so dass man
physisch nicht mehr an einen Arbeitsort
gebunden ist. Dies schafft viele Aufgaben für
die Politik, denn in welchem Land zahlt man
120 seine Steuern, welchem Arbeitsrecht ist man
unterworfen, wer darf an Betriebsratswahlen
teilnehmen? Bereits heute werden digitale
Dienstleistungen weltweit ausgeschrieben.
Der günstigste Bieter bekommt den
125 Zuschlag, egal von wo auf der Welt aus er
arbeitet. Diese internationale Konkurrenz um
Arbeit wird zunehmen.

Man kann die Herausforderungen des
130 aktuellen Wandels in der Arbeitswelt für die
Politik grob in diesen Punkten
zusammenfassen:

- 135 • Für Tätigkeiten, die nicht mehr
gebraucht werden, gibt es meist keine
andere Tätigkeit in derselben
Branche.

- 140 • Viele Erwerbstätige müssen während ihres Berufslebens einen neuen Beruf erlernen.
- Alle Berufstätigen müssen sich in Zukunft stärker weiterbilden als bisher.
- 145 • physische Anwesenheit an einem bestimmten Arbeitsplatz ist immer häufiger nicht mehr notwendig.
- Arbeitsleistungen können weltweit erbracht werden, ohne haptische Waren transportieren zu müssen oder
- 150 jemals vor Ort zu sein.
- Internationale Konkurrenz um Arbeit wird ein wichtiger Faktor.

155 Ganz grundlegende Dinge der Arbeit werden sich demnach ändern und die Politik muss sich darauf vorbereiten. Es ist schwer zu sagen, wie schnell die Änderungen kommen und wie viele Personen in welcher Zeitspanne

160 betroffen sein werden. Alle Studien dazu dem Thema kommen jedoch zu dem Schluss, dass die Veränderungen auf jeden Fall kommen.

Ziele

165 Der Wandel kommt und hat vielerorts bereits bekommen. Die SPD braucht daher einen Leitfaden, wie man die Veränderungen begleiten und mitgestalten will. Den

170 Leitfaden kann man in diesen fünf Hauptzielen formulieren:

1 Gesellschaftliche Teilhabe aller BürgerInnen sicherstellen

175 Für die Gesellschaft und für jeden Einzelnen ist es wichtig, dass möglichst alle Personen am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Bisher ist die Gefahr groß, wenn man nicht

180 schnell genug einen neuen Job findet, in die Grundsicherung zu fallen. Diese erlaubt es finanziell nicht mehr, ins Theater, Stadion oder Restaurant zu gehen. Die gesellschaftliche Teilhabe ist dann

185 eingeschränkt. Ist man gezwungen, mitten im Berufsleben einen neuen Job zu erlernen, braucht man Zeit zur Ausbildung. Diese Zeit wird in vielen Fällen länger als ein Jahr sein,

190 so dass man nicht mehr über die
Arbeitslosenversicherung abgesichert ist. In
der Weiterbildungszeit ist es besonders
wichtig, im gesellschaftlichen Leben zu
stehen, denn für neue Beschäftigung braucht
man ein soziales Netzwerk. Durch dieses
195 bekommt man mit, wohin sich die
Arbeitswelt entwickelt und wo es neue Jobs
gibt.

Das bisherige System aus Arbeitslosengeld I
200 und II wird in Zukunft vielen Personen nicht
mehr gerecht. Es braucht dazu komplett neue
Konzepte. Das Grundeinkommen ist ein
solches. Das bedingungslose
Grundeinkommen kann nicht sicherstellen,
205 dass die soziale Teilhabe erhalten bleibt, da
es eben keine Bedingungen vorsieht. Daher
sind Konzepte zu bevorzugen, die insofern
Bedingungen vorsehen, dass man während
der Zeit, in der man dieses Einkommen
210 bezieht, seine Weiterbildung vorantreibt,
Angehörige pflegt oder Kinder erzieht
und/oder durch die Ausübung von
Ehrenämtern am gesellschaftlichen Leben
teilnimmt.

215 2 Motivation aller ArbeitnehmerInnen
erhalten

Für das Selbstwertgefühl ist es wichtig, dass
220 man spürt, gebraucht zu werden. Fehlt eine
sinnvolle Beschäftigung, ist das
Selbstwertgefühl angegriffen. Um Personen
zu helfen, die sich neu orientieren müssen, ist
Motivation für das Selbstwertgefühl wichtig.
225 Das aktuelle System des Arbeitslosengelds
motiviert nicht, da man gezwungen werden
kann, bestimmte Tätigkeiten auszuüben.
Führt man ein neues System wie eine Art
Grundeinkommen ein, muss man
230 sicherstellen, dass es nicht auf Zwang beruht.
Nur wer motiviert ist für eine Tätigkeit, wird
gut darin sein. Nur so wird er die Arbeit auf
Dauer machen.

235 Die Agentur für Arbeit muss daher so
umgestaltet werden, dass sie berät, Um- und
Weiterbildungen nicht nur für
Arbeitssuchende anbietet und Arbeitslose zu

240 keiner stimmten Tätigkeit zwingt. Ein LKW-
Fahrer könnte ein guter Pfleger werden, muss
es aber nicht. Im Führerhaus ist man viele
Stunden allein, in der Pflege ist man hingegen
ständig unter Leuten. Es ist daher wichtig,
245 sich ausprobieren zu können, ohne
befürchten zu müssen, dass Leistungen
gekürzt werden, wenn man merkt, dass es
nicht die richtige Arbeit ist. In der
Erstausbildung ist ein Fachrichtungswechsel
aus diesem Grund im BAföG schon lange
250 möglich. Dies muss auch in weiteren
Ausbildungen im Berufsleben möglich sein.

3 Arbeitsrecht länderübergreifend
sicherstellen

255 Es ist heute nichts Besonderes, wenn sich
jemand von Hamburg aus in eine Anlage in
Rumänien einwählt und diese steuert,
Software ändert oder mittels Live-Videos die
260 Produktion überwacht. Welches Recht dabei
einzuhalten ist, ist schwierig. Es geht dabei
um Wettbewerbsfähigkeit, denn der
Hamburger konkurriert im Beispiel mit
Personen aus der ganzen Welt um seine
265 Arbeit. Das deutsche Arbeitsrecht wurde über
viele Jahrzehnte daran angepasst, einen guten
Kompromiss aus Wettbewerbsfähigkeit und
Gesundheit der Mitarbeiter zu bieten. In
anderen Ländern ist das Arbeitsrecht nicht so
270 stark ausgeprägt wie in Deutschland. Z.B. ist
Sonntagsarbeit in vielen Ländern nicht
eingeschränkt. Personen aus Ländern mit
weniger arbeitsrechtlichen Beschränkungen
können ihre Leistung günstiger anbieten.

275 Wir setzten uns dafür ein, dass es gewisse
Standards gibt, die nicht durch Wettbewerb
untergraben werden dürfen. Wir müssen
daher sicherstellen, dass bei
280 Dienstleistungen, die in Deutschland erbracht
werden, deutsches Arbeitsrecht eingehalten
wird. Dabei ist es unerheblich von wo aus
diese Dienstleistung erbracht wird. Dies wird
keine einfache Aufgabe, aber machbar, denn
285 z.B. die Einhaltung von Pausen kann man
technisch überprüfen.

290 4 Soziale Absicherung der Arbeit weiter entwickeln

Die Vergabe von Aufträgen über Internetplattformen bringt eine neue Art der Beschäftigung hervor: das Crowdsourcing (auch Crowdworking genannt). Dies ist die Auslagerung interner Aufgaben an eine Gruppe von externen Personen z.B. über das Internet. Derzeit werden solche Arbeitsformen in den Unternehmen in großem Umfang implementiert, denn aus der Sicht der Unternehmen erhöht Crowdsourcing die Arbeitsgeschwindigkeit, Flexibilität und Skalierbarkeit bei geringeren Kosten. So möchte z.B. Daimler den Themenkomplex „Autonomes Fahren– Digitalisierung–Carsharing– Elektromobilität“ in einem „Schwarm“ bearbeiten lassen. Über eine Million Menschen sind bereits in Deutschland auf digitalen Arbeitsplattformen aktiv. Viele machen das nebenbei, einige in Vollzeit. Für diese Menschen müssen gute Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung durchgesetzt werden. Wir sind grundsätzlich dafür, dass die Chancen durch vernetztes Arbeiten genutzt werden können. Aus der Sicht der Beschäftigten ergibt sich oft eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie hierarchiefreieres Arbeiten.

Wir müssen aber darauf achten, dass die Internetökonomie unseren Sozialstaat nicht aushöhlt. Digitale Arbeit muss durch gewerkschaftliche Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten begleitet werden. Dazu muss Crowdsourcing so in das Arbeitsrecht eingebunden werden, dass Crowdworker faire Vertragsbedingungen und einen rechtlichen Schutz erhalten. Das Heimarbeitsgesetz muss an die digitale Heimarbeit angepasst werden, so dass sich die Schutzbestimmungen des Gesetzes auch durchsetzen lassen. Das Ziel der sozialen Absicherung der Arbeit ist daher eng mit den Zielen 3 und 5 verzahnt.

5 Betriebsverfassung weiter entwickeln

340 Das Betriebsverfassungsgesetz ist
zweifelsohne ein Grund für den Erfolg der
deutschen Wirtschaft. Mitsprache schafft die
nötige Motivation, sich für seine Firma
einzusetzen und Innovationen in Gang zu
345 bringen. Auch wenn man in Zukunft nicht
mehr regelmäßig vor Ort ist, ist betriebliche
Mitbestimmung wichtig. Die Rechtssysteme
anderer Länder kennen eine
Betriebsverfassung nicht und es besteht die
350 Gefahr, dass die Mitsprache gefährdet ist. So
könnte es in Zukunft zu Anstellungen mit
ausländischem Arbeitsvertrag kommen. Die
Angestellten wählen sich in eine ausländische
Geschäftsstelle ein und arbeiten dann online
355 „von dort aus“, obwohl sie sich nicht in
diesem Land aufhalten. Außerdem wird es in
Zukunft mehr Kurzzeitverträge geben, deren
Laufzeit auf ein bestimmtes Projekt
beschränkt ist. Die Anzahl von
360 Selbständigen, die mehrere solcher Projekte
parallel bearbeiten wird auf Kosten der
Stammebelegschaft wachsen. Diese
Projektarbeiter müssen eine Möglichkeit der
Mitsprache bekommen.
365
Um diesen Herausforderungen der
Betriebsverfassung zu begegnen, ist eine
enge Zusammenarbeit mit den
Gewerkschaften unerlässlich. Es müssen
370 gemeinsam Konzepte und Gesetze erarbeitet
werden, denn nur die Gewerkschaften haben
den vollen Einblick in die tägliche Praxis. Sie
können Konzepte auf deren Umsetzbarkeit
prüfen oder Test von geplanten, neuen
Regelungen auf den Weg bringen.

**Kommunen bei Breitbandausbau
entlasten**

**Kommunen bei Breitbandausbau
entlasten**

- 5 1. §11, Absatz 1 „Anschluss- und Annahme
Benutzungszwang“ der
Gemeindeordnung für Baden-
Württemberg wird wie folgt ergänzt:
„(...) die Versorgung mit Nah- und
Fernwärme, die Telefon- und
Internetversorgung durch
Glasfaseranschlüsse bis in die
Gebäude (...)“
- 10 2. §11 „Anschluss- und
Benutzungszwang“ der
Gemeindeordnung für Baden-
Württemberg wird um den folgenden
Absatz 3 erweitert: „Hat die
15 Gemeinde nach Absatz 1 einen
Anschluss- oder Benutzungszwang
zur Telefon- und Internetversorgung
vorgeschrieben, so darf sie Dritte mit
dem Betrieb des Netzes beauftragen.
20 Die Dritten sind zur Erzielung von
Gewinnen berechtigt
(Betreibermodell). Das Beihilferecht
ist einzuhalten.“
- 25 3. Änderungen der Vorgaben zur
Förderung des Breitbandausbaus
gelten nur für noch nicht gestellte
Anträge. Anträge, die bereits gestellt
wurden, müssen nicht nachträglich
an die neuen Vorgaben angepasst
30 werden.
- 35 4. Bei der Antragsstellung müssen
Kommunen nicht vorab Meter für
Meter aufzeigen, wie Leerrohre
innerhalb von geschlossenen
Ortschaften verlegt werden sollen.
Die Einreichung der Aufstellung des
Bauunternehmens nach

40 Fertigstellung der Maßnahmen
genügt.

Kosten, die Kommunen bei der Verlegung
von Leerrohren oder Glasfasern entstehen,
45 sind ihnen durch Förderprogramm
vollständig zu erstatten. Im Gegenzug
erhalten die Fördermittelgeber zehn Jahre
lang die mit dem Glasfasernetz erzielten
Mieteinnahmen. Im Anschluss kommen die
50 Einnahmen den Kommunen zugute.

Begründung:

Breitband ist die Zukunftstechnologie für
55 Lebensqualität in den Städten und
Gemeinden und zugleich der wichtigste
Standortfaktor sowie die technologische
Grundlage für die vierte industrielle
Revolution „Industrie 4.0“. Dabei liegt die
60 Zukunft in der Glasfasertechnologie. Die
bestehende Kupfertechnologie ist ein
Auslaufmodell. Die Versorgung mit
zeitgemäßem Internet ist in vielen Bereichen
des ländlichen Raumes noch unzureichend.
65 Bund und Land bieten zwar mittlerweile
Förderprogramme zum Breitbandausbau an.
Auch erleichtert beispielsweise der
Breitbandatlas der Bundesnetzagentur die
Antragsstellung. Dennoch stehen die
70 Kommunen vor großen Problemen, wenn sie
sich aufgrund ausbleibender privater
Initiativen entscheiden, den Breitbandausbau
selbst in die Hand zu nehmen.

75 Sie müssen sicherstellen, dass private
Anbieter tatsächlich nicht binnen drei Jahren
selbst einen Breitbandausbau vornehmen.
Auch müssen sie Meter für Meter aufzeigen,
wo Leerrohre verlegt werden sollen. Sehen
80 sie eine Verlegung im Straßenbereich vor, so
kommt es z.T. vor, dass die
Bewilligungsstelle der Gemeinde einen
Ausschnitt aus Google Maps schickt und
nachfragt, warum die Leitungen nicht im
85 Grünbereich oder im Gehweg verlegt werden
soll. Dass dieser Grünbereich Privateigentum
oder dass im Gehweg aufgrund zahlreicher
bestehender Leitungen keine weiteren
Leitungen verlegt werden können, ist der

90 Bewilligungsstelle wohl nicht klar. Zudem
dauert die Prüfung der Anträge zu lange.
Gemeinden müssen Monate oder gar Jahre
auf einen Bewilligungsbescheid warten.
95 Ändern sich in der Zwischenzeit die
Fördervorgaben, müssen die Kommunen
sogar ihren Antrag ändern, wodurch es zu
weiteren Verzögerungen kommt. Wenn die
Bewilligungsstelle zukünftig die Trassen
nicht Meter für Meter prüft, so kann sie die
100 Anträge auch schneller bewilligen. Haben die
Gemeinden diese Hürden genommen und
liegt ein Förderbescheid vor, können
Ausschreibung, Vergabe und Durchführung
der Baumaßnahmen erfolgen. Mit Beginn der
105 Bauarbeiten darf die Gemeinde nun auch
einen Netzbetreiber suchen. Somit geht die
Gemeinde vollständig in Vorleistung, ohne
zu wissen, ob sie am Ende einen Netzanbieter
findet. Auch muss sie einen riesigen
110 Verwaltungsaufwand stemmen. Zudem trägt
sie selbst – trotz Landes- oder
Bundesförderung - Teile der Kosten. Im
Gegensatz dazu bekommt der Ballungsraum
die jeweils aktuelle Technologie durch
115 private Anbieter geschenkt. Durch die Punkte
drei bis fünf können Kommunen entlastet
werden.

Die Punkte eins und zwei stärken die
120 Möglichkeiten der Kommunen beim
Breitbandausbau. Die Gemeindeordnung legt
in Paragraph 11 fest, in welchen Bereichen
Gemeinden einen Anschluss- und
Benutzungszwang vorschreiben dürfen.
125 Dabei handelt es sich um die Verpflichtung
von Grundstückseigentümern zum Anschluss
ihres Grundstücks an öffentliche
Einrichtungen wie z.B. an Wasserleitungen
sowie um die Verpflichtung, diese
130 Einrichtungen zu benutzen. Derzeit findet der
Breitbandausbau meist über die FTTC-
Technologie (Fibre to the Curb) statt. Hierbei
werden Glasfaserkabel bis an die
Kabelverzweiger (Verteiler) gelegt. Von dort
135 aus werden die Gebäude durch die
bestehenden Kupferleitungen versorgt. Im
Verteiler werden die Strom- bzw.
Lichtsignale konvertiert und weitergeleitet.
Durch diese Technologie lassen sich

140 Bandbreiten von bis zu 50Mbit/s erreichen. Bei Vectoring wird ein solcher Verteiler durch ein weiteres Bauteil aufgerüstet. Dieses reduziert die Dämpfung im Kupferkabel, sodass sich Bandbreiten von bis zu 100Mbit/s
145 erreichen lassen. Höherer Bandbreiten lassen sich nur durch die FTTB-Technologie (Fibre to the Building), bei der die Glasfaserleitungen bis in die Gebäude verlegt werden, erreichen. Bei FTTB sind beinahe
150 beliebig hohe Bandbreiten, jedenfalls mehrere Gbit/s erreichbar. Kupfer ist also, ob mit oder ohne Vectoring, ein Auslaufmodell. Vectoring hat zudem den Nachteil, dass das Netz technisch bedingt lediglich von einem
155 Anbieter genutzt werden. Somit besteht die Gefahr der Monopolbildung. Mittelfristig wird der Breitbandausbau folglich durch die FTTB-Technologie erfolgen. Die vorgeschlagenen Punkte erweitern nun das in
160 anderen Bereichen bewährte Schema des Anschlusszwangs, um den Ausbau der FTTB-Technologie voranzubringen. Die Ergänzung des Absatz 1 der Gemeindeordnung ist dabei so formuliert,
165 dass sich der Anschlusszwang nur beim Bau eines Glasfasernetzes, nicht bei einem Kupfernetz anwenden lässt. Auch kann die Kommune, und damit der Staat als Ganzes, Teile seiner Kosten an die
170 Gebäudeeigentümer weitergeben. Der vorgeschlagene Absatz 3 der Gemeindeordnung ermöglicht zudem eine Kombination von Anschlusszwang und Betreibermodell. Das Betreibermodell ist das
175 am häufigsten verwendete Modell zum Breitbandausbau. Hier baut die Kommune die Infrastruktur auf, um sie später an einen Betreiber zu vermieten. Alternativ wird die Infrastruktur zeitlich gebunden kostenlos
180 überlassen oder die Kommune beteiligt sich – unter Hinzunahme einer Förderung – im Rahmen einer einmaligen Anschubfinanzierung. Bei FTTB-Anschlüssen sind jedoch Mieteinnahmen zu
185 erwarten. Diese lassen sich durch die gemeinsame Betreibersuche für mehrerer Ausbaugebiete, auch verschiedener

190 Kommunen weiter steigern. So lässt sich der Aufbau des Glasfasernetzes finanzieren.

Insgesamt werden die Kommunen entlastet. Auch erhalten Sie weitere Möglichkeiten beim Breitbandausbau. So lassen sich die Weichen für den zukünftigen FTTB-Ausbau schon heute stellen.

Antragsbereich D/Antrag 6

Kennnummer 13511

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Kein Zwei-Klassen-Internet

Kein Zwei-Klassen-Internet

Die SPD Baden-Württemberg mögen beschließen:
Internet ist ein Grundrecht. Dies stellte der BGH 2013 fest. Viele Telekommunikationsunternehmen versuchen dieses Grundrecht zu beschneiden und einen uneingeschränkten Zugang zum Internet nur den Menschen zu ermöglichen, deren Einkommen groß genug ist. Durch die Einführung einer Drosselung im Festnetz versuchen die Anbieter, mittels der künstlichen Verknappung einer Ressource, die BürgerInnen dazu zu zwingen, wesentlich mehr Geld auszugeben.

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeilen 1 - 15: Begründung

Die SPD Baden-Württemberg fordert daher:

Die SPD Baden-Württemberg fordert daher:

- Verbot der Drosselung, d.h. die Reduktion der Down- und Uploadgeschwindigkeit auf ein Minimum, für Festnetzanschlüsse oder der mobilen Datenübertragung
- Die Erarbeitung einer Strategie um bis 2025 allen Menschen in Deutschland Zugang zu schnellem Internet zu ermöglichen. Maßstab für ein schnelles Internet ist dabei die störungsfreie Nutzung gängiger Internetangebote, wie beispielsweise Nachrichtenportale, Mediatheken und Streamingdiensten

- Verbot der Drosselung (d.h. die Reduktion der Down- und Uploadgeschwindigkeit auf ein Minimum) für Festnetzanschlüsse oder der mobilen Datenübertragung
- **Die Drosselung der mobilen Datenübertragung darf nur auf mindestens 1 MBit pro Sekunde erfolgen, damit die Nutzung des Internets noch möglich ist.**
- Die Erarbeitung einer Strategie um bis 2025 allen Menschen in Deutschland Zugang zu schnellem

35

- Wahrung der Netzneutralität

Internet zu ermöglichen. Maßstab für ein schnelles Internet ist dabei die störungsfreie Nutzung gängiger Internetangebote, wie beispielsweise Nachrichtenportale, Mediatheken und Streamingdiensten

- Wahrung der Netzneutralität

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 15***

Kennnummer 13547

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag D6 Änderungsantrag zum Antrag D6

Füge in Z.29 in der Fassung der Annahme
Antragskommission ein:

5

"Bei als Flatrate bezeichneten Angeboten soll
eine Drosselung nicht erlaubt sein."

*Antragsbereich D/ **Antrag 7***

Kennnummer 13482

AG 60 plus Baden-Württemberg

Empfänger:

SPD-Landtagsfraktion

Keine Abschaltung des Antennenfernsehens (des terrestrischen Empfangs von DAB-T) am Hochrhein und im Wiesental	Keine Abschaltung des Antennenfernsehens (des terrestrischen Empfangs von DAB-T) am Hochrhein und im Wiesental
---	---

5

Wir fordern den SWR auf, den Empfang von DVB-T2 als Teil der Grundversorgung für alle Bürger*innen von Baden-Württemberg sicher zu stellen. Überweisung an die Landtagsfraktion

Begründung:

10

Dass der Empfang von DVB-T2 (Digital Video Broadcasting – Second Generation Terrestrial) im ländlichen Raum nicht möglich ist, ist nicht akzeptabel. Der

- Empfang der öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme über Antenne muss allen Bürgern ermöglicht werden. Der Intendant des SWR, Peter Boudgoust, begründet die Abschaltung des „Antennenfernsehens“ mit den geringen Nutzerzahlen. Hier zeigt sich, dass der ländliche Raum wieder einmal benachteiligt werden soll, obwohl viele Politikinnen und Politiker fast jeden Tag die Unterstützung des ländlichen Raumes und gleiche Lebensverhältnisse im ganzen Land fordern.
- Die Art und Weise der Abschaltung von DVB-T ist ein weiteres Ärgernis. Ohne jede Vorwarnung wurde DVB-T abgeschaltet. Viele, vor allem ältere, Mitbürgerinnen und Mitbürger mussten daraufhin nicht unerhebliche Kosten für die Umstellung auf Satellitenfernsehen aufwenden.

Antragsbereich D/Antrag 8

Kennnummer 13489

Kreisverband Lörrach

Verbot von sogenannten „Business Intelligence“ Dienstleistungen im Finanzwesen. Verbot von sogenannten „Business Intelligence“ Dienstleistungen im Finanzwesen.

- Verbot von sogenannten „Business Intelligence“ Dienstleistungen im Finanzwesen. Überweisung an die Bundestagsfraktion und die SPD-Gruppe in der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament
- Heute nehmen Banken zunehmend Dienstleistungen von sogenannten „Business Intelligence“ Dienstleistern in Anspruch, um die Bonität ihrer Kunden zu prüfen.
- Diese Dienstleister nutzen Daten, die sie aus unterschiedlichsten Quellen sammeln um Profile von Personen zu erstellen und den Banken, Versicherern und anderen Finanzdienstleistern eine Einschätzung geben zu können, wie zahlungsfähig, moralisch korrekt sowie das Auftreten der Person im Allgemeinen ist.

20 Hieraus entsteht eine Empfehlung, ob ein
Kredit bewilligt, eine Kreditkarte ausgegeben
oder wie hoch eine Versicherungsprämie ist.

25 Damit diese Dienstleister arbeiten können,
werden Daten Online erhoben und oft ohne
Wissen der Beteiligten an diese Dienstleister
verkauft. Deutscher Datenschutz wird
hierdurch oft ausgehebelt, wenn die
erhebende Firma im außereuropäischen
30 Ausland sitzt und so nicht an Deutsche oder
Europäische Datenschutzrichtlinien
gebunden ist.

35 Die Gewinne in diesem Bereich sind
erheblich und man spricht davon, dass „Daten
das Gold des 21. Jahrhunderts“ sind. Die
Politik ist dafür verantwortlich, dass Regeln
für die Wirtschaft gesetzt werden. Deshalb
fordern wir ein Verbot von Inanspruchnahme
solcher Dienstleistungen für Unternehmen,
40 die Finanzdienstleistungen in Deutschland
anbieten.

45 So bleibt ein fairer Wettbewerb erhalten und
der Markt für die Erhebung von Daten, oft in
Deutschland mit illegalen Methoden, wird
geschwächt und eine Debatte wie in anderen
Bereichen die grundgesetzlich gesicherte
Privatsphäre im Internet erhalten bleiben
kann, damit angestossen werden.

Antragsbereich D/ Antrag 9

*Kennnummer 13493
Ortsverein FR-Stühlinger
(Kreisverband Freiburg)*

*Empfänger:
Bundesparteitag
SPE-Abgeordnete*

Gegen die verpflichtende Einführung von automatischen Uploadfiltern	Gegen die verpflichtende Einführung von automatischen Uploadfiltern
--	--

Die SPD spricht sich gegen die Einführung von automatischen Uploadfiltern aus. Sie macht sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür	Annahme in der Fassung der Antragskommission
--	---

- 5 stark, dass keine automatischen Uploadfilter für Plattformen verpflichtend werden.
- Begründung:**
- 10 Im Rahmen der Urheberrechtsreform wird auf EU-Ebene im Moment die Einführung von Uploadfiltern diskutiert. Uploadfilter bedeutet, dass Inhalte, die von Nutzern auf eine Plattform hochgeladen werden, automatisiert so gefiltert werden, dass
- 15 sichergestellt ist, dass keine Urheberrechte verletzt werden.
- 20 Bisher funktioniert es zum Beispiel in der Wikipedia so, dass man zu einem Artikel über ein Bauwerk ein Bild hochladen kann, dass dieses Bauwerk zeigt. Man muss angeben, dass man das Bild entweder selbst aufgenommen hat oder dass man die Lizenz dafür hat, das Bild auf der Wikipedia zu verwenden. Die Gemeinschaft der
- 25 Wikipedia-Leute überprüft diese Angaben und wenn es Zweifel an der Angabe der Lizenz gibt, wird das Bild gelöscht. Jede Person oder Firma, die ihre Rechte durch ein hochgeladenes Bild verletzt sieht, kann das Bild zur Löschung melden. Die Wikipedia-Leute überprüfen diese Meldung und löschen das Bild.
- 35 Dieses Verfahren hat sich bewährt und stellt sicher, dass es keine Fehler gibt, durch die freie Bilder aus Versehen gelöscht werden. Ein automatisierter Uploadfilter bedeutet, dass nicht mehr Menschen die Inhalte prüfen,
- 40 sondern Software. Solche Software muss erst noch entwickelt werden. Das kostet Geld, was freie Webportale wie eben die Wikipedia nicht aufbringen können. Deren Ansatz, freies Wissen Allen zu Verfügung zu stellen
- 45 wird dadurch behindert. Eine automatisierte Software kann nur aufgrund vorliegender Daten entscheiden. Ist ein Motiv eines Bauwerks nicht in dessen Datenbank, kann es nicht sagen, ob das hochgeladene Bild bekannte Rechte verletzt. Um sich rechtlich abzusichern, werden sich freie Portale dafür
- 50 entscheiden, dass dann lieber gar kein Bild dieses, der Software unbekannten Bauwerks,
- ~~Die SPD spricht sich gegen die Einführung von automatischen Uploadfiltern aus. Sie Die SPD macht sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür stark, dass keine automatischen Uploadfilter für Plattformen verpflichtend werden.~~

55 hochgeladen werden kann. Dies widerspricht
dann jedoch klar dem Konzept des freien
Wissens.

60 Ein automatisierter Uploadfilter behindert
nicht nur Bilder, sondern auch Videos. Ein
Standard-Video besteht aus 25 Bildern pro
Sekunde, die zu prüfen sind. Dies ist ein
Aufwand, der für gemeinnützige Portale ohne
angestelltes Personal nicht zu stemmen ist.

65 Auch die Entwicklung von freier Software
wäre von dieser Regelung betroffen. Hierfür
wird üblicherweise urheberrechtlich
geschützter Quellcode auf eine Plattform
hochgeladen (zum Beispiel die Plattform
70 Github), die diesen dann öffentlich
zugänglich macht. Die Lizenzen für
Quellcode erlauben üblicherweise die
Nutzung, Verbreitung und Weitergabe des
Quellcodes mit sehr niedrigen Hürden. Bei
75 einem größeren Softwareprojekt halten also
viele Menschen Urheberrechte an Teilen der
Software. Oft stehen auch verschiedene Teile
der Software unter verschiedenen
Lizenzbedingungen. Das würde das
80 automatische Filtern des hochgeladenen
Quellcodes in der Praxis unmöglich machen,
im Zweifel würde dann das Hochladen
unterbunden werden. Da im speziellen große
Softwareprojekte in der Regel auch von
85 anderer Software abhängt, hätte ein solches
Sperren fatale Folgen, da auch alle Software
die auf der gesperrten Software basiert,
unbrauchbar würde. Die etablierten
Arbeitsweisen in diesem Bereich wären nicht
90 mehr praktikabel, was die Entwicklung und
Verbreitung von freier Software gefährden
würde.

95 Für eine funktionierende Demokratie ist der
Zugang zu freiem Wissen essentiell und die
SPD macht sich daher für freies Wissen stark.
Die Entwicklung und Verbreitung freier
Software ist für die Entwicklung der
Software-Branche in Europa essentiell.
100 Automatische Uploadfilter stehen beidem
entgegen.

Antragsbereich D/Antrag 10

Empfänger:
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktion

Staatliche Stellen dürfen keine IT-Sicherheitslücken geheim halten

5 Staatliche Institutionen sind nicht berechtigt, Wissen über Sicherheitslücken in informationstechnischen Systemen geheim zu halten. Erlangtes Wissen über solche Sicherheitslücken müssen dem Hersteller der Systeme zugänglich gemacht werden. Wird die Sicherheitslücke nicht vom Hersteller innerhalb einer bestimmten Frist behoben, ist die Sicherheitslücke auf jedem Fall der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Begründung:

15 Was für Auswirkungen Sicherheitslücken in IT-Systemen haben können, hat das Beispiel des von *Wannacry* gezeigt. In Großbritannien wurden durch diese sogenannte Ransomware zahlreiche Rechner in Krankenhäusern und im nationalen Gesundheitswesen befallen.

20 Festplatten von Computern wurden verschlüsselt und wurden dadurch unbenutzbar. In Deutschland fielen durch *Wannacry* flächendeckend die Anzeigetafeln der Bahn aus. Die Sicherheitslücke, die von

25 *Wannacry* für den Angriff genutzt wurde, war dem amerikanischen Geheimdienst NSA mehrere Jahre bekannt. Dahinter steht die Idee, dass Sicherheitsbehörden in der Lage sein sollen, die Computer von Verdächtigen

30 zu infiltrieren. Sicherheitslücken können eben auch von Anderen entdeckt und gegen staatliche Netzwerke und kritische Infrastruktur wie Krankenhäuser und Stromnetze ausgenutzt werden.

35 Man muss also abwägen, ob man für die Befugnisse der Geheimdienste die Gesundheit der Menschen weltweit aufs Spiel

40 setzt, weil man bekannte Sicherheitslücken
solange geheim hält, bis Kriminelle sie
entdecken und zum Schaden der Gesellschaft
ausnutzen. Das Ausnutzen von
Sicherheitslücken schadet außerdem Firmen.
45 Deren Verluste können so hoch sein, dass
Leute entlassen werden müssen oder Firmen
gar in die Insolvenz rutschen.

Die Regelung, Sicherheitslücken nach einer
Frist in jedem Fall öffentlich zu machen, stellt
50 sicher, dass die Hersteller auch wirklich aktiv
werden, wenn ihnen eine Lücke mitgeteilt
wurde. Deren Kunden können sie bei
Untätigkeit verklagen, da dann dem
Hersteller genau bekannt ist, dass die
55 Sicherheitslücke durch seine Untätigkeit an
die Öffentlichkeit gelangen wird. Dies
sicherzustellen ist wichtig, da die Erfahrung
zeigt, dass einige gemeldete
Sicherheitslücken aus Gründen der
60 Gewinnmaximierung solange nicht gestopft
wurden, bis Kriminelle sie ausgenutzt haben,
man also zwingend handeln musste. Das Ziel
muss es sein, dass Kriminelle gar nicht erst
die Gelegenheit bekommen und die
65 Veröffentlichungspflicht schafft das dafür
nötige Druckmittel.

Außen- und Entwicklungspolitik

Antragsbereich AE/Antrag 1

Kennnummer 13512

Landesverband Baden-Württemberg

Landesvorstand

Eine Zukunft für Afrika in der Welt

Eine Zukunft für Afrika in der Welt

Eine Zukunft für Afrika in der Welt		Annahme in der Fassung der Antragskommission
5	Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, aber auch alle gesellschaftlichen Kräfte, Bürgerinnen und Bürger in Deutschland müssen sich mit den Erfordernissen einer grundlegenden, weltweit veränderten gesellschaftlichen Ausgangslage vertraut machen. Afrika ist eine der großen unaufschiebbaren Herausforderungen.	Die SPD fordert auf der Grundlage ihrer Prinzipien von Verständigung, internationaler Solidarität und gemeinsamer Sicherheit durch Kooperation eine umfassende Afrika-Initiative. Bis zum Jahr 2050 wird in Afrika eine Verdopplung der Bevölkerung erwartet. Bereits jetzt sind rund 60% der Menschen jünger als 25 Jahre. Diese Menschen fordern eine gleichberechtigte Teilhabe am globalen Wohlstand. Hierfür Bedingungen zu schaffen und der in weiten Teilen vorherrschenden wirtschaftlichen Hoffnungslosigkeit entgegenzuwirken, ist entscheidend sowohl für die nachhaltige Bekämpfung von Fluchtursachen, als auch zur Erreichung globaler Gerechtigkeit.
10	Die SPD Baden-Württemberg fordert eine umfassende Afrika-Initiative.	
15	Grundlagen für eine neue SPD-Afrikapolitik sind: a) die Agenda 2063 der Afrikanischen Union (AU) aus dem Jahre 2015	Grundlagen für eine neue SPD-Afrikapolitik sind: a) Die „Agenda 2063“ – die gemeinsame Vision der Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union (2013)
20	b) die "Sustainable Development Goals", die im September 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurden und in den meisten Ländern der Welt bereits rechtlich wirksam sind.	
25		b) die "Sustainable Development Goals" (Nachhaltigkeitsentwicklungsziele 2030) der Vereinten Nationen (2015)
30	1. Die SPD unterstützt alle in der Agenda 2063 festgelegten Maßnahmen zur Stabilisierung des Friedens. Wir unterstützen die Ziele der afrikanischen Länder, frei von bewaffneten Konflikten sein zu wollen, frei von Terrorismus, Extremismus, Intoleranz sowie geschlechterspezifischer Gewalt. Die afrikanischen Länder wollen frei von Drogen, Menschenhandel und jeglicher Art von	c) die „G20-Africa-Partnership-Initiative“ und der „G20 Compact with Africa“ (2017),
35		

- Waffenhandel sein. Kurzfristiges Ziel aller afrikanischen Staaten ist es, den Handel mit Kleinwaffen und sogenannten leichten Waffen zu verbieten. Wichtig ist zudem, den "Early Response Mechanism" (ERM) zu unterstützen. Der ERM wird von der EU mitfinanziert und setzt nicht auf Waffen, sondern viel mehr auf Mediation und "factfinding", auf Problem-Identifikation, Prävention und diplomatische Intervention. Wir fordern die Intensivierung dieser Arbeit durch das Projekt "Command, Control, Communication and Information (3es) Systems", welches unter afrikanischer Führung wichtige mediatorische Arbeit leistet, um bewaffnete Konflikte erst gar nicht entstehen zu lassen.
2. Die SPD unterstützt alle Anstrengungen zur Entwicklung demokratisch orientierter Staatsordnungen. Wir unterstützen alle afrikanischen Initiativen zur Demokratisierung der Gesellschaft. Die SPD unterstützt afrikanische Initiativen zur umfassenden Bildung der Bevölkerung, gleich welcher Kultur, gleich welchen Geschlechts, gleich welcher Religion - wie sie in der AGENDA 2063 der Afrikanischen Union aufgeführt werden. Weiterhin werden die fortlaufenden Bemühungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen um die Einhaltung der Menschenrechte unterstützt.
3. Die SPD ist fest davon überzeugt, dass wir die erste Generation sein können, der es gelingen wird, Armut weltweit - auch in Afrika - nachhaltig zu beseitigen. Die SPD fordert den Aufbau von Infrastruktur als Grundlage für wirtschaftliche und industrielle Entwicklung mit finanzieller Hilfe der EU, besonders in den Bereichen Verkehr, Bildung, Gesundheit, Kommunikation und Energieversorgung. Dabei soll private Monopolbildung tunlichst verhindert werden. Leitbild der Entwicklung ist die nachhaltige Gesellschaft.
4. Die SPD unterstützt das für Afrika bis 2030 gesteckte Ziel einer einheitlichen
- in dessen Rahmen sich Deutschland mit anderen G20 Staaten verpflichtet hat, die Bedingungen für private Investitionen und Investitionen in Infrastruktur in die ärmsten Länder Afrikas zu stärken, da sie eine Grundvoraussetzung für starkes, ausgewogenes und nachhaltiges Wachstum darstellen.
1. Die SPD Baden-Württemberg fordert eine grundlegende Neuausrichtung der Entwicklungspolitik. Um der rasch wachsenden, jungen Afrikanischen Bevölkerung Perspektiven zu geben, nennt die „Agenda 2063“ der Afrikanischen Union inklusives Wachstum und nachhaltige Entwicklung als ihr erstes Ziel. Was die junge Bevölkerung dazu bringt, ihr Glück in Europa zu suchen, ist – wie bei vielen Migranten-Generationen vor ihnen – wirtschaftliche Hoffnungslosigkeit. Eine nachhaltige Bekämpfung von Fluchtursachen kann nur durch Schaffung von nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen vor Ort erfolgen. Die SPD Baden-Württemberg fordert die Anerkennung dieser Realität. Dies setzt eine Verabschiedung von der gegenüber Afrika nach wie vor vorherrschenden Geber-Empfänger-Leitbildern auf der deutschen Seite voraus hin zu einer (von Afrika gewünschten) Partnerschaft auf Augenhöhe. Die Festlegung der Kooperationsschwerpunkte muss mit Afrika und nicht für Afrika erfolgen. Dabei erkennt die SPD an, dass während das Durchsetzen von Nachhaltigkeitsstandards durch staatliche Akteure geleistet werden muss und afrikanische Akteure entsprechend gestärkt werden müssen, für den Aufbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen Investitionen aus dem Privatsektor unabdingbar sind. Gleiches gilt für die Nachhaltigkeit des Aufbaus von Infrastruktur und öffentlichen Gütern (insb. in den Bereichen Verkehr, Bildung, Gesundheit, Kommunikation und Energieversorgung) mit deutschen oder europäischen Entwicklungsfinanzen: sie kann nur gewährleistet sein, wenn ausreichend wirtschaftliches und Steuereinkommen generiert wird. Daher fordert die SPD Baden-

kontinentalen Regierung und entsprechend interkontinentaler Institutionen (wie Parlament etc.), wie es die Generalversammlung der Afrikanischen Union (AU) 2015 in Addis Abeba und Johannesburg beschlossen hat. Die SPD unterstützt die Entwicklung von Wirtschaftsordnungen, die unter Wahrung menschenrechtlicher, arbeitsrechtlicher, umweltschonender, verbraucherschützender und sozialer Standards wirtschaftliche Leistungen erbringen, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden und die auf dem globalen Markt auch erfolgreich getauscht werden können.

Die bestehenden Handelsverträge der EU und Deutschlands sowie die europäische Handelspolitik müssen daraufhin überprüft werden, ob sie der Erreichung dieser Ziele dienen, und entsprechend angepasst werden.

5. Die SPD Baden-Württemberg unterstützt das Ziel der Afrikanischen Union, bis 2063 eine moderne produktive Landwirtschaft ohne Genmanipulation entwickelt zu haben.

6. Die SPD fordert faire Bedingungen für den Import afrikanischer Produkte in die Europäische Union. Subventionen für deutsche Produkte, welche die Entwicklung der afrikanischen Wirtschaft behindern, gehören abgeschafft. Das langfristige Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe aller am globalen Wirtschaftsraum und an seinen Erträgen.

7. Wir unterstützen den Aufbau eines Binnenmarktes in der EAC, der East African Community (Ruanda, Uganda, Kenia, Demokratische Republik Kongo, Burundi und Tansania) und sehen dabei insbesondere baden-württembergische Unternehmen, Gewerkschaften und die Verwaltung in der Verantwortung. Ihr Handeln muss sich dabei an den "Sustainable Development Goals" (SDG's) der Vereinten Nationen ausrichten. Die Maßnahmen müssen einer nachhaltigen Kontrolle unterliegen. Dies setzt voraus, dass die "Sustainable Development Goals", deren Inhalt und Ziele auch in Baden-Württemberg

Württemberg einen neuen Entwicklungsansatz, der den Abbau globaler Ungleichheiten durch die Verbindung von Staatshilfen mit Investitionen und Handel befördert. Dieser sollten in Zusammenarbeit mit Afrika sowohl Anreize für deutsche Unternehmen schaffen, insb. in wirtschaftlich schwachen afrikanischen Ländern zu investieren – und so Arbeitsplätze zu generieren, als auch diese Investitionen durch kapazitätsbildende, strukturstärkende Maßnahmen begleiten – gemäß dem Leitbild einer nachhaltigen Gesellschaft.

2. Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Länder der Afrikanischen Union in ihren Bestrebungen, demokratisch orientierte Staatsordnungen und demokratische Gesellschaften aufzubauen. Ferner unterstützt die SPD Baden-Württemberg das für Afrika bis 2030 gesteckte Ziel einer einheitlichen kontinentalen Regierung und entsprechend interkontinentaler Institutionen gemäß dem Johannesburg-Beschluss der Afrikanischen Union (2015). Weiterhin werden die fortlaufenden Bemühungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen um die Einhaltung der Menschenrechte unterstützt.

3. Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Ziele der „Agenda 2063“ hinsichtlich der Bekämpfung von bewaffneten Konflikten, Extremismus, Intoleranz, geschlechterspezifischer Gewalt, illegalem Drogenhandel, Menschenhandel und jeglicher Art von illegalem Waffenhandel. Hierbei fordert die SPD insbesondere, die Kooperation im Rahmen des Projekts "Command, Control, Communication and Information (3cs) Systems", welches einen Teil des von der EU mitfinanzierten "Early Response Mechanism" bildet, zu intensivieren. Dieses leistet unter afrikanischer Führung wichtige mediatorische Arbeit mit dem Ziel, Konflikte durch frühe Identifikation, Präventionsmaßnahmen und diplomatische Interventionen zu verhindern.

verbreitet und beispielhaft in den Verwaltungen des Landes, der Regierungsbezirke, Kreise und Kommunen umgesetzt werden. Der Aufbau eines panafrikanischen Binnenmarktes wird unterstützt und regionale Wirtschaftsgemeinschaften - die die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) - werden fachlich, politisch und gegebenenfalls in überschaubarem Rahmen finanziell gefördert.

8. Die SPD Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, die Tätigkeit der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) deutlich finanziell aufzustocken, um Aus- und Fortbildungsmaßnahmen finanzieren zu können. Dabei sollte insbesondere die praktische berufliche Bildung im Hinblick auf eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung im Fokus stehen. Mit Hilfe der SEZ sollte ein berufliches Qualifizierungsprogramm für Menschen auf Afrika und insbesondere aus dem baden-württembergischen Partnerland Burundi geschaffen werden. Als Ausbildungsstandorte für entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen bieten sich dabei insbesondere Firmen an, in den auch französisch gesprochen wird.

4. Die SPD Baden-Württemberg setzt sich für eine gerechte Wirtschaftsordnung ein, welche die Wahrung menschenrechtlicher, arbeitsrechtlicher, umweltschonender, Verbraucherschützender und sozialer Standards bei der Erbringung wirtschaftlicher Leistungen – und somit den Menschen – in den Mittelpunkt stellt. Gerade in Bezug auf Afrika ist hierfür ein Abbau globaler Asymmetrien in Wirtschaft, Handel und dem entsprechenden Wissen unabdingbar. Viele der bestehenden Handelsverträge der EU und Deutschlands mit Afrikanischen Ländern tragen, z.B. durch staatliche Subventionen dazu bei, Entwicklung einheimischer Industrien zu verhindern, bzw. diese zu zerstören. Dies trifft insb. aber nicht ausschließlich auf den Landwirtschafts- und Textilsektor zu – und trägt mittelbar ebenso zu Fluchtursachen bei. Daher fordert die SPD Baden-Württemberg eine Überprüfung der betreffenden Handelsabkommen und –politiken und deren entsprechende Anpassung.

5. Die SPD Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, einen neuen partnerschaftlichen entwicklungspolitischen Ansatz für Afrika in Baden-Württemberg umzusetzen. Hierbei sollen Entwicklungspartnerschaften zwischen baden-württembergischen Unternehmen, Gewerkschaften und Verwaltungen und der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) auf der deutschen Seite und dem baden-württembergischen Partnerland Burundi geschaffen werden. Ziel der Partnerschaft soll die Verbesserung der Anreize für das Engagement baden-württembergischen Unternehmen in Burundi sein und somit die Schaffung von neuen Wirtschaftsstrukturen vor Ort, die sowohl Arbeitsplätze bieten als auch Einkommenspotentiale durch Handel. Das Engagement der Unternehmen soll durch entsprechende berufliche Qualifizierungsprogramme und kapazitätsbildende Maßnahmen durch die SEZ begleitet werden.

Änderungsantrag zum Antrag AE1 **Änderungsantrag zum Antrag AE1**

Ersetzen des Antrags durch: „Zukunft für Afrika und die Welt:

Erledigt durch Annahme von Antrag AE 1 in der Fassung der Antragskommission

5 Die SPD fordert auf der Grundlage ihrer
Prinzipien von Verständigung,
internationaler Solidarität und gemeinsamer
Sicherheit durch Kooperation eine
umfassende Afrika-Initiative. Bis zum Jahr
10 2050 wird in Afrika eine Verdopplung der
Bevölkerung erwartet. Bereits jetzt sind rund
60% der Menschen jünger als 25 Jahre. Diese
Menschen fordern eine gleichberechtigte
Teilhabe am globalen Wohlstand. Hierfür
15 Bedingungen zu schaffen und der in weiten
Teilen vorherrschenden wirtschaftlichen
Hoffnungslosigkeit entgegenzuwirken, ist
entscheidend sowohl für die nachhaltige
Bekämpfung von Fluchtursachen, als auch
zur Erreichung globaler Gerechtigkeit.

20
Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass dem
demographischen Wandel in Afrika ein
demographischer Wandel in China
gegenübersteht, dessen Gesellschaft älter
25 wird und schrumpft. Die chinesische
Regierung verfolgt das Ziel, die
Produktionssektoren, die China ehemals zur
„Werkbank der Welt“ gemacht haben, durch
Investitionen nach Afrika auszulagern. Die
30 bietet auf der einen Seite Chancen auf eine
sog. „demographische Dividende“ für Afrika,
birgt aber gleichzeitig die Gefahr, dass sich
die von China bekannten Menschen- und
Arbeitsrechtsverletzungen in Afrika
35 wiederholen könnten. Auch hier sieht die
SPD Baden-Württemberg es als eine Aufgabe
der deutschen Entwicklungspolitik an, dem
(ggf. durch gemeinsamen Projekte mit China,

40

das lange Empfänger der deutschen Entwicklungshilfe war) steuern einzuwirken.

45 Grundlagen für eine neue SPD-Afrikapolitik sind:

50 a) Die „Agenda 2063“ – die gemeinsame Vision der Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union (2013)

b) die „Nachhaltigkeitsentwicklungsziele 2030“ der Vereinten Nationen (2015)

55 c) die „G20-Africa-Partnership-Initiative“ und der „G20 Compact with Africa“ (2017), in dessen Rahmen sich Deutschland mit anderen G20 Staaten verpflichtet hat, die Bedingungen für private Investitionen und Investitionen in Infrastruktur in die ärmsten
60 Länder Afrikas zu stärken, da sie eine Grundvoraussetzung für starkes, ausgewogenes und nachhaltiges Wachstum darstellen.

65 1. Die SPD Baden-Württemberg fordert eine grundlegende Neuausrichtung der Entwicklungspolitik. Um der rasch wachsenden, jungen Afrikanischen Bevölkerung Perspektiven zu geben, nennt
70 die „Agenda 2063“ der Afrikanischen Union inklusives Wachstum und nachhaltige Entwicklung als ihr erstes Ziel. Was die junge Bevölkerung dazu bringt, ihr Glück in Europa zu suchen, ist – wie bei vielen Migranten-
75 Generationen vor ihnen – wirtschaftliche Hoffnungslosigkeit. Eine nachhaltige Bekämpfung von Fluchtursachen kann nur durch Schaffung von nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen vor Ort erfolgen. Die SPD
80 Baden-Württemberg fordert die Anerkennung dieser Realität. Dies setzt eine Verabschiedung von der gegenüber Afrika nach wie vor vorherrschenden Geber-Empfänger-Leitbildern auf der deutschen
85 Seite voraus hin zu einer (von Afrika gewünschten) Partnerschaft auf Augenhöhe. Die Festlegung der Kooperationsschwerpunkte muss mit Afrika und nicht für Afrika erfolgen. Dabei erkennt
90 die SPD an, dass während das Durchsetzen

von Nachhaltigkeitsstandards durch staatliche Akteure geleistet werden muss und afrikanische Akteure entsprechend gestärkt werden müssen, für den Aufbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen Investitionen aus dem Privatsektor unabdingbar sind. Gleiches gilt für die Nachhaltigkeit des Aufbaus von Infrastruktur und öffentlichen Gütern (insb. in den Bereichen Verkehr, Bildung, Gesundheit, Kommunikation und Energieversorgung) mit deutschen oder europäischen Entwicklungsfinanzen: sie kann nur gewährleistet sein, wenn ausreichend wirtschaftliches und Steuereinkommen generiert wird. Daher fordert die SPD Baden-Württemberg einen neuen Entwicklungsansatz, der den Abbau globaler Ungleichheiten durch die Verbindung von Staatshilfen mit Investitionen und Handel befördert. Dieser sollten in Zusammenarbeit mit Afrika sowohl Anreize für deutsche Unternehmen schaffen, insb. in wirtschaftlich schwachen afrikanischen Ländern zu investieren – und so Arbeitsplätze zu generieren, als auch diese Investitionen durch kapazitätsbildende, strukturstärkende Maßnahmen begleiten – gemäß dem Leitbild einer nachhaltigen Gesellschaft.

2. Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Länder der Afrikanische Union in ihren Bestrebungen, demokratisch orientierte Staatsordnungen und demokratische Gesellschaften aufzubauen. Ferner unterstützt die SPD Baden-Württemberg das für Afrika bis 2030 gesteckte Ziel einer einheitlichen kontinentalen Regierung und entsprechend interkontinentaler Institutionen gemäß dem Johannesburg-Beschluss der Afrikanischen Union (2015). Weiterhin werden die fortlaufenden Bemühungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen um die Einhaltung der Menschenrechte unterstützt.

3. Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Ziele der „Agenda 2063“ hinsichtlich der Bekämpfung von bewaffneten Konflikten, Extremismus, Intoleranz, geschlechterspezifischer Gewalt, illegalem

Drogenhandel, Menschenhandel und jeglicher Art von illegalem Waffenhandel. Hierbei fordert die SPD insbesondere, die Kooperation im Rahmen des Projekts "Command, Control, Communication and Information (3es) Systems", welches einen Teil des von der EU mitfinanzierten "Early Response Mechanism" bildet, zu intensivieren. Dieses leistet unter afrikanischer Führung wichtige mediatorische Arbeit mit dem Ziel, Konflikte durch frühe Identifikation, Präventionsmaßnahmen und diplomatische Interventionen zu verhindern.

4. Die SPD Baden-Württemberg setzt sich für eine gerechte Wirtschaftsordnung ein, welche die Wahrung menschenrechtlicher, arbeitsrechtlicher, umweltschonender, verbraucherschützender und sozialer Standards bei der Erbringung wirtschaftlicher Leistungen – und somit den Menschen – in den Mittelpunkt stellt. Gerade in Bezug auf Afrika ist hierfür ein Abbau globaler Asymmetrien in Wirtschaft, Handel und dem entsprechenden Wissen unabdingbar. Viele der bestehenden Handelsverträge der EU und Deutschlands mit Afrikanischen Ländern tragen, z.B. durch staatliche Subventionen dazu bei, Entwicklung einheimischer Industrien zu verhindern, bzw. diese zu zerstören. Dies trifft insb. aber nicht ausschließlich auf den Landwirtschafts- und Textilsektor zu – und trägt mittelbar ebenso zu Fluchtursachen bei. Daher fordert die SPD Baden-Württemberg eine Überprüfung der betreffenden Handelsabkommen und –politiken und deren entsprechende Anpassung.

5. Die SPD Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, einen neuen partnerschaftlichen entwicklungspolitischen Ansatz für Afrika in Baden-Württemberg umzusetzen. Hierbei sollen Entwicklungspartnerschaften zwischen baden-württembergischen Unternehmen, Gewerkschaften und Verwaltungen und der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) auf der deutschen

Seite und dem baden-württembergischen Partnerland Burundi geschaffen werden. Ziel der Partnerschaft soll die Verbesserung der Anreize für das Engagement baden-württembergischen Unternehmen in Burundi sein und somit die Schaffung von neuen Wirtschaftsstrukturen vor Ort, die sowohl Arbeitsplätze bieten als auch Einkommenspotentiale durch Handel. Das Engagement der unternehmen soll durch entsprechende berufliche Qualifizierungsprogramme und kapazitätsbildende Maßnahmen durch die SEZ begleitet werden.

Antragsbereich Ä/Antrag 17

*Kennummer 13549
Kreisverband Stuttgart*

Änderungsantrag zum Antrag Änderungsantrag zum Antrag AE1 AE1

Füge ein in Zeile 82 nach "... nachhaltige Gesellschaft.": Dazu gehört auch, dass vor Ort das Wissen und die Ressourcen geschaffen werden, um die Entwicklungen in den vorher genannten Bereichen mittelfristig ohne externe Hilfe zu erhalten und weiter voranzutreiben.

Erledigt durch Annahme von Antrag AE1 in der Fassung der Antragskommission

Antragsbereich Ä/Antrag 18

*Kennummer 13550
Kreisverband Stuttgart*

Änderungsantrag zum Antrag Änderungsantrag zum Antrag AE1 AE1

Lösche in Zeile 110 „ohne Genmanipulation“.

Erledigt durch Annahme von Antrag AE 1 in der Fassung der Antragskommission

Begründung:

- Im „Agenda 2063 Framework Document“ ist an keiner Stelle die Rede von einer Landwirtschaft ohne Genmanipulation.
- 10 Vielmehr wird dort explizit darauf verwiesen, dass Genmanipulation so eingesetzt werden soll, dass die natürlichen Ressourcen geschont werden. Die Formulierung im Antrag liest sich aber so, als wollten die
- 15 Staaten Afrikas keine Gentechnik. Gerade in der Entwicklungspolitik ist es wichtig, eigenformulierte Positionen und Ziele der betroffenen Staaten zu respektieren.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 19***

*Kenntnummer 13551
Kreisverband Stuttgart*

**Änderungsantrag zum Antrag Änderungsantrag zum Antrag
AE1 AE1**

- Füge ein in Zeile 157 nach "... im Fokus stehen ...": ..., und hier insbesondere Fähigkeiten vermitteln, mit denen die
- 5 ausgebildeten Personen zur Weiterentwicklung in den Bereichen Verkehr, Energieversorgung, Kommunikation, Gesundheit und Bildung in ihrem jeweiligen Heimatland beitragen können.
- Erledigt durch Annahme von AE 1 in der Fassung der Antragskommission

*Antragsbereich AE/ **Antrag 2***

*Kenntnummer 13465
Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald
Empfänger:
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand
SPE-Abgeordnete*

Regelungen für Waffenexporte in Deutschland und Europa

Regelungen für Waffenexporte in Deutschland und Europa

Überweisung an die Bundestagsfraktion

1. Bundesvorstand und Bundestagsfraktion sollen sich dafür einzusetzen, dass Waffenexporte in Krisengebiete auch von Töchtern deutscher Unternehmen im Ausland verboten werden.
2. Die Entscheidungen über Waffenlieferungen sollen vom Parlament getroffen werden.
3. Dieses Vorgehen soll auch in der Europäischen Gemeinschaft umgesetzt werden.
4. Den Aufbau einer europäischen Armee zur Stärkung Europas, mit dem Ziel internationale Einsätze gemeinsam abzustimmen. Gleichzeitig sollen die Militärausgaben für die einzelnen Staaten gesenkt werden.

25 Begründung: Waffenexportverbote werden
immer wieder umgangen, indem in anderen
Ländern Tochterfirmen gegründet werden
oder Zusammenarbeit mit anderen Firmen
organisiert. werden.

Die Ursachen für Flucht sind aber
30 überwiegend Kriege in der Heimat. So
kommt es zu Situationen wie in Syrien, wo
zwei Kriegsparteien sich mit den gleichen
deutschen Waffen bekämpfen.

Antragsbereich AE/ Antrag 3

Kennnummer 13467

Kreisverband Freudenstadt

Empfänger:

SPD-Bundestagsfraktion

Abrüsten statt aufrüsten

Abrüsten statt aufrüsten

Die SPD Gremien mögen beschließen: Annahme

5 Eine umfassende Abrüstung national und international einzufordernd und für die Umsetzung Sorge zu tragen. Des Weiteren mögen Maßnahmen zum Abbau der Rüstungsproduktion, sowie der Rüstungsexporte, insbesondere in Krisenländer und Kriegstreibende Länder, wie der Türkei, der Bundesregierung vorgeschlagen und mit Nachdruck eingefordert werden.

Begründung:

15 Allein die Fluchtursachen, ausgehend von Klima – und Dürrekatastrophen, Wassermangel, Hunger und Krieg, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, bedürfen zur Lösung dieser Probleme einer großen Anstrengung, sodass eine weitere Steigerung der Rüstungsausgaben unverantwortlich ist.

25 Während der letzten Regierungsphase der Großen Koalition haben die Rüstungsexporte trotz Reduzierungsversprechen wiederum deutlich zugenommen. Deutsche Rüstungsgüter kommen verstärkt in sogenannten Krisengebieten zum Einsatz.

30 Auch soll der aktuelle Militärhaushalt, nach dem Plan der GroKo, auf bis zu 70 Milliarden Euro aufgestockt werden soll.

35 Hinsichtlich der Rüstungsexporte in die Türkei hat sich gezeigt, dass trotz Dementis der Bundesregierung Exporte stattgefunden haben, was einer Täuschung der Bevölkerung gleichkommt.

40 Bedauerlicherweise haben die Rufe nach Abrüstung (Schwerter zu Pflugscharen) und einer friedlichen Konfliktlösung stark abgenommen. Um der wenig segensreichen, weltweiten Aufrüstungsdebatte entgegenzuwirken, schlagen wir die Bildung einer Abrüstungskommission vor, die gegenüber Bundestag und Bundesregierung entsprechende Maßnahmen empfehlen kann.

50

Parlament und Regierung haben sich mit diesen Empfehlungen in öffentlicher Sitzung zu befassen. Diese Kommission sollte sowohl mit Parlamentariern als auch Sachverständigen, Wissenschaftlern, 55 Vertretern*innen der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften und den Organisationen für Frieden und 60 Konfliktforschung, sowie der Entwicklungshilfe besetzt werden.

Wichtige Aufgaben sind beispielsweise:

- 65 • Abbau der Rüstungsproduktion – Schaffung von Alternativprodukten und Arbeitsplätzen.
- 70 • Überlegungen zu sinnvollen Projekten in der Entwicklungspolitik, die sowohl zur Konfliktlösung als auch der Verbesserung der Lebensqualität beitragen.
- 75 • Maßnahmen zur Lösung der Kurdenfrage und des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern
- 80 • Maßnahmen zur Beendigung des Wettrüstens und der ständigen Weiterentwicklung atomarer Waffen
- 85 • Versorgung der Menschen mit ausreichend Trinkwasser
- 90 • Weltweite Vernetzung der Organisationen, die in der Friedens- und Konfliktforschung tätig sind, auch unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments und der UNO
- 95 Positive Ansätze in dieser Richtung waren u.a. die Ostpolitik von Willy Brand und Egon Bahr und die Ansätze einer gezielten Entwicklungspolitik für Afrika von Erhard Eppler, sowie die Bewegung um Martin

Luther King und das Engagement mehrerer
Frauenrechtler*innen weltweit.

Antragsbereich AE/ **Antrag 4**

Kennnummer 13507

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Rüstungsexporte begrenzen

Rüstungsexporte begrenzen

Die SPD setzt sich dafür ein, die Waffenexporte aus Deutschland in den nächsten 15 Jahren mindestens zu halbieren. Sie setzt sich dafür ein, dass die Genehmigung von Waffenexporten künftig eine Aufgabe des Parlamentes wird und nicht mehr der Bundesregierung obliegt. Zur Unterstützung des Ziels, die Waffenexporte zu halbieren, rückt die SPD gemeinsam mit den Gewerkschaften die Konversion in den Vordergrund. Sie entwickelt im engen Schulterschluss mit den Gewerkschaften ein Konzept, das eine mittel- und längerfristig angelegte Umstrukturierung von Rüstungsbetrieben auf die Produktion von gesellschaftlich wichtigen, notwendigen und friedlichen Produkten ermöglicht.“

Begründung:

Deutsche Firmen -- von Mercedes bis hin zur Deutschen Bank -- machen mit Rüstungs- und Waffenexporten Milliarden Gewinne. Es ist kein Ruhmesblatt, dass Deutschland mit an vorderster Stelle in der Welt steht, wenn es um Rüstungs- und Waffenexporte geht:

Die Bundesregierung hat 2016 Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern in Höhe von 6,88 Milliarden Euro erteilt, 2015 betrug diese Summe knapp 7,86 Milliarden Euro. Fast die Hälfte der Exporte gingen an Nato-Staaten oder ihnen gleichgestellte Länder. Die Ausfuhr genehmigungen an Drittländer betrugen jeweils etwas mehr als die Hälfte (2016: 3,69 Milliarden Euro). Zwar ist der Genehmigungswert von 2015 auf 2016

40 deutlich gesunken. Aber laut
Rüstungsinformationsbüro ([http://www.rib-
ev.de](http://www.rib-ev.de)) ist das der zweithöchste jemals
gemessene Genehmigungswert.

45 Der Zusammenhang zwischen
Rüstungsexporten, Waffeneinsatz und Flucht
ist klar erwiesen. Wenn wir etwas zur
Eindämmung von Fluchtursachen erreichen
wollen, müssen wir Rüstungsexporte
begrenzen. Gestärkt werden müssen
50 begleitende Maßnahmen wie wirksame
Maßnahmen der
Entwicklungszusammenarbeit und
diplomatische Friedensbemühungen.

Arbeit und Soziales

Antragsbereich AS/ *Antrag 1*

Kennnummer 13513

Kreisverband Rhein-Neckar

Verhütung darf nicht vom Geldbeutel abhängen Verhütung darf nicht vom Geldbeutel abhängen

Bisher übernehmen die Krankenkassen die Erledigt durch Beschlusslage (Kleiner Finanzierung der Anti-Baby-Pille nur für Parteitag in Balingen) Frauen bis zum 20. Lebensjahr.

- 5 Wir fordern stattdessen die Finanzierung von der Ausbildungssituation abhängig zu machen. Deshalb sollte für alle Frauen, die sich in einem Ausbildungsverhältnis oder einem Studium befinden, die vollständige
- 10 Kostenübernahme der Anti-Baby-Pille gewährleistet werden.

Begründung:

- 15 Meist sind es die Frauen in unserer Gesellschaft, die für die Verhütung verantwortlich sind und die die Kosten dafür tragen müssen. Dies bringt oft eine große finanzielle Belastung mit sich, gerade für
- 20 diejenigen, die gerade so von ihrem Bafög oder ihrem geringen Ausbildungsgehalt leben können. Eine ungewollte Schwangerschaft kann aber auch enorm die Psyche junger Frauen belasten. Es muss eine
- 25 schwerwiegende Entscheidung getroffen werden und die Ausbildung oder das Studium leiden möglicherweise darunter.

Antragsbereich AS/ Antrag 2

Kennummer 13514

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Gerechte Bezahlung in der Kindertagesbetreuung - Tariflohn für alle!

- Die SPD Baden-Württemberg fordert:** Annahme
- 5 Mittel- bis langfristig werden durch das Land Baden-Württemberg und ihre Kommunen nur jene Kindertagesstätten finanziell gefördert, die mindestens den öffentlichen Tarifvertrag anwenden beziehungsweise zumindest tariflich geregelte Beschäftigungsbedingungen garantieren und nachweisen können.
- 10 Dies ist im Kindertagesbetreuungsgesetz entsprechend (beispielsweise durch eine Tariftreueklausel) zu verankern.

Antragsbereich AS/ Antrag 3

Kennummer 13515

AG Selbst Aktiv

Streichung von Neuerungen im Bundesteilhabegesetz

- 5 Streichung folgender Neuerung im Bundesteilhabegesetz (§ 116 Abs. 2 SGB IX i.V.m. § 104 Abs. 3 Satz 4 SGB IX): Das Bundesteilhabegesetz schafft ab 2020 erstmals die rechtlichen Voraussetzungen zur gemeinschaftlichen Erbringung von Assistenzleistungen gegen den erklärten Willen des Menschen mit Behinderung (sog. Zwangspoolen). Der Gesetzgeber muss sicherstellen, dass diese gemeinsame Leistungserbringung nur mit Zustimmung der betroffenen Menschen mit Behinderung erfolgen kann.
- 15 Annahme in der Fassung der Antragskommission
- Umsetzung folgender Neuerung im Bundesteilhabegesetz (§ 116 Abs. 2 SGB IX i.V.m. § 104 Abs. 3 Satz 4 SGB IX) mit Blick auf eine Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen:
- Das Bundesteilhabegesetz schafft ab 2020 die rechtlichen Voraussetzungen zur gemeinschaftlichen Erbringung von Assistenzleistungen (sog. "Poolen").

Begründung:

20 Bereits vor Inkrafttreten des
Bundesteilhabegesetzes wurden Leistungen
an mehrere Leistungsberechtigte
gemeinschaftlich erbracht (z.B. Fahrdienste,
Schulbegleiter). Die gemeinschaftliche
Leistungserbringung war bisher nicht
25 gesetzlich geregelt und deshalb nur mit
Zustimmung der Betroffenen möglich. Ab
2020 können nun Menschen mit Behinderung
legal durch ihren Leistungsträger gezwungen
werden, sich Assistenzleistungen zu teilen,
sofern das zumutbar sei. Die Beweislast für
30 eine mögliche Nichtzumutbarkeit trägt
ausschließlich der/die Leistungsberechtigte.
Was schlussendlich als zumutbar gilt, liegt
dagegen allein im „pflichtgemäßen
Ermessen“ des Leistungsträgers. Die Position
35 des Menschen mit Behinderung wurde im
Vergleich zum bisherigen Recht deutlich
geschwächt. Zwar dürfen
Assistenzleistungen zur Gestaltung sozialer
Beziehungen und zur persönlichen
40 Lebensplanung außerhalb besonderer
Wohnformen nicht gepoolt werden, hierzu
zählen aber die Haushaltsführung und die
Teilhabe am gemeinschaftlichen und
kulturellen Leben, sowie die
45 Freizeitgestaltung u.v.m. explizit nicht.
Hinzu kommt, dass das Aufspüren von
Synergien für das Zwangspoolen in der
Praxis zur kompletten Offenlegung des
Alltags der Menschen mit Behinderung
50 führen wird. Schon heute wird mit Hinweis
auf die besondere Mitwirkungspflicht der
Datenschutz massiv ausgehöhlt. Die neue
Regelung wird diesen Effekt noch verstärken.
Mit der gemeinschaftlichen Erbringung von
55 Assistenzleistungen gegen den erklärten
Willen des Menschen mit Behinderung
werden heimartige Prinzipien und Strukturen
auf den ambulanten Sektor übertragen. Sie
verhindern ein selbstbestimmtes Leben von
60 Menschen mit Behinderung in den eigenen
vier Wänden und widersprechen den
Vorgaben des Artikels 19 UN-
Behindertenrechtskonvention.

Bei der Umsetzung der Neuregelungen muss
der Gesetzgeber sicherstellen, dass sich diese
gemeinsame Leistungserbringung an den
individuellen Bedarfen der betroffenen
Menschen mit Behinderungen ausrichtet und
ihre Wünsche berücksichtigt werden.

Davon unbenommen streben wir eine
gesetzliche Klarstellung an, dass das Poolen
nur mit Zustimmung der betroffenen
Menschen mit Behinderung erfolgen kann
(Zustimmungsvorbehalt).

Gesetzestext:

§ 104 Leistungen nach der Besonderheit des
Einzelfalles (3) Bei der Entscheidung nach
70 Absatz 2 ist zunächst die Zumutbarkeit einer
von den Wünschen des
Leistungsberechtigten abweichenden
Leistung zu prüfen. Dabei sind die
75 persönlichen, familiären und örtlichen
Umstände einschließlich der gewünschten
Wohnform angemessen zu berücksichtigen.
Kommt danach ein Wohnen außerhalb von
besonderen Wohnformen in Betracht, ist
dieser Wohnform der Vorzug zu geben, wenn
80 dies von der leistungsberechtigten Person
gewünscht wird. ~~Soweit die~~
~~leistungsberechtigte Person dies wünscht,~~
~~sind in diesem Fall die im Zusammenhang~~
~~mit dem Wohnen stehenden~~
85 ~~Assistenzleistungen nach § 113 Absatz 2~~
~~Nummer 2 im Bereich der Gestaltung sozialer~~
~~Beziehungen und der persönlichen~~
~~Lebensplanung nicht gemeinsam zu~~
~~erbringen nach § 116 Absatz 2 Nummer 1.~~
90 Bei Unzumutbarkeit einer abweichenden
Leistungsgestaltung ist ein Kostenvergleich
nicht vorzunehmen.

§ 116 Pauschale Geldleistung, gemeinsame
95 Inanspruchnahme

(2) Die Leistungen

1. zur Assistenz (§ 113 Absatz 2 Nummer 2),
100
2. zur Heilpädagogik (§ 113 Absatz 2
Nummer 3),
3. zum Erwerb und Erhalt praktischer
105 Fähigkeiten und Kenntnisse (§ 113
Absatz 2 Nummer 5),
4. zur Förderung der Verständigung (§ 113
110 Absatz 2 Nummer 6),
5. zur Beförderung im Rahmen der
Leistungen zur Mobilität (§ 113

115

Absatz 2 Nummer 7 in Verbindung mit § 83 Absatz 1 Nummer 1) und

120 6. zur Erreichbarkeit einer Ansprechperson unabhängig von einer konkreten Inanspruchnahme (§ 113 Absatz 2 Nummer 2 in Verbindung mit § 78 Absatz 6)

125 ~~können an mehrere Leistungsberechtigte gemeinsam erbracht werden, soweit dies nach § 104 für die Leistungsberechtigten zumutbar ist und mit Leistungserbringern entsprechende Vereinbarungen bestehen. Maßgeblich sind die Ermittlungen und~~
130 ~~Feststellungen im Rahmen der Gesamtplanung nach Kapitel 7.~~

~~(3) Die Leistungen nach Absatz 2 sind auf Wunsch der Leistungsberechtigten gemeinsam zu erbringen, soweit die Teilhabeziele erreicht werden können.~~

Antragsbereich AS/ Antrag 4

Kennnummer 13516

Kreisverband Mannheim

Streichung von Neuerungen im Bundesteilhabegesetz Streichung von Neuerungen im Bundesteilhabegesetz

Streichung folgender Neuerung im Bundesteilhabegesetz (§ 116 Abs. 2 SGB IX i.V.m. § 104 Abs. 3 Satz 4 SGB IX): Erledigt durch Annahme von Antrag AS 3 in der Fassung der Antragskommission

5 Das Bundesteilhabegesetz schafft ab 2020 erstmals die rechtlichen Voraussetzungen zur gemeinschaftlichen Erbringung von Assistenzleistungen gegen den erklärten Willen des Menschen mit Behinderung (sog.
10 Zwangspoolen).

Der Gesetzgeber muss sicherstellen, dass diese gemeinsame Leistungserbringung nur mit Zustimmung der betroffenen Menschen
15 mit Behinderung erfolgen kann.

Begründung:

20 Bereits vor Inkrafttreten des
Bundesteilhabegesetzes wurden Leistungen
an mehrere Leistungsberechtigte
gemeinschaftlich erbracht (z.B. Fahrdienste,
Schulbegleiter). Die gemeinschaftliche
25 Leistungserbringung war bisher nicht
gesetzlich geregelt und deshalb nur mit
Zustimmung der Betroffenen möglich. Ab
2020 können nun Menschen mit Behinderung
legal durch ihren Leistungsträger gezwungen
werden, sich Assistenzleistungen zu teilen,
30 sofern das zumutbar sei. Die Beweislast für
eine mögliche Nichtzumutbarkeit trägt
ausschließlich der Leistungsberechtigte. Was
schlussendlich als zumutbar gilt, liegt
dagegen allein im „pflichtgemäßen
35 Ermessen“ des Leistungsträgers. Die Position
des Menschen mit Behinderung wurde im
Vergleich zum bisherigen Recht deutlich
geschwächt.

40 Zwar dürfen Assistenzleistungen zur
Gestaltung sozialer Beziehungen und zur
persönlichen Lebensplanung außerhalb
besonderer Wohnformen nicht gepoolt
werden, hierzu zählen aber die
45 Haushaltsführung und die Teilhabe am
gemeinschaftlichen und kulturellen Leben,
sowie die Freizeitgestaltung u.v.m. explizit
nicht. Hinzu kommt, dass das Aufspüren von
Synergien für das Zwangspoolen in der
50 Praxis zur kompletten Offenlegung des
Alltags der Menschen mit Behinderung
führen wird. Schon heute wird mit Hinweis
auf die besondere Mitwirkungspflicht der
Datenschutz massiv ausgehöhlt. Die neue
55 Regelung wird diesen Effekt noch verstärken.

Mit der gemeinschaftlichen Erbringung von
Assistenzleistungen gegen den erklärten
Willen des Menschen mit Behinderung
60 werden heimartige Prinzipien und Strukturen
auf den ambulanten Sektor übertragen. Sie
verhindern ein selbstbestimmtes Leben von
Menschen mit Behinderung in den eigenen
vier Wänden und widersprechen den
65 Vorgaben des Artikels 19 UN-
Behindertenrechtskonvention.

70 Gesetzestext: § 104 Leistungen nach der
Besonderheit des Einzelfalles

75 (3) Bei der Entscheidung nach Absatz 2 ist
zunächst die Zumutbarkeit einer von den
Wünschen des Leistungsberechtigten
abweichenden Leistung zu prüfen. Dabei sind
die persönlichen, familiären und örtlichen
Umstände einschließlich der gewünschten
Wohnform angemessen zu berücksichtigen.
80 Kommt danach ein Wohnen außerhalb von
besonderen Wohnformen in Betracht, ist
dieser Wohnform der Vorzug zu geben, wenn
dies von der leistungsberechtigten Person
gewünscht wird. Bei Unzumutbarkeit einer
abweichenden Leistungsgestaltung ist ein
85 Kostenvergleich nicht vorzunehmen.

§ 116 Pauschale Geldleistung, gemeinsame
Inanspruchnahme

90 (2) Die Leistungen

1. zur Assistenz (§ 113 Absatz 2
Nummer 2),
- 95 2. zur Heilpädagogik (§ 113 Absatz 2
Nummer 3),
3. zum Erwerb und Erhalt praktischer
Fähigkeiten und Kenntnisse (§ 113
Absatz 2 Nummer 5),
- 100 4. zur Förderung der Verständigung (§
113 Absatz 2 Nummer 6),
5. zur Beförderung im Rahmen der
Leistungen zur Mobilität (§ 113
Absatz 2 Nummer 7 in
Verbindung mit § 83 Absatz 1
105 Nummer 1) und

zur Erreichbarkeit einer Ansprechperson
unabhängig von einer konkreten

110 Inanspruchnahme (§113 Absatz 2 Nummer 2
in Verbindung mit § 78 Absatz 6) sind auf

Wunsch der Leistungsberechtigten
gemeinsam zu erbringen.
115

Kinderarmut entgegenwirken

Kinderarmut entgegenwirken

- Um die Infantilisierung der Armut zu bekämpfen fordern wir folgende konkrete Punkte, die die Lebenschancen von Kindern in Deutschland verbessern sollen:
- 5
1. Weiterer Ausbau der Betreuungsplätze im Krippen- und Kindertagesbereich.
 - 10 2. Rechtsanspruch auf einen kostenlosen ganztägigen Kindergartenplatz ab Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes finanziert aus dem Bundeshaushalt.
 - 15 3. Wir fordern die Abschaffung des Betreuungsgeldes. Die Kindergartenpflicht (min.halbtags)als wichtige vorschulische Bildungsmaßnahme mit Vollendung des dritten Lebensjahres, ist zu diskutieren
 - 20 4. Verabschiedung bundesweiteinheitlicher Qualitätsmindeststandards für Kindertageseinrichtungen entsprechend den Empfehlungen einer unabhängigen und in dem Themengebiet ausgewiesenen Expertenkommission.
 - 25 5. Flächendeckender Ausbau verbindlicher Ganztagsgrundschulen und Rechtsanspruch der Eltern auf einen entsprechenden Ganztagsschulplatz für Ihre Kinder.
 - 30 6. Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern ,um die Länder und Kommunen beim Ausbau finanziell unterstützen zu können.
 - 35 7. Kostenfreie Schulmaterialien für alle Schüler/-innen.
 8. Kostenloses Mittagessen für Kinder aus Familien die Transferleistungen nach dem SGBII erhalten und einkommensorientiertes Essensgeld.

Begründung:

ImDezember 2016 lebtenin Deutschland1.722.313Kinder unter15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften,die ihren LebensunterhaltmitGrundsicherungfür Arbeitssuchende–

40

HartzIV– bestreiten. 134.953 davon haben ihren Lebensmittelpunkt in Baden-Württemberg. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit, J.). Von Armut betroffen sind jedoch nicht nur Kinder aus Familien, die staatliche Transferleistungen erhalten, sondern auch Kinder in Familien, denen weniger als 60 Prozent des gesellschaftlichen Medianeinkommens zur Verfügung steht. Die Familienform ist dabei von besonderer Bedeutung. So sind Ein-Eltern-Familien und kinderreiche Familien besonders vom Armutsrisiko betroffen. Eingeschränkte Erwerbstätigkeit der Eltern sowie prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind maßgebliche Gründe für Kinderarmut. Oftmals stehen Eltern vor zudem vor der Herausforderung, Beruf und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bringen. Währendes inzwischen einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gibt, kommt mit der Einschulung der Kinder erneut die Frage auf, wie deren Betreuung nach Unterrichtsende gewährleistet werden kann. Ein fehlendes Betreuungsangebot darf kein Grund für Eltern sein, um ihre Erwerbstätigkeit zu reduzieren zu müssen oder ganz auf diese verzichten zu müssen.

Es gilt als erwiesen, dass Armut auf Kinder andere Auswirkungen hat als auf Erwachsene. Die Armutsforschung der 1990er Jahre macht hierbei deutlich, dass sich aus der familiären Armut vielfältige Konsequenzen für die betroffenen Kinder ergeben. Chronische Krankheiten, Übergewicht, psychosomatische Symptome, schulische Leistungsdefizite und negative Schulverläufe kommen hierbei ebenso zum Tragen wie eine geringere soziale Integration unter Gleichaltrigen und ein geringeres Aktivitätsniveau. Bsp. in Form von Mitgliedschaften in Vereinen. Kinder, die in Armut aufwachsen, haben zudem häufiger ein problematisches Selbstwertgefühl sowie geringere Selbstwirksamkeitsüberzeugungen. (Vgl. Chassé, Zander & Rasch 2010, S. 112 ff.)

Bildung und Qualifizierung stellen wichtige Faktoren dar, um aus dem Kreislauf der Armut – arme Eltern, arme Kinder – herauszutreten. Bildung ist jedoch nicht etwas, erst mit Schuleintritt stattfindet. Bereits im Krippen- und Kindergartenalter machen Kinder wichtige Lern-, Bildungs- und Sozialisationserfahrungen, die sich positiv oder negativ auf ihre weitere Entwicklung auswirken können.

Armut und Chancengleichheit sind zwei Seiten einer Medaille. Mit einer Kindergartenpflicht sollen die Auswirkungen der Armut auf die Kinder möglichst frühzeitig abgefedert werden. Durch gezielte individuelle sozialpädagogische Förderungen sollen Entwicklungsdefizite, die sonst erst bei der Einschulung zum Tragen gekommen wären, in den Jahren zuvor möglichst aufgelöst werden. Gerade weil den ersten Lebensjahren eine besondere Bedeutung zukommt und es nach wie vor Kinder in Deutschland gibt, die bis zur Einschulung keine Kindertagesstätte oder ein vergleichbares Angebot besuchen, sollen auch diese Kinder mit einer Vorschulpflicht erreicht werden.

105 Die Frage ob für vorschulische Bildung Gebühren erhoben werden oder nicht, sollte keine sein, die die Länder und Kommunen für sich regeln. Vielmehr sollte der Bund diese finanziell so ausstatten, dass alle Kinder eine

110 gebührenfreie Einrichtung besuchen können. Der Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kinderbetreuungsplatz ermöglichtes Eltern zudem auch einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen. In diesem

115 Zusammenhang soll zudem eine unabhängige, in diesem Themengebiet fachlich ausgewiesene Expertenkommission gegründet werden um Vorschläge für einheitliche Qualitätsmindeststandards zu unterbreiten, die ein wichtiges Fundament für die

120 Einrichtung von Förder- und Betreuungsangeboten darstellen und dem Stand der Forschung im frühkindlichen Bereich und der Kindergartenpädagogik entsprechen.

125 Der Ausbau von Ganztageschulen soll eine weitere Maßnahme sein um die Erwerbsmöglichkeiten von Familien zu steigern. Ganztageschulen müssen sich in diesem Sinne nicht nur als Bildungs-, sondern auch als wichtige Erziehungs- und Sozialisationsinstanz verstehen in

130 der Kinder auch Zeiträume für ihre Freizeitinteressen, freies Spiel und Entspannung ohne festgelegte Lern- und Entwicklungsziele haben. Um eine möglichst hohe Heterogenität der Schülerschaft im Ganztagesbetrieb zu erhalten und um sicherzustellen, dass Ganztageschulen alle

135 Kinder erreicht, die besonders von ihr profitieren können, sollen lediglich Ganztageschulen in verbindlicher Form ausgebaut werden. Dadurch soll auch vermieden werden, dass die angestrebte Chancengleichheit nicht ins Gegenteil umschlägt. So soll der Abstand zwischen

140 Kindern, die bereits ohnehin schon aus dem Elternhaus eine geeignete Förderung erhalten und zusätzlich von der

Ganztageschule profitieren nicht noch weiter zu den
Schüler/-innen vergrößert werden, die diese
Förderung zuhause nicht erhalten und bei einer
145 Ganztageschule in Wahlform vielleicht auch nicht durch die
Schule erhalten würden.

Da Bildungspolitik laut Grundgesetz eine
hoheitliche Aufgabe der Länder darstellt
150 (Kulturhoheit) ist das Grundgesetz entsprechend so zu
ändern, dass der Bund die Länder zumindest finanziell
beim Ausbau von Ganztageschulen aber auch beim Ausbau
geeigneter vorschulischer
Betreuungsangebote unterstützen kann.

155 Für den Erwerb von Schulmaterialien fallen im Laufe einer
Schulbiografie nicht unerhebliche Kosten an. Schüler/-
innen, die von Transferleistungen abhängig sind, können zwar
von dem Bildungs- und Teilhabepaket profitieren. Die
160 bürokratischen Hürden sind jedoch sehr hoch. Die
Übernahme der
Kosten für sämtliche benötigten Schulmaterialien stellt ein
Beitrag zur finanziellen Entlastung von
Familien dar, unabhängig vom Einkommen.

Bislang haben Schüler/-innen in Familien, die im Alg. 2 -
Bezug stehen, die Möglichkeit, über das Bildungs-
und Teilhabepaket den Essensbeitrag der in der Schule
entsteht zu reduzieren (i.d.R. 1,00 Euro
/ Mittagessen). Für nicht wenige Familien ist dieser Betrag
immer noch zu hoch und nicht alle Kinder nehmen am Essen
teil. Die vollständige Übernahme der Kosten für das
Mittagessen würde dem entgegenwirken und den
bürokratischen Aufwand in Zusammenhang mit dem
Bildungs- und Teilhabepaket reduzieren. Familien, die zwar
nicht im Sozialleistungsbezug sind, jedoch in schlecht
bezahlten und wenig auskömmlichen
Beschäftigungsverhältnissen stehen, sollen außerdem –
anders als bisher – von einem
gestaffelten Essensbeitrag profitieren, der sich am
Familieneinkommen orientiert. Die Länder sollen sich die
Kosten für das Mittagessen mit dem Bund und den
Kommunen zu je einem Drittel teilen.

Mit diesen Maßnahmen soll den
Handlungsempfehlungen des fünften Armuts- und
Reichtumsberichts der Bundesregierung Rechnung
getragen werden, indem durch „eine weitere Verbesserung der
Betreuungsinfrastruktur, auch in Randzeiten und für
Schulkinder“ (Bundesregierung 2017, S. 27) die
Erwerbsintegration der Eltern gefördert wird.

**Fachkundige Personen zum Fachkundige Personen zum
Prostituiertenschutzgesetz Prostituiertenschutzgesetz**

- 5 Mit der nachstehenden Änderung zum Überweisung an die Landtagsfraktion und die
Ausführungsgesetz zum Projektgruppe "Prostitution" des
Prostituiertenschutzgesetz soll vorausgesetzt Landesvorstandes
- 10 werden, dass im Rahmen der Informations-
und Beratungsgespräche qualifiziertes
Fachpersonal die Beratungen für Prostituierte
durchführt werden. Hiermit soll gewährleistet
werden, dass die Beratungen nicht
ausschließlich „Verwaltungscharakter“
haben, sondern die besonderen persönlichen
Umstände der Thematik berücksichtigen und
die „soziale Komponente“ starke Betonung
findet um den zu beratenden Personen
gerecht zu werden.
- 15 Der § 1 Abs. 4 wird umformuliert und um
eine Ziffer 4 erweitert mit folgendem
Wortlaut:
- 20 „Die für die gesundheitliche Beratung nach §
10 ProstSchG zuständigen Behörden werden
ermächtigt, diese Aufgabe auf eine oder
mehrere Personen des Privatrechts zu
übertragen (Beleihung). Eine Person des
25 Privatrechts kann beliehen werden, wenn
- 30 1. sie zuverlässig und von Kontroll- und
Überwachungsmaßnahmen der betroffenen
Wirtschaftskreisen unabhängig ist,
- 35 2. keine überwiegenden öffentlichen
Interessen entgegenstehen
3. gewährleistet ist, dass die für die Kontrolle
maßgeblichen Rechtsvorschriften beachtet
werden und
4. sie hinreichend fachkundig ausgebildet ist,
zumindest aber umfänglich geschult wird um

40 Beratungs- und Informationsgespräche
hinsichtlich des Themenfeldes
durchzuführen.“

Begründung:

45 Bei Beratungs- und Informationsgesprächen
im Rahmen des PostSchuG sind die
beratenden Personen im Besonderen
aufgefordert die zu beratenden Personen
50 sowohl über ihre rechtlichen Ansprüche,
Möglichkeiten zur Umsetzung und
Informationen an die Hand zu geben wie und
wo sie Hilfe bekommen können.

55 Gerade im Bereich der gesundheitlichen
Beratung muss die beratende Person erhöhtes
Einfühlungsvermögen haben.

60 Ebenso muss das beratende Personal
fundierte Kenntnisse haben in Bereichen der
Kriminalitätsfelder rund um das
Prostitutionsgewerbe, um fachkundige
Beratungsauskünfte geben zu können, bzw.
um den zu beratenden Personen
65 entsprechende Hilfestellungen empfehlen zu
können.

Um Beratungsgespräche fachkundig führen
zu können bedarf es einer Fachausbildung des
70 beratenden Personals, sowie stetiger
Weiterbildungen im Themenbereich, um den
zu beratenden Personen qualifizierte
Auskünfte geben zu können.

Eine reine Verwaltungsausbildung kann nicht
als ausreichend fachkundig angesehen
werden.

Gute Arbeit

Gute Arbeit

Baden-Württemberg muss für gute Arbeit stehen!

Annahme in der Fassung der Antragskommission

5 Die AfA Baden-Württemberg fordert von der Landesregierung die Weiterentwicklung des Landestariftreue- und des Mindestlohngesetzes sowie bessere Kontrollen der Einhaltung. Dazu muss ein transparentes Verfahren mit den Gewerkschaften stattfinden!

10

Die ~~AfA~~ **SPD** Baden-Württemberg fordert von der Landesregierung die Weiterentwicklung des Landestariftreue- und des Mindestlohngesetzes sowie bessere Kontrollen der Einhaltung. Dazu muss ein transparentes Verfahren mit den Gewerkschaften stattfinden!

15 Bei der Änderung des „Gesetzes zur Änderung des Gesetzes des Landes Baden-Württemberg zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft und weiterer Vorschriften“ wurden lediglich Anpassungen an das Mindestlohngesetz des Bundes vorgenommen und keine Verbesserungen.

Begründung:

20

Bei der Änderung des „Gesetzes zur Änderung des Gesetzes des Landes Baden-Württemberg zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft und weiterer Vorschriften“ wurden lediglich Anpassungen an das Mindestlohngesetz des Bundes vorgenommen und keine Verbesserungen.

Mindestlohn

Mindestlohn

Mehr Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohns und Erhöhung des Personals beim Zoll Annahme

5 Noch immer sind mehr als 10 % der vorgesehenen Planstellen im Bereich des Zolls zur Kontrolle des Mindestlohns nicht besetzt.

10 Dies ist für die SPD ein unzumutbarer Zustand, den es zu verbessern gilt!

15 Aus diesem Grund fordern wir, mehr Zollbeamt*innen auszubilden, um die Zahl der Kontrollen erhöhen zu können.

Begründung:

20 Im ersten Halbjahr 2017 wurden laut Bundesministerium 2.433 Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil Arbeitgeber den gesetzlichen Mindestlohn oder die in bestimmten Branchen üblichen Mindestlöhne nicht zahlten.

25 Derzeit sind nach früheren Angaben des Ministeriums von den gut 7.200 Planstellen für das Jahr 2017 mehr als 900 nicht besetzt. 1.600 zusätzliche Planstellen sind wegen der
30 Einführung des Mindestlohns vorgesehen. Diese werden aber erst nach und nach in den nächsten Jahren besetzt, da die neuen Beamten erst auszubilden sind. Der Chef der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft,
35 Dieter Dewes, fordert sogar 2.500 zusätzliche Kontrolleure. Er sieht ein "erhebliches Personaldefizit". Negativ wirke sich dies besonders im Kampf gegen organisierte Kriminalität aus. Man brauche Zeit und

40 Personal, um Ermittlungen zu Ende zu
führen, bei denen es um "organisierte Formen
von Schwarzarbeit" gehe, sagte er der SZ.

45 Die "Finanzkontrolle Schwarzarbeit" (FKS)
des Zolls hat 2017 bei ihren Prüfungen
deutlich mehr Verstöße gegen die in
Deutschland geltenden Mindestlöhne
aufgedeckt. Die Zollbeamten kontrollieren,
ob Arbeitgeber die Mindestlöhne einhalten,
50 Schwarzarbeiter beschäftigen und
Sozialversicherungsbeiträge korrekt
bezahlen. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit
prüfe verstärkt nach dem Grundsatz "Qualität
vor Quantität". Ziel sei dabei, mehr als früher
55 "die Bereiche und Branchen ins Visier zu
nehmen, in denen am ehesten mit
Schwarzarbeit und Mindestlohnverstößen zu
rechnen ist und so die besonders großen
Betrugsfälle aufzudecken". Dies führe "zu
60 mehr Ermittlungsverfahren und zu einer
Zunahme der festgesetzten
Schadenssummen", sagte der
Ministeriumssprecher. Auch die Höhe des
verhängten Bußgelds erhöhte sich demnach
65 deutlich: Wegen des Nichteinhaltens von
Mindestlöhnen wurden 2017 bis Mitte des
Jahres Bußgelder von fast 19 Millionen Euro
fällig.

Antragsbereich AS/ Antrag 9

Kennummer 13476

Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

Empfänger:

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Parteivorstand

Zeitgemäße Anpassung des Hartz-IV-Systems

Zeitgemäße Anpassung des Hartz-IV-Systems

Der Weg in das „Hartz IV“-System hinein muss verlängert und der Ausstieg daraus erleichtert werden. Die zuständigen Gremien der SPD werden aufgefordert, sich selbstkritisch mit "Hartz IV" zu befassen und alles zu tun, um weiterhin bestehende Defizite zu beheben.

5 Überweisung an die Bundestagsfraktion

10 Dazu muss die Arbeitsmarktpolitik neu aufgestellt werden:

- Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I auf bis zu 36 Monate
- 15 • Deutliche Anhebung des Regelsatzes im ALG II und ein grundsätzlich bedarfsorientiertes Berechnungsmodell

20 1,2 Millionen Menschen müssen neben einer Erwerbsarbeit in Hartz IV aufstocken. Um von der eigenen Arbeit leben zu können muss:

- 25 • Der gesetzliche Mindestlohn ohne Ausnahmen gelten und die Einhaltung wirksam kontrolliert werden
- Sachgrundlose Befristungen
- 30 • Der Missbrauch von Werkverträgen eingedämmt werden

Begründung:

35 Die konkrete Ausgestaltung der zum 1.1.2005 eingeführten Grundsicherung für Arbeitsuchende (" Hartz-IV ") hat in vielfacher Weise (z.B. zu geringe
40 Leistungshöhe, unzulässige Pauschalierung, übertriebene Sanktionen bei gleichzeitig unzulänglicher individueller Betreuung) finanzielle Notlagen herbeigeführt und auch Lebenschancen von Kindern und
45 Jugendlichen beeinträchtigt.

Die Jobcenter haben überdies durch eine restriktive und häufig falsche Auslegung der neuen Vorschriften die oben dargestellte
50 Situation verschärft, bei den Betroffenen einen Vertrauensverlust bewirkt und den Eindruck befördert, weder Politik noch Verwaltung wahre ihre berechtigten Interessen.

Bildung

Antragsbereich B/ **Antrag 1**

Kennnummer 13519

Ortsverein Friedrichshafen

(Kreisverband Bodensee)

Kreisverband Bodensee

Qualitätsstandards an Schulen

Qualitätsstandards an Schulen

5 **Einführung von Qualitätsstandards in der nichtgebundenen, teilgebunden, sowie der gebundenen Ganztagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern an Grundschulen.** Annahme

10 1. Die Landesregierung und der Landtag werden aufgefordert, gesetzliche Vorgaben für allgemeine Standards in der Schülerbetreuung (Fachkräfte / Gruppengrößen / Personalschlüssel / Größe, Anzahl und Ausstattung der Räume) analog zu den gesetzlichen Vorgaben für Kindertagesstätten

15 (Kindertagesbetreuungsgesetz – KiTaG) zu schaffen.

20 2. Inklusion muss auch Bestandteil der Ganztagsbetreuung an Schulen werden. Inklusion darf nicht mit Unterrichtsschluss enden.

25 3. Zur Umsetzung einer gelungenen Ganztagsbetreuung an Schulen bedarf es multiprofessioneller Teams.

Begründung:

30 **1. Allgemeine Qualitätsstandards in der Ganztagsbetreuung**

35 Derzeit gibt es gesetzlichen Vorgaben für Kindertageseinrichtungen für Kinder von 0 - 6 Jahre und darüber hinaus für die Betreuung von Kindern im Hort, jedoch nicht für die sogenannte "Kernzeiten- oder

Ganztagesbetreuung" im Rahmen der Verlässlichen Grundschule.

40 Diese an den meisten Grundschulen
praktizierte Form der offenen oder
nichtgebundenen, bzw. teilgebundenen
Ganztagschule, wird in vielen Kommunen
45 immer noch von Eltern- oder Fördervereinen
getragen und organisiert.

Aufgrund der mangelnden Finanzmittel und
fehlenden Standards sind die
Rahmenbedingungen oft mehr als
50 bescheiden. Fachfremde Betreuungspersonen
die Kinder in großen, unübersichtlichen
Gruppen, oft auch in nicht zum Spielen
geeigneten Räumen/Klassenzimmern
beaufsichtigen, sind keine Seltenheit. Dass es
55 dabei aufgrund der qualitativ schlechten
Ausgangslage laut, unkoordiniert und
unpädagogisch zugeht ist nicht
verwunderlich. Die Überforderung des nicht
ausreichend qualifizierten Personals und der
60 viel zu geringe Personalschlüssel kann in der
Praxis zu allerlei Auswüchsen führen, wie
z.B. abgeschlossenen Toiletten, keine
Ausgabe von Trinken während des
Mittagsbandes, Schließung von Spielräumen
65 wegen Personalmangel, grundsätzlich keine
ganzheitlichen und pädagogisch sinnvollen
Konzepte.

Im SPD-Regierungsprogramm zur
70 Bundestagswahl 2017 wurde der
Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von
Grundschulkindern als ein zu
verwirklichendes Ziel festgeschrieben.
Dieses Ziel ist gut und richtig.
75 Es berücksichtigt die Arbeits- und
Lebenssituation von berufstätigen Müttern,
die immer noch viel zu oft in der Teilzeitfalle
gefangen sind und damit nicht nur aktuell
sondern auch im Alter benachteiligt sind.
80 Ebenso dient es der Bildungsgerechtigkeit.

Eltern sind aus den Kindertageseinrichtungen
U6 anderes gewohnt. Auf der Basis der dort
geltenden rechtlichen Vorgaben und
85 entsprechenden Qualitätsstandards steigen
Eltern wieder in den Beruf ein. Mit dem

Schulbeginn ihrer Kinder werden sie dann vor große Herausforderungen gestellt. Allein die hohe Anzahl der Unterrichtsfreien Tage ist nicht mit den Urlaubstagen eines Arbeitnehmers abzudecken. Eltern nehmen die Umstände aber hin und beschweren sich selten über die angebotenen Betreuungsmodelle, weil sie schlichtweg darauf angewiesen sind und keine andere (bezahlbare) Möglichkeit zur Betreuung ihrer Kinder haben.

2. Inklusion in der Ganztagsbetreuung

Grundschulkinder mit Inklusionsbedarf haben diesen Bedarf auch nach dem Ende des Unterrichts. Inklusiver Unterricht ist der eine, inklusive Freizeit der andere Baustein für ein gelungenes Miteinander.

Die Argumente zur Berufstätigkeit von Müttern / Eltern gilt auch für Familien mit Kindern mit Inklusionsbedarf.

3. Multiprofessionelle Teams an Ganztagschulen

Um den veränderten Aufgaben in der qualitativ guten und den Bedürfnissen von Kindern entsprechenden Ganztagschule gerecht zu werden, müssen künftig Lehrer, Sozialpädagogen, Heilpädagogen sowie Erzieher in Teams zusammenarbeiten.

Es ist notwendig und ausgesprochen wichtig, den Lebenswirklichkeiten der Familien und den Bedürfnissen von Kindern in der Ganztagsbetreuung an Schulen Rechnung zu tragen und mit gesetzlichen Vorgaben und finanziellen Beteiligungen für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen.

Antragsbereich B/ **Antrag 2**

Kennnummer 13520

Ortsverein Maulbronn

(Kreisverband Enzkreis)

Kreisverband Enzkreis

Unterrichtsausfall registrieren

Unterrichtsausfall registrieren

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, Überweisung an die Landtagsfraktion
initiativ tätig zu werden, die Gesetzeslage
dahingehend zu ändern:

- 5 • dass in Baden-Württemberg
 anstelle der einwöchigen
 Stichprobe im November eine
 zentrale Erfassung ALLER
10 ausfallenden Schulstunden
 eingeführt wird.
- dass nach spätestens drei Wochen
 eine Krankheitsvertretung zur
 Verfügung gestellt wird.

15 **Begründung:**

 In Baden-Württemberg fällt unseres
 Erachtens und nach Erachten sehr vieler
 Eltern an den weiterführenden und
20 berufsbildenden Schulen zu viel Unterricht
 aus.

 Dieser Ausfall muss dann von den Eltern mit
 erhöhtem Betreuungsaufwand aufgefangen
25 werden, da die Kinder nach Hause geschickt
 werden. Dies bedeutet besonders für
 berufstätige und/oder alleinerziehende
 Elternteile von Schüler/innen aus der 5 und 6
 Klasse ein erhöhter Aufwand. Zum Teil muss
30 auch Fachunterricht mit den Kindern
 nachgeholt werden. Dies ist für Eltern aus
 bildungsferneren Schichten ab Klassenstufe 6
 kaum leistbar.

35 Für Schüler, die nicht ortsansässig sind,
 ergeben sich weitere Probleme, da die
 Fahrpläne der ÖNPV an die Stundenpläne
 angepasst sind und häufig bei ausfallenden
 Stunden keine Busse zur Verfügung stehen.

40 In den Schulen stehen keine geeigneten
Räume und keine Betreuung zur Verfügung.

Des Weiteren kann niemand belegen, dass
nach drei Wochen Ausfall der eigentlich
45 vorgesehene Ersatzlehrer eingesetzt wird.

Es muss festgestellt werden, dass in Baden-
Württemberg der Ausfall von Unterricht an
den weiterführenden und berufsbildenden
50 Schulen ungenügend erfasst und der Ausfall
nicht an die übergeordnete Stelle
weitergegeben wird. Da es keine
feststehenden Regeln über die Registrierung
von Schulausfällen gibt, sind die
55 Regierungspräsidien äußerst unzureichend
über Schulausfälle informiert.

**Die Gesetzeslage ist im Moment, dass nur
anhand einer einwöchigen Stichprobe, die
60 jedes Jahr im November an den Schulen
erhoben wird, ein Vergleich über den
Unterrichtsausfall zu den
vorangegangenen Jahren erstellt wird. Auf
Grundlage dieser Stichprobe wird
65 argumentiert, ob der Pflichtunterricht
sichergestellt ist.**

Die einwöchige Stichprobe zur Ermittlung
des gesamtjährlichen Unterrichtsausfalles ist
70 unzureichend und nicht aussagekräftig. Die
Stichprobe betrachtet nur einen
Minimalzeitraum, der den Schulen bekannt
ist. In dieser Woche kann also die Schule
bewusst darauf achten, besonders wenig
75 Unterricht ausfallen zu lassen. In diesem
Zeitraum werden eventuell keine
Fortbildungen für Lehrer genehmigt, es
werden keine Ausflüge, längere
Klassenfahrten, Pädagogische Tage oder
80 Landschulheimaufenthalte für Klassen
organisiert, die zur Konsequenz haben, dass
Unterricht ausfällt. Es ist also eine direkte
Beeinflussung des erhobenen Zeitraums
möglich und der Spielraum wird genutzt. Des
85 Weiteren ist der Krankenstand zu anderen
Jahreszeiten wesentlich höher.

90 In manchen Bundesländern ist es üblich, den tatsächlichen Unterrichtsausfall zu registrieren.

95 Diese Methode ist das einzige Mittel der Wahl, um unser Schulsystem durch eine konkrete Offenlegung des tatsächlichen Ist-Zustandes von Grund auf zu analysieren und zu verbessern. Man schafft damit die Möglichkeit, auftretende Missstände zu erkennen und diese mit den richtigen Maßnahmen z.B. besserer Personalausstattung zu verbessern.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 1***

Kennnummer 13533

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag B2 Änderungsantrag zum Antrag B2

Füge in Z. 7 nach „ausfallenden Schulstunden“ ein:
„über einen Zeitraum von vier Wochen digital eingeführt wird. Dazu soll eine einfache Domain mit Benutzer-Profilen für die Schulen eingerichtet werden.“
5

Begründung:

10 1. Das Problem der Stichproben ist die Kürze des Stichprobenzeitraums. Statistisch korrekt führen beispielsweise der Landesrechnungshof in NRW oder die dortige Landeselternschaft durch.

15 2. Das ganze digital zu machen reduziert die Kosten erheblich. Zusätzlich kürzere unangekündigte Stichproben an Schulen, können Missbrauch eindämmen. Hauptmotiv für die Schulleitungen korrekte Zahlen anzugeben dürfte aber die Zuteilung von Mitteln, sowie die eigene Bedarfsplanung an Lehrpersonal für Unterrichtsausfall sein.
20

Antragsbereich Ä/Antrag 2

Kennnummer 13534

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag zum Antrag B2 Änderungsantrag zum Antrag B2

Ergänze in Zeile 7 nach "wird.": "Die Statistik durchführenden Lehrkräfte sollen dem Mehraufwand entsprechend in ihrer Deputationsaufstellung entlastet werden."

Antragsbereich Ä/Antrag 3

Kennnummer 13535

Kreisverband Heilbronn-Stadt

Änderungsantrag zum Antrag B2 Änderungsantrag zum Antrag B2

Füge in Z. 8 vor dem Punkt „dass nach“ neu ein:
„dass bloße Beaufsichtigung der Schüler bei Lehrerausfall ohne Unterricht oder Übung zum Stoff auch aus anderen Fächern als Unterrichtsausfall gewertet wird.“

Begründung:

10 Dies ist eine wichtige Forderung der verschiedenen Landeselternschaften, der wir uns unter dem Aspekt anschließen sollten, dass reine Beschäftigungsmaßnahmen der Schüler ohne Lehrinhalte vermieden werden sollen. Wir wollen, dass Schüler von Lehrern Inhalte vermittelt bekommen. Die Form und Verteilung der Kompensation (möglicher Stundentausch zwischen den Lehrern einer Klasse, etc.) wollen wir dabei nicht einschränken, wohl aber die Erfassung dessen was als Unterrichtsausfall statistisch erfasst wird.

Antragsbereich B/ Antrag 3

Kennnummer 13521

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Förderung des Mensa-Essens an Schulen	Förderung des Mensa-Essens an Schulen
--	--

5	Wir fordern eine finanzielle Unterstützung des Landes im Bereich der Mittagsessensversorgung an Schulen. Schulen mit einem ausgearbeiteten Verpflegungskonzept sollen so vom Land eine Förderung erhalten.	Überweisung an die Landtagsfraktion
---	--	-------------------------------------

Antragsbereich B/ Antrag 4

Kennnummer 13522

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Finanzierungsfond Schulsanierung aufstocken	zur Finanzierungsfond Schulsanierung aufstocken	zur
--	--	------------

5	Finanzierungsfond zur Schulsanierung/ Schulinstandhaltung aufstocken	Annahme in der Fassung der Antragskommission
10	Die Baden-Württembergischen Schulen sind zu großen Teilen in schlechtem Zustand. Den durch die grün-schwarze Landesregierung etablierten Fond im Umfang von 154 Millionen Euro bis 2019 halten wir für nicht ausreichend und fordern eine weitere Aufstockung dieser Mittel um den Sanierungsstau abzubauen. Dabei fordern wir außerdem die Möglichkeit Bundesmittel für die Schulinstandhaltung stärker als bisher verwenden zu können und das Kooperationsverbot abzuschaffen.	Dabei fordern wir außerdem die Möglichkeit Bundesmittel für die Schulinstandhaltung stärker als bisher verwenden zu können und das Kooperationsverbot abzuschaffen.
15	Des Weiteren wird eine Übernahme der bei der Sanierung auftretenden Brandschutzkosten vom Bund und von den Ländern gefordert. Zudem fordern wir, dass kommunale Sportstätten, die zu schulischen Zwecken mitgenutzt werden, ebenfalls in die	Durch die von der SPD in der vergangenen Legislaturperiode durchgesetzte Grundgesetzänderung ist es dem Bund möglich, in kommunale Bildungseinrichtungen zu investieren. Hierfür wurden seitens der Bundesregierung
20		

25 Schulinstandhaltung mit aufgenommen 3,5 Milliarden Euro in einem
werden. Sonderprogramm zur Sanierung von Schulen
in finanzschwachen Kommunen zur
Verfügung gestellt. Wir begrüßen daher die
im Koalitionsvertrag beschlossene
Abschaffung des Kooperationsverbotes, um
30 künftig eine stärkere und verstetigte
Beteiligung des Bundes an kommunalen
Aufgaben wie dem Schulhausbau zu
ermöglichen.

Antragsbereich B/Antrag 5

Kennnummer 13523

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Einrichtung von Einrichtung von
Auszubildendenwerken Auszubildendenwerken von

5 In Baden-Württemberg entscheiden sich Überweisung an die Landtagsfraktion
immer weniger Menschen für eine duale
Berufsausbildung. Dies hat unterschiedliche
Gründe, einer davon ist die geringe
Attraktivität im Vergleich zu den
Studienangeboten im Land. Aus diesem
Grund sollen in Baden-Württemberg analog
zu den bereits vorhandenen
Studierendenwerken sogenannte
10 Auszubildendenwerke eingeführt werden.
Diese sollen sich mit folgenden Aufgaben zur
Unterstützung von Auszubildenden befassen:
• Wohnraum für Auszubildende:
15 In Ballungsräumen wie Stuttgart wird es für
junge Menschen, die eine Berufsausbildung
starten, immer schwieriger Wohnraum
anmieten zu können. Auf der anderen Seite
müssen Auszubildende bei der Wahl eines
Arbeitgebers eine gewisse
20 Wohnortflexibilität mitbringen. Hinzu
kommt, dass viele Ausbildungsgänge nur an
wenigen Berufsschulen im Land angeboten
werden. Wenn es ausnahmsweise doch mal
freien Wohnraum gibt, ist dieser mit
25 Ausbildungsvergütungen nicht finanzierbar.
Daher ist es wichtig, bezahlbaren Wohnraum

in der Nähe von Schulen beziehungsweise
Ausbildungsstellen durch
Auszubildendenwerke zu schaffen. Daher
30 sollen konkret Auszubildendenwohnheime
geschaffen, und durch Kooperationen mit
Studierendenwerken Auszubildendenquoten
in Studierendenwohnheimen geschaffen
werden. Die Finanzierung der
35 Auszubildendenwohnheime muss über
Arbeitgebende erfolgen.

• Betreuung
40 Was bei Studierenden längst Normalität ist,
wird bei Auszubildenden häufig noch als
etwas Besonderes wahrgenommen: Ein Kind
während der Ausbildung. Mit der
Teilzeitausbildung gibt es bereits ein gutes
45 Modell, um dennoch die Ausbildung
erfolgreich zum Abschluss zu bringen.
Ebenfalls bieten einige Betriebe spezielle
Betreuungsangebote für Beschäftigte an. Es
bedarf aber auch eines Angebots zur
50 Kinderbetreuung, wenn Auszubildende die
Berufsschule besuchen. Hierfür sind
Betreuungseinrichtungen zu schaffen oder
Belegplätze in schulnahen Einrichtungen
einzurichten. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob
55 Auszubildende eine Unterstützung angeboten
werden kann, wenn sie Angehörige betreuen
und pflegen.

• Beratung und Unterstützung
60 In der Ausbildung steht man häufig vor
herausfordernden Situationen. Ein
Auszubildender hat eine Prüfung verhauen,
einer anderen reicht wegen einem kaputten
65 Auto die Ausbildungsvergütung diesen
Monat nicht. Genau dann benötigen
Auszubildende eine kompetente
Unterstützung. In Ergänzung zu betrieblichen
Interessenvertretungen und
70 gewerkschaftlicher Arbeit sollen durch
Auszubildendenwerke rechtliche
Einschätzungen, therapeutische Beratungen
und Auszubildendendarlehen angeboten
werden. Dazu zählt auch die Unterstützung
75 bei der Beantragung von finanziellen Hilfen
wie Wohngeld oder

Berufsausbildungsbeihilfe. Zum Angebot sollen ebenfalls Beratungen hinsichtlich Fort- und Weiterbildungen zählen.

80

In Ergänzung dazu soll nach der Einführung geprüft werden, ob es Bedarf an speziellen Pflegeeinrichtungen gibt, und ob Angebote außerhalb der Berufsausbildung geschaffen werden können. Dabei sind Sport- und Freizeitangebote ebenso denkbar wie Sprachkurse und Zusatzqualifikationen.

85

Die Ausbildungswerke sollen durch Beiträge der Ausbildungsunternehmen und Zuschüssen aus dem Land finanziert werden. Auszubildende werden eine Mitsprache bei der Schaffung, Weiterentwicklung und Veränderung von Angeboten und Unterstützungen erhalten. Daher muss es die Möglichkeit geben, dass Auszubildende eine Vertretung für das jeweilige Auszubildendenwerk wählen können.

95

100

Begründung:

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 4***

Kennnummer 13536

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag B5 Änderungsantrag zum Antrag B5

Steiche Zeile 23 und 24

Erledigt durch Überweisung von B5

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 5***

Kennnummer 13537

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag B5 Änderungsantrag zum Antrag B5

Zeile 25ff: "Die Finanzierung der Auszubildendenwohnheime muss durch die Unternehmen, z.B. eine IHK-Umlage, erfolgen."

Erledigt durch Überweisung von B5

Begründung:

Keine zusätzlichen Belastungen für
Ausbildungsbetriebe. IHK-Umlage kann
10 über Gewinne nach Wirtschaftskraft
gerechter verteilt werden.

*Antragsbereich Ä/ **Antrag 6***

Kennnummer 13538

Kreisverband Heidelberg

Änderungsantrag zum Antrag B5 Änderungsantrag zum Antrag B5

Zeile 68ff: "Die Ausbildungswerke sollen Erledigt durch Überweisung von B5
durch Beiträge der Unternehmen, z.B. IHK-
Umlage, und Zuschüssen aus dem Land
finanziert werden."

5

Begründung:

Keine zusätzlichen Belastungen für
Ausbildungsbetriebe. IHK-Umlage kann
10 über Gewinne nach Wirtschaftskraft
gerechter verteilt werden.

*Antragsbereich B/ **Antrag 6***

Kennnummer 13524

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Finanzielle Beteiligung Landesregierung für Erzieherinnenausbildung	der PiA	Finanzielle Beteiligung Landesregierung für Erzieherinnenausbildung	der PiA
--	--------------------	--	--------------------

Der Personalmangel in den sozialen Berufen Annahme
ist schon lange in aller Munde. So wurde von
der damaligen Grün-Roten Landesregierung
in Baden-Württemberg die praxisintegrierte
5 Ausbildung (PiA) für ErzieherInnen ins
Leben gerufen.
Wir fordern eine finanzielle Beteiligung an
der PiA Ausbildung seitens der
Landesregierung, um es den Trägern zu
ermöglichen die vielen interessierten

- 10 Menschen in diesem Ausbildungskonzept zu übernehmen.

Antragsbereich B/ Antrag 7

Kennnummer 13525

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Für eine Ausweitung der landesfinanzierten Sprachförderung an Kindergärten und Grundschulen	Für eine Ausweitung der landesfinanzierten Sprachförderung an Kindergärten und Grundschulen
--	--

Allen Grundschülern und Grundschülerinnen Annahme
mit Sprachförderbedarf sollte Zugang zu
Sprachförderangeboten ermöglicht werden.

5 **Begründung:**

- Anders als in Kitas existieren in
Grundschulen keine landesweiten
Programme zur Sprachförderung. Viele
10 Kinder mit Sprachförderbedarf erhalten
somit keine Unterstützung. Sämtlicher
Wissenserwerb findet über die Sprache statt.
Die schulischen Leistungen in allen Fächern
hängen daher extrem mit dem Sprachniveau
15 der Schüler und Schülerinnen zusammen.
Viele Schüler und Schülerinnen verfügen,
beispielsweise aufgrund von Migration oder
(sogenannten) bildungsfernen Elternhäusern,
20 nur über einen eingeschränkten Wortschatz
oder haben Schwierigkeiten mit der
Grammatik des Deutschen. Diese Kinder
erhalten (unabhängig von ihrer tatsächlichen
Intelligenz) deutlich schlechtere Noten als
ihre Altersgenossen. Außerdem wachsen sich
25 Sprachprobleme oft nicht aus, sondern
können Bildungskarrieren maßgeblich
negativ beeinflussen. Gründe dafür sind
beispielsweise sind die Überforderung durch
die Gleichzeitigkeit von Sprach- und
30 Sachlernen oder eine, durch sprachliche
Defizite verursachte, eingeschränkte Lese-
und Schreibkompetenz. Der Unterricht in
Grundschulen geht von einer recht

35 homogenen Schülerschaft aus. Deshalb ist
 Unterstützung bei fehlenden
 Grammatikkenntnissen und eingeschränktem
 Wortschatz nicht vorgesehen. Es ist weder im
 Sinne der Chancengleichheit noch im Sinne
 40 unseres Schulwesens Kinder aufgrund ihrer
 unverschuldeten sprachlichen Defizite
 massiv zu benachteiligen. Deshalb sollten
 Grundschüler die Möglichkeit erhalten,
 Sprachförderangebote zu besuchen. Dies
 wird jedoch nur in Ausnahmefällen
 45 finanziert, da die Kosten für
 Fördermaßnahmen von den Kommunen
 getragen werden müssen. Notwendig wäre
 daher die Etablierung einer
 landesfinanzierten Sprachförderung in
 50 Grundschulen nach dem Vorbild des SPATZ-
 Sprachförderungsprogramms in
 Kindertagesstätten, bei welchem Fachkräfte
 in regelmäßigen Abständen additiv
 Förderstunden anbieten.

Antragsbereich Ä/Antrag 7

Kennnummer 13539

Kreisverband Stuttgart

Änderungsantrag zum Antrag B7 Änderungsantrag zum Antrag B7

Ergänze in Zeile 3: Als Vorbild soll das Annahme Satz 1
 landesfinanzierte SPATZ-Programm
 (Sprachförderprogramm) in Kitas dienen. Ablehnung Satz 2
 Allerdings sollte dabei auf eine
 5 Sozialverträglichkeit bei der
 Elternbeteiligung an den Kosten geachtet
 werden.

Gleicher Lohn für Lehrkräfte

Gleicher Lohn für Lehrkräfte

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – für Lehrkräfte im Arbeitnehmer/innen-Verhältnis Empfehlung erfolgt mündlich

- 5 Die AfA Baden-Württemberg fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, die Netto-Lohn-Unterschiede zwischen Lehrkräften im Beamtenstatus und im Arbeitnehmerverhältnis zu verringern und nach und nach aufzuheben.
- 10

Als mögliche Instrumente fordern wir:

- 15
- Eine Baden-Württemberg-Zulage für alle Lehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis
 - Anerkennung jeglicher einschlägiger Berufserfahrung und von förderlichen Zeiten bei der Stufenzuordnung
 - Qualifizierungsangebote für Nichterfüller/innen
 - Unser Ziel sind unbefristete Arbeitsverhältnisse. Im Falle einer Befristung muss die Dauer mindestens 1 Jahr und 1 Tag betragen
 - Arbeitnehmergerechte Bruttowerte für Zulagen
- 20
- 25

30 **Begründung:**

- 500 € im Schnitt, monatlich – das ist der Netto-Lohn-Unterschied zwischen einer Lehrkraft im Beamtenverhältnis und einer Lehrkraft im Arbeitnehmer-Verhältnis (sog. „angestellte Lehrkraft“). Das betrifft sogenannte „Erfüller/innen“, die bei gleicher Ausbildung und gleicher Eignung aus z.B. gesundheitlichen oder Alters-Gründen nicht
- 35

40 verbeamtet werden und mehrere hundert
Euro monatlich weniger Netto-Gehalt
hinnehmen müssen. Das betrifft des Weiteren
die sogenannten „Nichterfüller/innen“, die
45 dieselbe Tätigkeit in den Schulen ausüben mit
vergleichbaren Ausbildungen, bei gleicher
Belastung, gleichen Aufgaben, gleichen
Pflichten, ... für bis zu 1000 € weniger
monatlich als ihre Kolleg/innen im Beamten-
Verhältnis.

50 **1. Eine Baden-Württemberg-Zulage für
alle Lehrkräfte im
Arbeitnehmerverhältnis.**

55 Die Nettodifferenz zwischen Beamten und
Lehrkräften im Arbeitnehmerverhältnis war
bislang bereits in Baden-Württemberg am
höchsten. Durch den BW-Bonus hat sich
dieser Abstand noch vergrößert. Eine solche
60 strukturelle Zusatzleistung in dieser Höhe
wie den BW-Bonus gibt es in keinem anderen
Bundesland. Warum nicht auch für die
Arbeitnehmer/innen?

65 **2. Anerkennung jeglicher einschlägiger
Berufserfahrung und von förderlichen
Zeiten bei der Stufenzuordnung.**

Die Lehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis
70 werden gebraucht – warum sonst hat man sie
eingestellt? Der Tarifvertrag lässt die
Anerkennung von Berufserfahrung zu.
Warum wendet die Landesregierung diese
Kann-Option nicht an?

75 **3. Qualifizierungsangebote für
Nichterfüller/innen.**

Nichterfüller/innen leisten genau dieselbe
80 Arbeit und genauso gut, wie voll ausgebildete
Lehrkräfte. Weil ihnen dasentsprechende
„Zertifikat“ fehlt, verdienen sie deutlich
weniger. Im Tarifvertrag ist die Möglichkeit
der Qualifizierung enthalten.

85 **4. Für befristet Beschäftigte: Bezahlung
der Sommerferien und eine
Beschäftigungsperspektive**

- 90 Jedes Jahr entlässt das Land 2.500 bis 3.000 befristete Lehrkräfte in die Sommerferien-Arbeitslosigkeit. Das Schuljahr dauert vom 1.8. bis zum 31.7. Im Deputat sind die Ferien als Arbeitszeit berücksichtigt. Warum nicht auch in der Bezahlung?
- 95

5. Arbeitnehmergerechte Bruttowerte für Zulagen

- 100 Arbeitnehmer/innen haben dann Anspruch auf eine Zulage, wenn die entsprechenden Beamten auch eine bekommen. Der TV EntGO regelt nicht, in welcher Höhe die Zulage gezahlt werden muss.
- 105 Von einer Zulage zum Beispiel in Höhe von 79,89€ bleiben einem Beamten netto 53 Prozent, einer Angestellten hingegen nur 43 Prozent – für dieselbe Arbeit.

Antragsbereich B/Antrag 9

Kennnummer 13481

AfA Baden-Württemberg

Bildungszeitgesetz nachbessern! Bildungszeitgesetz nachbessern! Ehrenamt unterstützen! Ehrenamt unterstützen!

- Wir begrüßen es sehr, dass die grün-rote Annahme Koalition kurz vor dem Ende ihrer Legislaturperiode das Bildungszeitgesetz verabschiedet hat, und damit das Ehrenamt in
- 5 Baden-Württemberg als eines der letzten Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland mit solch einem wichtigen Gesetz bereichert wurde.
- 10 Heutzutage ist Beruf ohne Weiterbildung undenkbar. Mit fünf freien Tagen pro Jahr haben wir für Beschäftigte, die sich weiterbilden, ein gutes Instrument. Das Bildungszeitgesetz kann aber nicht nur für
- 15 betriebliche und politische Weiterbildung genutzt werden, sondern auch von ehrenamtlich Engagierten.

20 Das Ehrenamt wird in vielen Reden erwähnt
und wird von Politik und Gesellschaft
anerkannt und berücksichtigt. Daher können
wir als SPD Baden-Württemberg die Kritik
am Bildungszeitgesetz nicht verstehen. Für
25 die SPD Baden-Württemberg ist es
unabdingbar, dass das Bildungszeitgesetz
weiterbesteht.

Es liegt auf der Hand, dass sich Beschäftigte
bei ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten
30 Kompetenzen aneignen, die sich auch für den
Beruf nutzen lassen. Hier werden die
sozialen, kommunikativen und kreativen
Potentiale der Beschäftigten erhöht,
insbesondere in Zeiten zunehmenden
35 Rechtspopulismus. Eine Weiterbildung für
das Ehrenamt ist daher auch für den Beruf
von Vorteil.

Um mehr Sicherheit für Fortbildungswillige
40 und Vereine zu schaffen, muss in diesem
Bereich seitens der Gesetzgeber noch
nachgebessert werden. Aus unserer Sicht
fehlt vor allem eine Dachverbandsregelung,
die mehr Klarheit für Seminaranbieter vor Ort
45 schafft.

Ebenso fordern wir eine bezahlte Freistellung
nach dem Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts
in der Jugendarbeit für ehrenamtlich Tätige in
50 der Jugendarbeit (Maßnahmen der
Jugenderholung, Leitung von
Jugendbegegnungen, etc.).

Antragsbereich B/Antrag 10

Kenntnummer 13475

Kreisverband Böblingen

Empfänger:

SPD-Landtagsfraktion

Das Alevitentum soll in den Religions- und Ethikunterricht aufgenommen werden	Das Alevitentum soll in den Religions- und Ethikunterricht aufgenommen werden
--	--

Wir fordern, dass das Alevitentum im Überweisung an die Landtagsfraktion
Religionsunterricht und im Ethikunterricht

mitbehandelt wird. Unser Ziel ist es auf die
5 Aleviten aufmerksam zu machen und über
deren Religionsrichtung und Lebensstil,
welche sich von Sunniten und Schiiten
unterscheiden, aufzuklären. Um das
Alevitentum den SchülerInnen richtig lehren
zu können, sollen die LehrerInnen eine
10 entsprechende Fortbildung dazu bekommen.

Begründung:

15 Rund 80.000 Aleviten leben in Baden-
Württemberg. Das Alevitentum ist eine
humane, tolerante und friedliche
Religionsrichtung innerhalb des Islams. Der
Gottesdienst erfolgt gemeinsam, Mann und
Frau unter einem Dach, nebeneinander.
20 Gesang, Tanz und traditionelle
Musikinstrumente sind ein Teil davon.

Seit Jahren bietet die Akademie der
Weltreligionen der Universität Hamburg,
25 sowie die Hochschule Weingarten jeweils
einen Studiengang zu alevitischen Theologie
an. Hier bilden sich mögliche
Anknüpfungspunkte für
Fortbildungsmöglichkeiten.

30 Das Schulministerium des Bundeslandes
NRW hat in Abstimmung mit der
Alevitischen Gemeinde Deutschland den
Grundschul-Lehrplan „Alevitischer
35 Religionsunterricht“ entwickelt, der auch in
anderen Bundesländern anerkannt wird.

Wir sind der Meinung, dass sich die
Schülerinnen und Schüler mit der
40 Religion „Alevitentum“ im Religions- und
Ethikunterricht beschäftigen sollen. Der
Kontakt mit dem Themengebiet soll schon
früher an Fortführende Schulen stattfinden.
Letztendlich führt dies zu einem besseren
45 gegenseitigen Verständnis, Akzeptanz, mehr
Respekt sowie Toleranz.

Europa

Antragsbereich EUR/ **Antrag 1**

Kennnummer 13526

AsF Baden-Württemberg

Austeritätspolitik

Austeritätspolitik

Jetzt die Europapolitische Alternative sein! - Schluss mit einem Europa der Austerität und des erhobenen Zeigefingers Überweisung an das Europaforum Zeilen 1 bis 20 und Zeilen 35 bis 125

- 5 Die Austeritätspolitik der vergangenen Jahre hatte in den Ländern, die besonders von den Krisen betroffen waren, verheerende soziale Folgen. Das Dogma der ausgabenseitigen Konsolidierung hat weder zur postulierten gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit, noch zu einer Trendwende bei der Staatsverschuldung geführt. Im Gegenteil: Durch strikte Einsparungsvorgaben und eine sehr schwache Investitionstätigkeit ist eine
- 10 Abwärtsspirale in Gang gebracht worden, deren Ergebnis hohe Arbeitslosenquoten, eine Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme und Gesundheitssysteme, sowie eine stark zunehmende Armut und
- 15 Armutsgefährdung ist.
- 20

- Die von der Troika verordnete Austeritätspolitik hat sich nicht nur nicht gelohnt, sondern massiv zu einer wachsenden
- 25 Ungleichheit in Europa beigetragen. Stattdessen wurden Privatisierungen z.B. von Wasser toleriert und Flughäfen zu Spottpreisen aufgekauft, Löhne gesenkt, Renten reduziert und Arbeitsplätze vernichtet. Diese Ungleichheit stellt nicht nur
- 30 das Projekt Europa in Frage, sondern wirkt auch in den einzelnen Staaten zunehmend demokratiegefährdend.
- 35 Als Sozialdemokratie haben wir es, spätestens seit der Europawahl 2014, verpasst, eine wirkliche Alternative zur Krisenpolitik à la Merkel und Schäuble

40 tatsächlich einzufordern. In der großen
Koalition wurden die europapolitischen
Unterschiede zuweilen nahezu unsichtbar. Es
ist jedoch nicht zu spät an unsere Beschlüsse
und an unsere Vorstellungen von einem
45 anderen, einem sozialen Europa
anzuknüpfen. Gerade jetzt, nach dieser, für
die Sozialdemokratie, verheerenden
Bundestagswahl, ist es notwendig diese
Unterschiede laut und vehement
aufzuzeigen!

50 Wir fordern deshalb die
sozialdemokratischen Parlamentarier*innen
im Bund und Europa erneut auf, sich für
einen sozialdemokratischen Umgang mit den
55 Problemen in Europa einzusetzen und eine
klare Alternative aktiv einzufordern.

Dies umfasst:

- 60 • Der Einsatz für eine
Altschuldenregelung für besonders
von der Krise betroffenen Staaten.
Wir halten an unserer Forderung
nach einem Schuldentilgungsfond
65 fest. Auch ein „echter“
Schuldenschnitt darf kein Tabu sein.
- Ein Ende der Austeritätspolitik.
Wenn Formulierungen, wie xy muss
„seine Hausaufgaben“ machen,
70 gleichbedeutend mit weiteren
Kürzungen im sozialen Bereich sind,
müssen wir diesen eine klare Absage
erteilen.
- Die Forderung nach einem
75 wirklichen Investitionspaket und ein
Ende der diesbezüglichen
Augenwischerei. Mittel, die sowieso
regulär von den einzelnen Staaten
abgerufen werden können, stellen
80 keine zusätzlichen Investitionen dar
und dürfen auch nicht als solche
ausgegeben werden.
- Der Einsatz für einen langfristigen
85 Transfermechanismus und einen
europäischen Investitions- und
Aufbaufonds, um wirtschaftliche
Ungleichgewichte und regionale
Unterschiede auszugleichen.

- 90 • Der Einsatz für eine demokratische Willensbildung und parlamentarische Kontrolle. Wenn Parlamente keine Entscheidung ohne Zustimmung der Troika/ Institutionen treffen dürfen, ist die

95 letzte rote Linie überschritten. Wir unterstützen die Parlamentarier*innen des Europaparlaments in ihrer Forderung nach einer parlamentarischen

100 Kontrolle der Troika/Institutionen ebenso wie nach einer parlamentarischen Kontrolle der EZB.
- 105 • Der Einsatz für europaweite Mindeststandards im sozialen Bereich und im Gesundheitssystem. Diese Mindeststandards dürfen auch im Fall einer Krise nicht unterschritten werden. Im Gegenteil,

110 sie sollen das dringend benötigte Netz zur sozialen Absicherung darstellen. Alle Menschen in Europa müssen sich auf ein hohes Maß an sozialer Absicherung verlassen können.

115
- Die Erarbeitung eines Konzeptes zu einer Europäischen Arbeitslosenversicherung.
- 120 • Eine Offensive zur europaweit einheitlichen Besteuerung von Vermögen und Unternehmensgewinnen. Privatisierungszwänge lehnen wir ab.
- Eine gemeinsame Lösung zur Verteilung von Flüchtlingen, damit struktur-und finanzschwache Länder wie Griechenland und Italien, diese Last nicht alleine stemmen müssen.

Antragsbereich Ä/Antrag 20

Kennnummer 13552

**Änderungsantrag zum Antrag Änderungsantrag zum Antrag
EUR1 EUR1**

Zeile 101f: "ebenso wie nach einer Antragsteller übernimmt.
parlamentarischen Kontrolle der EZB"
streichen.

5 Begründung:

Ob Zentralbanken unabhängig, wie die
Bundesbank, oder parlamentarisch
kontrolliert sein sollen, ist eine
10 Grundsatzdiskussion, mit der man diesen
Beschluss nicht befrachten sollte.

Antragsbereich Ä/Antrag 21

Kennnummer 13553

Kreisverband Heidelberg

**Änderungsantrag zum Antrag Änderungsantrag zum Antrag
EUR1 EUR1**

Zeile 125f Satz ersetzen durch: "Eine Antragsteller übernimmt
gemeinsame Lösung zur Verteilung von
Geflüchteten, damit Länder mit EU-
Außengrenzen, wie Griechenland, Italien und
5 Spanien, diese Last nicht alleine stemmen
müssen."

Begründung:

10 Es geht um die Außengrenzen und nicht um
die Finanzkraft dieser Länder.

Antragsbereich EUR/Antrag 2

Kennnummer 13527

Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

**Tierschutz-
Umweltschutzstandards**

**und Tierschutz-
Umweltschutzstandards**

und

Tierschutz- und Umweltschutzstandards, die in der EU gelten, müssen auch von Lebensmitteln, die in die EU importiert werden, eingehalten werden.

5

Begründung:

Es ist richtig und wichtig, dass hohe Standards im Bereich des Tier- und Umweltschutzes angelegt werden. Auf der anderen Seite muss es aber bei uns vor Ort möglich bleiben, Lebensmittel auskömmlich zu produzieren. Dies kann nicht gelingen, wenn wir in großem Stil z.B. Käfigeier aus der Ukraine einführen. Wenn unsere Landwirte hier aufgrund der hohen Standards aufgeben und Lebensmittel in anderen Ländern unter Zerstörung von Regenwald, Vergiftung des Bodens und in tierquälerischen Haltungseinrichtungen produziert und eingeführt werden, erweisen wir dem Tier- und Umweltschutz einen Bärendienst. Die Hygieneanforderungen an Lebensmittel sind längst harmonisiert, es wird Zeit, dass wir auch in anderen Bereichen dorthin kommen.

Antragsbereich Ä/Antrag 22

Kennnummer 13554

Kreisverband Tübingen

**Änderungsantrag zum
EUR2**

**Antrag Änderungsantrag zum
EUR2**

Antrag

Ersetze Zeile 1-5 durch: „Tier- und Umweltschutzstandards, die in der EU gelten, müssen auch bei Produktion und Transport

Erledigt durch Überweisung von EUR 2

5 von Lebensmitteln, die in die EU importiert werden, gelten.“

Antragsbereich EUR/Antrag 3

Kennnummer 13528

Ortsverein Reutlingen

(Kreisverband Reutlingen)

Für Menschenrecht und Demokratie in der Türkei

und Für Menschenrecht und Demokratie in der Türkei

5 **Resolution: „Für Menschenrechte und Demokratie in der Türkei und eine wertegebundene Außenpolitik von EU und Bundesrepublik“, beschlossen auf der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins am 22.06.2017**

Annahme in der Fassung der Antragskommission

10 Zur Weiterleitung an Kreisdelegiertenkonferenz SPD-Reutlingen, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament:

15 ~~Der SPD-Ortsverein~~ **Die SPD-Baden-Württemberg** sieht die Lage der Menschenrechte und der Demokratie in der Türkei mit großer Sorge.

- 20 • Seit dem gescheiterten Putschversuch im Juni 2016 wurden fast 140.000 ProfessorInnen, LehrerInnen, PolizistInnen, Soldaten und andere Angehörige des öffentlichen Dienstes entlassen, ohne dass ihre Verwicklung in den Putschversuch nachgewiesen werden konnte. Über 40.000 Menschen befinden sich in Haft. Darunter viele Journalistinnen und Journalisten.
- 25 • Das Verfassungsreferendum fand in einem Klima der Unterdrückung der Nein-Kampagne statt. Während des Referendums wurden von der Wahlkommission willkürlich Regeln verändert. Daneben gibt es weitere
- 30
- 35
- ab Zeile 20: Begründung

ernstzunehmende Vorwürfe auf Unregelmäßigkeiten zu Gunsten der Befürworter. Durch das Referendum wurde die Gewaltenteilung in der Türkei praktisch aufgehoben und Erdogan als Präsidenten eine sehr große, unkontrollierte Machtfülle verliehen

Wir sind sehr besorgt über diese Entwicklung und stehen in Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei, besonders mit unserer Schwesterpartei CHP. Aus dieser Situation ergeben sich für uns die folgenden Forderungen für die deutsche und europäische Politik gegenüber dem Erdogan-Regime:

- Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die demokratischen Kräfte in der Türkei zu unterstützen und gegenüber der türkischen Regierung den Wert der Menschenrechte zu betonen. Dazu gehören auch die vollen politischen, sozialen und kulturellen Rechte für alle ethnischen und religiösen Minderheiten in der Türkei wie z.B. Kurden, Alewiten und Christen.
- Wir fordern die oben genannten ebenso auf, sich für ein Ende des Militäreinsatzes in den kurdisch besiedelten Gebieten der Osttürkei und die Wiederaufnahme des Friedensprozesses zwischen der türkischen Regierung und friedenswilligen Kräften in den kurdischen Gebieten unter breiter Einbeziehung der Zivilgesellschaft in der Türkei einzusetzen.
- In Gesprächen mit der türkischen Seite sollte insbesondere ein Ende der Entlassungen von WissenschaftlerInnen, LehrerInnen, Staatsbediensteten und Offizieren gefordert werden. Alle Entlassungen

90 seit dem Putsch von 2016 sollten von
 einer unabhängigen Kommission
 überprüft werden. Die Arbeit dieser
 Kommission sollte von
 internationalen Beobachtern
 überprüft werden können. Zudem
 fordern wir die Freilassung aller
 gewaltfreien politischen Gefangenen
 95 in der Türkei.

- Wir begrüßen, dass die
 Bundesregierung eine mögliche
 Abstimmung über die
 Wiedereinführung der Todesstrafe in
 100 der Türkei auf dem Gebiet der
 Bundesrepublik nicht zulassen will
 und fordern die
 sozialdemokratischen Mitglieder der
 Bundesregierung und die SPD-
 105 Bundestagsfraktion auf alles zu tun,
 damit es bei dieser Haltung bleibt.
- Bis zu dem Zeitpunkt, an dem in der
 Türkei wieder demokratische
 Verhältnisse im Sinne der
 110 Kopenhagener Kriterien für den
 Beitritt zur EU herrschen, sollen die
 Beitrittsverhandlungen mit der
 Türkei von Seiten der EU nicht
 weiter verfolgt und finanzielle
 115 Unterstützungsmaßnahmen in
 diesem Punkt ausgesetzt werden. Um
 eine Isolierung der Türkei zu
 verhindern, sollten zugleich neue
 Gesprächsformate z.B. über eine
 120 Zollunion entwickelt werden. Dabei
 sollte die Frage der Menschenrechte
 immer ein Thema sein. Zudem gilt es
 den Dialog mit den demokratischen
 Kräften in der Türkei und der
 125 türkischen Zivilgesellschaft zu
 intensivieren.
- Das Flüchtlingsabkommen zwischen
 der Türkei und der EU hat die EU
 und nicht zuletzt die Bundesrepublik
 130 in die Gefahr einer Abhängigkeit von
 Erdogan gebracht. Zudem sind die
 Bedingungen in der Türkei für viele
 Flüchtlinge unzumutbar. Wir fordern
 deshalb die SPD-Bundestagsfraktion
 135 und die S&D-Fraktion im
 Europäischen Parlament auf nach

- neuen Wegen für eine gesteuerte Aufnahme von Flüchtlingen zu suchen.
- 140 • Sollte die Türkei die Todesstrafe einführen, entscheidet sie sich offen gegen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union! Dann müssen die Beitrittsverhandlungen beendet werden.
- 145 • Die Bundesregierung soll alle Möglichkeiten nutzen, um den Export von Waffen und Waffensystemen in die Türkei in der momentanen Lage zu verhindern und die Genehmigung von Waffenexporten in die Türkei generell und nicht nur im Einzelfall aus den oben genannten Gründen zu untersagen. Diese Forderung richten wir vor allem an das SPD-geführte Wirtschaftsministerium. Zudem sollen die Bundeswehrsoldaten so schnell wie möglich aus der Türkei abgezogen werden.
- 150
- 155 • Wir fordern die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Bundesländern und den Hochschulen dazu auf, verfolgten WissenschaftlerInnen aus der Türkei durch Stipendienprogramme die Fortsetzung ihrer Arbeit in Deutschland zu ermöglichen.
- 160
- 165 • Die Nähe der DITIB als Dachverband von Moscheegemeinden und Vertretung der türkisch-stämmigen Muslime hat sich wegen ihrer Nähe zum türkischen Staat als sehr problematisch erwiesen. Wir fordern daher die Verantwortlichen in Bund und Land auf, die Zusammenarbeit mit DITIB und deren finanzielle Unterstützung zu überdenken, bis sich der türkische Staat wieder demokratischen Grundsätzen und der Einhaltung der Menschenrechte zugewandt hat.
- 170
- 175
- 180

Faire Arbeit in Europa

Faire Arbeit in Europa

Faire Arbeit in Europa – Entsandte Arbeitnehmer*innen schützen - Sozialdumping stoppen Annahme

- 5 Die SPD-Fraktion im Europäischen Parlament wird aufgefordert, weiter an der Verbesserung der Europäischen Entsenderichtlinie in Bezug auf die Arbeitnehmerrechte zu arbeiten.

10

Begründung:

- 15 In den kommenden Monaten steht die Überarbeitung der Entsenderichtlinie in den Europäischen Gremien auf der Agenda. Dazu liegt ein Vorschlag der EU-Kommission vor, der durchaus gute Ansätze enthält. An einigen Stellen muss er aber weiterentwickelt werden.

20

- 25 Arbeitstage von rund 14 Stunden, Löhne deutlich unter der 1000-Euro-Marke, kein Kündigungsschutz: So sieht die Realität für viele entsandte, d.h. für eine begrenzte Zeit ins EU-Ausland geschickte, Beschäftigte derzeit in Europa beispielsweise im Baugewerbe, im Transportwesen oder in der Pflege aus. Was Arbeitszeiten, Lohn oder Kündigungsschutz angeht, sind die entsandten Beschäftigten an ihrem Einsatzort oft schlichtweg Arbeitnehmer zweiter Klasse, da sie formell noch in ihrem Heimatland beschäftigt sind.

35

Dies gilt es zu ändern.

Die Forderungen der S&D-Fraktion im Einzelnen:

40 Die Europäische Kommission hat am 8. März
2016 Änderungen an der Richtlinie
vorgeschlagen. Unsere Bewertung im
Überblick:

- 45 • Die EU-Kommission will den
Lohnbegriff von „Mindestlohnsatz“
zu „Entlohnung“ ändern. Gut so,
denn entsandten
Arbeitnehmer*innen müssen so
50 weitaus mehr Lohnbestandteile
gezahlt werden. Die Definition der
Lohnbestandteile muss aber bei den
Mitgliedstaaten liegen. Außerdem
dürfen zusätzliche Kosten, die bei
55 einer Entsendung anfallen, etwa der
Transport zum Arbeitsort oder die
Kosten für die Unterbringung, nicht
vom Lohn abgezogen werden.
- 60 • Die Auftragsvergabe an ausländische
Subunternehmer kann an die
gleichen Arbeits- und
Entlohnungsbedingungen geknüpft
werden, wie sie für inländische
Unternehmen gelten. Gut so, denn
65 das führt zu mehr Lohngerechtigkeit
und schützt deutsche Tarifverträge.
- Entsandte Leiharbeiter*innen
sollen wie heimische
Leiharbeiter*innen behandelt
70 werden. Gut so, denn so könnten sie
vergleichbare Löhne wie die
heimischen Kollegen erhalten.
- Nach 24 Monaten sollen entsandte
Arbeitnehmer*innen dem vollen
75 Arbeitsrecht des Aufnahmestaates
unterliegen. Dieses Zeitfenster ist zu
weit gefasst, denn Entsendungen
dauern im Schnitt weniger als vier
Monate. Daher fordern wir eine
80 stärkere Begrenzung.
- Allgemeinverbindliche Tarifverträge
sollen auf entsandte
Arbeitnehmer*innen in allen
Branchen angewandt werden. Wir
85 wollen, dass zusätzlich nicht
allgemeinverbindliche Tarifverträge
gelten.

90 Was im Kommissionsvorschlag
fehlt: Wiederherstellung des
rechtlichen Mindestcharakters der
Richtlinie. Der EuGH hat in einer
Reihe von Urteilen die Richtlinie als
95 Maximalstandard ausgelegt, d.h.:
Die Mitgliedstaaten können, selbst
wenn sie wollten, die in der
Entsenderichtlinie festgesetzten
Standards nicht erhöhen, da das als
100 Einschränkung der wirtschaftlichen
Freiheit ausgelegt werden könnte.
Dies müssen wir ändern. So bleibt
die Entsenderichtlinie kein reines
Binnenmarktinstrument, und die
Mitgliedstaaten sind frei, mehr
Schutz zu gewähren.

Gesundheit und Pflege

Antragsbereich GP/**Antrag 1**

Kennnummer 13488

Kreisverband Heilbronn-Land

Zeitnahe Pflegereform

Zeitnahe Pflegereform

	Der Landesparteitag möge beschließen:	Erledigt durch Beschlusslage (Landesparteitag in Balingen vom 22.07.2017) und Koalitionsvertrag
5	Die SPD setzt sich für einen Neustart in der Alten – und Krankenpflege ein und macht die pflegerische Versorgung zu einem gesellschaftspolitischen Schlüsselthema.	
10	Eine Reform der Pflegestrukturen soll folgende Eckpunkte haben:	
	1. Den Pflegeberuf attraktiver machen:	
	Bessere Bezahlung	
15	Ausbildung und Aufstiegschancen verbessern	
20	Das gesellschaftliche Ansehen des Pflegeberufs aufwerten	
	Junge Menschen zur Pflege hinführen, z.B. durch ein generelles Sozialpraktikum.	
25	1. Die Arbeitsbedingungen für bereit Pfleger besser machen Mehr Stellen finanzieren, Personaluntergrenzen definieren Weniger Dokumentation	
30	Mehr Kompetenzen für Pfleger Bessere Gehaltsstrukturen	
35	2. Pflegestrukturen besser vernetzen Einfachere Übergänge durch Aufhebung der sektoralen Grenzen ambulant -teilstationär – stationär, vernetzte Pflege über die Einrichtungsgrenzen hinweg.	

40 **Begründung:**

Die pflegerische Versorgung in Krankenhäusern, Pflegeheimen und in der ambulanten Pflege driftet auf eine kritische Situation zu. Schon jetzt besteht ein Fachkräftemangel, der sich aufgrund demografischer Faktoren (Berentungen vorhandener Pflegekräfte, steigender Pflegebedarf durch geburtenstarke Jahrgänge) noch verschärfen wird.

Die Arbeitssituation vieler Pfleger ist durch Zeitdruck, Verantwortungsdruck und überbordende Bürokratie vielerorts bereits über Erträglichkeitsgrenze hinaus belastet. Resignation und Abwanderung sind die Folge, die Versorgung der Bevölkerung ist gefährdet. Wir sehen dringenden Handlungsbedarf.

Antragsbereich GP/Antrag 2

Kennnummer 13485

Kreisverband Freudenstadt

Mehr medizinische Studienplätze Mehr medizinische Studienplätze

Die SPD Baden-Württemberg möge Annahme in der Fassung der
beschließen: Antragskommission

Für das Medizinstudium in Baden-Württemberg mehr Studienplätze zu schaffen, sowie den Numerus Clausus ~~aufzuheben~~ **zu überarbeiten.**
aufzuheben.

10 **Begründung:**

In einer alternden Gesellschaft nimmt der Bedarf einer medizinischen Betreuung zu.

Hinzu kommen die vielseitigen Umweltbelastungen, u.a. auch die zunehmende Stressbelastung am Arbeitsplatz. Dadurch erwachsen der Medizin zusätzliche Aufgaben.

20

Tatsache ist jedoch, dass in früheren Jahren bundesweit mehr Studienplätze für den medizinischen Bereich zur Verfügung standen.

25

Sehr erfreulicher Weise stieg der Anteil der Medizinstudentinnen sich auf ca. 60 Prozent. Statistiken zeigen, dass bei den Ärztinnen die Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit wesentlich höher ist, als bei ihren männlichen Kollegen, wobei auch bei diesen ein Trend hin zur Teilzeit zu erkennen ist. Das Stichwort lautet: Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

35

Gerade im ländlichen Raum finden sich noch zu wenige Arbeitsplätze die diesem Anspruch gerecht werden. Dieser Standortnachteil muss ausgeglichen werden. Der richtige Weg hierbei sind die Digitalisierung und Telemedizin, sowie die Schaffung zusätzlicher Studienplätze um mehr Ärztinnen und Ärzte auf dem Arbeitsmarkt zu wissen, die sich Teilzeitstellen teilen können.

45

Eine Überarbeitung der Zulassungskriterien zum Medizinstudium ist dringend geboten. Die Abiturnote allein ist nicht das ausschlaggebende Kriterium um zukünftige gute Medizinerinnen und Mediziner zu erkennen.

50

Der Baden-Württemberg wird aufgefordert, sich mit Nachdruck für die Schaffung zusätzlicher Studienplätze und der Abschaffung des Numerus Clausus einzusetzen.

55

Antragsbereich GP/Antrag 3

Kennnummer 13503

Ortsverein Pfinztal

(Kreisverband Karlsruhe Land)

Werbekampagne Pflegeberufe

Werbekampagne Pflegeberufe

Das Arbeits- und Sozialministerium wird aufgefordert, eine vom Bund organisierte und Erledigt durch Koalitionsvertrag

bezahlte bundesweite Werbekampagne für die Ausbildung im Pflegebereich zu starten.

5

Begründung:

Der demographische Wandel in der Bevölkerung stellt uns vor enorme Herausforderungen. Die Bevölkerung wird immer öfter, bleibt auch zum Teil länger fit, jedoch wird der Bedarf an Pflege stetig wachsen. Die häusliche Pflege wird – wenn sie überhaupt möglich ist – häufig an ihre Grenzen kommen. Kinder, wenn diese vorhanden sind, scheiden oft wegen Berufstätigkeit aus oder leben nicht in unmittelbarer Nähe ihrer zu pflegenden Angehörigen.

20

Für die Pflege in den eigenen Wänden oder im Pflegeheim fehlen sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich ausgebildete Pflegekräfte. Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung wurde im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Für die Bereitstellung von zunächst 8000 zusätzlichen Pflegekräften ist ausgebildetes Personal von Nöten. Das Interesse an der Ausbildung ist gering. Es ist daher erforderlich die Rahmenbedingungen dahingehend zu ändern, dass beispielsweise die Arbeitszeiten flexibler werden und Hilfen bei der Kinderbetreuung oder bei der Wohnungssuche angeboten werden.

35

Eine wichtige und wertvolle Sofortmaßnahme wäre eine vom Arbeits- und Sozialministerium organisierte und bezahlte bundesweite Werbekampagne. Als Muster hier sie die Werbeaktion des Bundesverteidigungsministeriums für die Personalgewinnung der Bundeswehr genannt.

40

Innen, Recht, Wahlen

Antragsbereich IRW/ **Antrag 1**

Kennnummer 13529

AsF Baden-Württemberg

Paritätsbericht Württemberg

Baden- Paritätsbericht Württemberg

Baden-

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, im Parlament einen Paritätsbericht wie ihn das Land Rheinland-Pfalz vorgelegt hat (jeweils als Landtagsdrucksache) zu initiieren, für

5

1. die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2014

differenziert nach

10

- Frauenanteil in den Aufstellungsversammlungen und
- tatsächlich gewähltem Frauenanteil
- Listenplätzen von Frauen und deren Auswirkung auf den Wahlerfolg

15

20 2. die Ergebnisse der Landtagswahlen 2016

differenziert nach

25

- Frauenanteil in den Aufstellungsversammlungen
- tatsächlich gewähltem Frauenanteil
- Konkurrierende Kandidaturen von Männern und Frauen und deren Ergebnisse
- Erst- und ZweitkandidatInnen
- aussichtsreiche und nicht aussichtsreiche Wahlkreise

30

35

- Die Berichte sind anhand der Zahlen des Statistischen Landesamts und (freiwilliger) Befragungen der Parteien und Wählergruppen in den Wahlkreisen zu erstellen.
- Der Bericht über die Kommunalwahlen soll bis zum Ende der Legislaturperiode des derzeitigen Landtags, der Bericht über die Landtagswahlen zum Jahresende 2016 vorliegen.
- Der Bericht über die Kommunalwahlen **2014** soll bis zum Ende der Legislaturperiode des derzeitigen Landtags, ~~der~~ **sowie der** Bericht über die Landtagswahlen **2016** zum Jahresende ~~2016~~ **2018** vorliegen.
- Der SPD-Landesverband wird aufgefordert, vergleichbare Auswertungen zu den parteiinternen Ergebnissen zu erstellen. **Ein solcher Paritätsbericht soll künftig regelmäßig und zeitnah nach jeder Kommunal- und Landtagswahl stattfinden.**
- Begründung:**
- Frauen sind in Kommunalparlamenten (Gemeinderat und Kreistag) und im Landtag nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Das Land Rheinland-Pfalz hat für die Kommunalwahl 2014 einen detaillierten Paritätsbericht erstellt, der im August 2015 vorgelegt wurde.
- In Baden-Württemberg sollte die Einführung der Soll-Vorschrift „Aufstellung der Listen im Reißverschlussverfahren“ auf kommunaler Ebene Verbesserungen bringen, eine Auswertung ist bis heute nicht erfolgt.
- Auf Länderebene hat man sich einer Wahlrechtsänderung hin zu einem Listenwahlrecht verweigert und sich SPD-intern lediglich mit zurückhaltenden Appellen an die die Kandidatinnen und Kandidaten aufstellenden Wahlkreise und einem Mentoring-Programm begnügt.
- Mit den geforderten Paritätsberichten wird dem Parlament Material für erforderliche Gesetzes- und weitere Initiativen an die Hand gegeben.
- Andererseits wird auch der interessierten Bevölkerung ein kompakter Einblick in die Situation und dem daraus entstehenden Handlungsbedarf gegeben.

*Antragsbereich IRW/ **Antrag 2***

Kennnummer 13473

Kreisverband Freiburg

Empfänger:

SPD-Bundestagsfraktion

#wegmit219a

#wegmit219a

Wir fordern die Bundestagsfraktion dazu auf, Empfehlung erfolgt mündlich
den Antrag auf Streichung des §219a StGB
im Bundestag aufrecht zu erhalten.

5 **Begründung:**

Zugleich verurteilen wir aufs Schärfste, dass
Volker Kauder weiterhin die Ergebnisse der
SPD-Bundestagsfraktion verkündet. Zur
10 Erneuerung gehört auch, dass das Handeln
der SPD-Fraktion durch die SPD-
Bundestagsfraktion verkündet wird und die
Basis über tagesaktuelle Entscheidungen
angemessen informiert wird.

*Antragsbereich IRW/ **Antrag 3***

Kennnummer 13474

Kreisverband Böblingen

Empfänger:

SPD-Landtagsfraktion

Wahlwerbung

Wahlwerbung

Wir fordern die Gremien der SPD und die Annahme
SPD Bundestagsfraktion dazu auf, sich für
die Gestaltung eines Rechts auf
flächendeckende Verteilung von
5 Wahlinformationen für Parteien,
Wählervereinigungen und Einzelbewerber
innerhalb einer festzulegenden Frist im
Vorfeld einer Wahl zu den politischen
Gremien einzusetzen.

10 **Begründung:**

Das Grundgesetz regelt in § 21 (1), dass
Parteien an der politischen Willensbildung

15 mitwirken. Ihre Rolle ist es, als Mittler
zwischen den Bürgern und den Staatsorganen
zu wirken. Diesem Auftrag können sie aber
nur nachkommen, wenn sie die Bürger auch
20 erreichen. Dazu gehört, dass im Vorfeld von
Wahlen, Bewerber und Parteien den Bürgern
erläutern dürfen, wer sie sind und für was sie
sich in der folgenden Legislaturperiode
einsetzen wollen. Dies gilt im Besonderen im
kommunalen Umfeld, wo nicht mit
25 Massenmedien eine breite Mehrheit erreicht
werden kann.

Die aktuelle Rechtsprechung setzt
Wählerinformationen im Vorfeld von
30 Wahlen mit kommerzieller Werbung gleich.
Das bedeutet, dass Prospekte nur dort in
Briefkästen eingeworfen werden dürfen, bei
denen keine Aufkleber wie „Keine Werbung“
etc. angebracht sind. Bei Nichtbeachtung sind
35 inzwischen hohe Strafen vorgesehen. Viele
Gruppierungen setzen sich über dieses
Verbot hinweg. Auch wir in Leonberg sind
oftmals im Dilemma zwischen der
Rechtsprechung und unserem Anspruch, den
40 Bürger entsprechend unseres Auftrags zur
Wahl aufzurufen.

Bereits heute erlauben die Meldegesetzte
vieler Bundesländer den Meldebehörden die
45 Herausgabe von Adressen von
altersbezogenen Gruppen (Erstwähler,
Senioren). Beziehungsweise kann man
personalisierte Werbung „An alle Bewohner
in Musterstraße 1, Leonberg“) durch die
50 Postdienste verteilen lassen.

Wir halten aber solche regulatorischen
Spitzfindigkeiten für falsch und fordern
deshalb ein klar verankertes Recht
entsprechend des Antrags.

**Zeitliche Begrenzung der Zeitliche Begrenzung der
Wählbarkeit von Abgeordneten Wählbarkeit von Abgeordneten**

5 In der Bundesrepublik Deutschland ist zu Ablehnung
beobachten, dass die unbegrenzte
Wählbarkeit von Personen in gesetzgebende
Gremien dazu geführt hat, dass die
Gewählten dazu neigen, möglichst viele
Wahlperioden lang im Bundestag oder in den
Landtagen zu bleiben.

10 Parlamentsabgeordnete/r als Lebenszeitberuf
steht indessen im Widerspruch zu den
demokratischen Idealen, weil dies zu
verkrusteten und ideenarmen Strukturen
führt. Parlamentsneulinge haben in den
meisten Fällen die entschlossene Absicht,
15 ihre politischen Visionen in die Tat
umzusetzen. Dieser Wille geht ab der dritten
Wahlperiode mehr und mehr zugunsten der
Mandatserhaltung verloren.

20 In letzter Zeit ist auch in zahlreichen
Nachbarländern zu beobachten, dass gute
neue Köpfe bei Wahlen deutlich bevorzugt
werden und damit das Interesse der
Wählenden an der Politik erkennbar
25 zunimmt.

30 Unser Bundespräsident darf in seinem Leben
nur zwei Mal gewählt werden,
Verfassungsrichter nur einmal für zwölf
Jahre. Warum hat Wählbarkeit in den
Bundestag und in die Landtage bisher keine
derartige Beschränkung?

35 **Zum Wohle einer lebendigen Demokratie
schlagen wir vor, künftig
Parlamentsabgeordnete nur für 2 bis 3
Wahlperioden von jeweils 4 bis 5 Jahren
zur Wahl zuzulassen.**

40 **Die unverzichtbaren Köpfe könnten die Parteien sich erhalten, wenn sie diese zum Beispiel:**

- 45 • **in Ministerämter berufen, wenn gleichzeitig dafür gesorgt ist, dass jemand nicht gleichzeitig die Legislative und der Exekutive angehören darf**
- 50 • **in die planenden Parteigremien eingliedern, um die Politik zukunftsgerecht fortzuentwickeln.**

55 **Der Vorschlag würde automatisch Nachwuchskräfte fördern und die politische Diskussion beleben und näher an die Wählerbasis bringen, um den Überdruß an der Politik zu überwinden.**

Integration

Antragsbereich Int/Antrag 1

Kennnummer 13483

AG Migration und Vielfalt

Resolution:	Zusammenhalt	Resolution:	Zusammenhalt
stärken - Der Islam gehört zu Deutschland.	stärken - Der Islam gehört zu Deutschland.	stärken - Der Islam gehört zu Deutschland.	stärken - Der Islam gehört zu Deutschland.

In der ersten Jahreshälfte wurden Debatten, Annahme in der Fassung der auch von unserem Bundesinnen- und Antragskommission Heimatminister, befeuert, die Muslime von unserem vom Bundesinnen- und
5 Zugehörigkeit zu Deutschland in Frage Heimatminister ... stellen. Vermehrt werden muslimische
Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Zielscheibe politischen Populismus und
10 stehen seit Monaten unaufhörlich unter Beschuss der Rechtspopulisten, denen sich bedauerlicherweise insbesondere die CSU in ihrer Rhetorik immer weiter annähert. Gleichzeitig weist das Innenministerium 2017 1.000 Straftaten gegen Muslime, u.a. Rechtspopulisten Rechtspopulist*innen
15 Hetzte, Hasskommentare, physische Angriffe und Anschläge auf Moscheen aus. In diesem gesellschaftlichen Klima diese, schon mehrfach geführte Debatte wieder anzufachen, ist besonders verantwortungslos.
20 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern den Innen- und Heimatminister dazu auf, nicht weitere Ausgrenzung zu betreiben, sondern vielmehr seiner verantwortungsvollen Aufgabe als
25 Bundesinnenminister gerecht zu werden. Seine vielfältige Aufgabe reicht von der Rolle als Hüter der Verfassung, Förderer des gesellschaftlichen Zusammenhalts über Integration bis hin zu Sicherheitsaufgaben.
30 Wir fordern daher den Bundesinnenminister auf, die Grundlage unserer modernen, pluralistischen Gesellschaft, nämlich die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen. Sie ist der Garant dafür, dass mit
35 allen Bürgerinnen und Bürgern dieses

Landes, und dazu gehören explizit auch Muslime, daran gearbeitet werden kann, dass unsere gemeinsame Heimat Deutschland ein sicherer und lebenswerter Ort für Alle ist.

40

Während es nach wie vor echte Integrationshemmnisse, insbesondere in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt gibt, führen solche Debatten, die ein Klima der Ausgrenzung und Diskriminierung schüren, zur gesellschaftlichen Spaltung. Gerade wenn es das Ziel ist, islamistischen Extremismus den Nährboden zu entziehen, wäre es sinnvoll, das Zugehörigkeitsgefühl der deutschen Muslimen zu stärken, statt diese weiter zu entfremden. Wir fordern alle Ministerinnen und Minister der Regierung, auch die der CSU, dazu auf, ihr Augenmerk stattdessen unter anderem auf die Beantwortung folgender Fragen zu legen:

45

50

55

- Wie kann ein modernes und gerechtes Einwanderungsgesetz gestaltet werden?
- Wie kann die demokratische Teilhabe aller Mitbürgerinnen und Mitbürger gestärkt werden?
- Wie können Schulen befähigt werden, die ihnen zugetragenen Integrationsaufgaben zu meistern?
- Wie kann Diskriminierung beendet und Integration am Arbeitsmarkt vorangetrieben werden?

60

65

70

75

Wir, die SPD, stehen für ein Klima der Toleranz und Akzeptanz und lassen nicht zu, dass Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zur Zielscheibe von Populisten werden. Die Politik muss Menschen zusammenbringen anstatt sie nach ihrer Herkunft, ihrem Glauben oder ihrer Hautfarbe auseinanderzutreiben.

80

Die SPD Baden-Württemberg solidarisiert sich vor diesem Hintergrund mit den Muslimas und Muslimen in Deutschland und will weiter ihren Beitrag dazu leisten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt wird und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung geschützt wird.

~~Während es nach wie vor echte Integrationshemmnisse, insbesondere in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt gibt, führen solche Debatten, die ein Klima der Ausgrenzung und Diskriminierung schüren, zur gesellschaftlichen Spaltung. Gerade wenn es das Ziel ist, islamistischen Extremismus den Nährboden zu entziehen, wäre es sinnvoll, das Zugehörigkeitsgefühl der deutschen Muslimen zu stärken, statt diese weiter zu entfremden. Wir fordern alle Ministerinnen und Minister der Regierung, auch die der CSU, dazu auf, ihr Augenmerk stattdessen unter anderem auf die Beantwortung folgender Fragen zu legen:~~

- ~~• Wie kann ein modernes und gerechtes Einwanderungsgesetz gestaltet werden?~~
- ~~• Wie kann die demokratische Teilhabe aller Mitbürgerinnen und Mitbürger gestärkt werden?~~
- ~~• Wie können Schulen befähigt werden, die ihnen zugetragenen Integrationsaufgaben zu meistern?~~
- ~~• Wie kann Diskriminierung beendet und Integration am Arbeitsmarkt vorangetrieben werden?~~

~~Die SPD Baden-Württemberg solidarisiert sich vor diesem Hintergrund mit den Muslimas und Muslimen in Deutschland und will weiter ihren Beitrag dazu leisten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt wird und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung geschützt wird.~~

Partei und Organisation

Antragsbereich PO/Antrag 1

Kennnummer 13530

*Ortsverein Heidelberg-Altstadt
(Kreisverband Heidelberg)*

Kreisverband Heidelberg

Konsequenzen aus der Bundestagswahl

1. Wir begrüßen die Entscheidung, eine Überweisung an den Landesvorstand Fortsetzung der Koalition mit der CDU/CSU abzulehnen.
- 5 2. Unsere Vision ist nicht sichtbar geworden. Ein weiter so nach Beschlusslage wäre fatal. Die SPD wird deshalb die nächsten beiden Jahren vorrangig der programmatischen Erneuerung widmen.
- 10 Nötig ist die Aktivierung der Mitglieder durch Beteiligung an der innerparteilichen Willensbildung: Die SPD wird in Vorbereitung der Parteitage regionale
- 15 Fachkonferenzen zu aktuellen politischen Themen durchführen, zu denen alle Mitglieder eingeladen werden. Auf diesen Fachkonferenzen sollen
- 20 a. sachverständige Referenten vortragen und die Positionen im Hearingverfahren vorstellen;
- 25 b. Positionspapiere abgestimmt und auch Minderheitspositionen dokumentiert werden.
- c. Sie sollen durch Fachforen vorbereitet werden, die mitgliederöffentlich tagen.
- 30 Der Bundesvorstand setzt die Themen fest und sichert die organisatorische Durchführung einschließlich der Finanzierung.
- 35

Themen müssen jedenfalls sein:

- 40 i. Wie ist unser Ziel, Wohlfahrt und gutes Leben für alle, erreichbar?
- ii. Was ist gegen die Spaltung der Gesellschaft durch Vermögensungleichheit zu tun?
- 45 iii. Unsere Vorschläge für Steuergerechtigkeit, insbesondere zur Erbschaftssteuer und Unternehmensbesteuerung
- 50 iv. Wie erreichen wir die Bürgerversicherung?
- v. Die Zukunft der Sozialversicherung, insbesondere auch die Wiederherstellung der mit den Hartzreformen verlorengegangenen Sicherheit für die Facharbeiterschaft.
- 55
- vi. Unsere Vision für die Vereinigten Staaten von Europa
- 60
- vii. Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit
- viii. Wie wollen wir gegen die Politikverdrossenheit die direkte Demokratie stärken?
- 65
- ix. Was ist für unser Ziel der Bildungsgerechtigkeit nötig?
- x. Wie können wir einen innovativen Umweltschutz voranbringen?

Antragsbereich Ä/Antrag 23

Kennnummer 13555

Kreisverband Karlsruhe Stadt

Änderungsantrag zum Antrag PO1 Änderungsantrag zum Antrag PO1

Füge ein in Zeile 3:

Erledigt durch Überweisung von PO1

- 5 "Neben der innerparteilichen Willensbildung muss die innerparteiliche Mitbestimmung gestärkt werden. Die Abstimmung über den Koalitionsvertrag 2013 ist ein gutes Beispiel für die Einbeziehung der SPD Basis gewesen. Die Wahl des Kanzlerkandidaten/der Kanzlerkandidatin sollten ebenfalls durch
10 eine Urabstimmung parteiintern entschieden werden. Ferner kann überlegt werden, wichtige Themen/Entscheidungen durch Beschluss auf dem Bundesparteitag von der Basis entscheiden zu lassen."
15

Antragsbereich PO/Antrag 2

Kennnummer 13506

Kreisverband Karlsruhe Stadt

**Ergebnis Bundestagswahl Ergebnis Bundestagswahl
grundlegend analysieren und grundlegend analysieren und
aufarbeiten! aufarbeiten!**

- 5 Die SPD hat nun bei drei Bundestagswahlen in Folge Niederlagen von historischem Ausmaß erlitten. Höhepunkt bildete am 24. September 2017 das schlechteste Bundestagswahlergebnis der Partei in der bundesrepublikanischen Geschichte. Diese Niederlagen müssen umfassend analysiert und aufgearbeitet werden. Hierfür genügt weder eine Handvoll Großveranstaltungen,
10 noch aktionistische und den offensichtlichen Machtinteressen Einzelner geschuldeten Einzelforderungen und Einzelmaßnahmen wie Änderungen am Mindestlohn oder Empfehlung erfolgt mündlich

15 Vorsitzenden-Wahlprozedere! Nötig ist
stattdessen eine umfassende Diskussion an
der die gesamte Partei in ihrer Breite beteiligt
werden muss! Jedes Mitglied muss in seinem
Ortsverein die Möglichkeit haben daran
mitzuwirken.

20 Die Tiefe und Serienmäßigkeit der
Niederlagen verbietet es, die notwendige
Analyse und Aufarbeitung auf taktische
Fragen um Kommunikation,
25 Kandidatenwahl, und Kampagne, oder auf
Sondereffekte (z.B. Landtagswahlen) zu
beschränken. Diese mögen Teilerklärungen
für einzelne Wahlergebnisse bilden, können
aber nicht die Serie der Niederlagen erklären.
30 Stattdessen muss die Partei die Frage
konfrontieren, inwiefern die gegenwärtige
inhaltlich-programmatische Ausrichtung der
SPD für die Niederlagen verantwortlich ist,
und wenn ja, wie eine entsprechende
35 Neuausrichtung auszusehen hat.

Darum fordern wir:

40 1. Auf Bundesebene wird eine
Kommission gebildet aus
Vertreterinnen und Vertretern aller
Landesverbände und Bezirke, die
diese Diskussion koordiniert und
vorantreibt. Dabei soll die relevante
45 wissenschaftliche Expertise aus
Politikwissenschaft und Soziologie
aktiv genutzt werden, inklusive der
Perspektiven von Nichtmitgliedern,
die zu den relevanten
50 Themenbereichen forschen. Zum
nächsten Parteitag wird ein
Zwischenbericht erstattet.

55 1. Alle Ortsvereine werden
aufgefordert, sich aktiv an dieser
Diskussion zu beteiligen und ihre
Ergebnisse in den Kreisverband
einzubringen.

60 1. Die Ergebnisse der
Bundekommission werden erneut
an die Basis zurückgegeben und dort
diskutiert. Als Konsequenz aus

65 dieser Analyse werden politische
Prioritäten abgeleitet, die die
Grundlage für eine inhaltliche
Diskussion sowie ggf.
organisatorische Veränderungen
bilden.

Antragsbereich PO/Antrag 3

Kenntnummer 13531

Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

Neuausrichtung der SPD- Klimapolitik Neuausrichtung der SPD- Klimapolitik

Die Grundwerte der SPD sind die Überweisung an den Landesvorstand
Richtschnur unseres politischen Handelns.
Die darauf beruhenden Ziele werden nur
erreicht, wenn die Bewahrung der natürlichen
5 Lebensgrundlagen und der Klimaschutz bei
jeder politischen Entscheidung berücksichtigt
werden. Wir fordern den Bundesvorstand und
die Bundestagsfraktion auf, diese Tatsache
nicht nur in der Parteiprogrammatik, sondern
10 auch im realpolitischen Handeln zu
berücksichtigen.

1

15 Die Konferenz von Rio vor 25 Jahren gab
weltweit Anstöße, die in den Bereichen
Solidarität der Völker untereinander und
Generationengerechtigkeit Maßstäbe setzten.
Einflüsse gab es auch auf die Politik der SPD.
20 So hatten SPD-Parlamentarier
entscheidenden Einfluss bei der Schaffung
des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG)
im Jahre 2000 und jüngst bei den
Verhandlungen zum Klimaabkommen von
25 Paris.

2

30 Die Gesamtausrichtung der Politik der SPD
wird jedoch den schon vor einem
Vierteljahrhundert in Rio erkannten
Grundsätzen der Nachhaltigkeit nicht

35 gerecht. Dies zeigt sich beispielhaft an den
nachfolgend genannten Politikfeldern.

3

40 In der Energiepolitik klammert sich die SPD
beim Strom und beim Verkehr an fossile
Energien. Sie bewirkt, dass sich der Ausbau
erneuerbarer Energien drastisch verlangsamt
und selbst die bescheidenen Ziele der
45 bisherigen Bundesregierung zum
Klimaschutz krachend verfehlt werden. Diese
Politik trägt dazu bei, dass es bereits heute
weltweit Millionen von Klimaflüchtlingen
gibt. Notwendig ist eine Politik, die den
Klimawandel, wie in Paris vereinbart,
50 begrenzt, um künftige Generationen vor
Hitzewellen, Überschwemmungen,
Extremwetterlagen, Wüstenbildung und
steigenden Meeresspiegeln zu schützen.

55 4

Die Landwirtschaftspolitik findet in der SPD
kaum statt und wenn, ohne das Ziel nach
Reformen. Weder Massentierhaltung mit
60 entsprechendem Medikamenteneinsatz noch
durch Monokulturen entstandene
Agrarwüsten, die über Insektensterben und
nachfolgend Vogelsterben zu massivem
Artenrückgang führen, stoßen bei der SPD
65 auf Ablehnung. Ein Konzept für eine
nachhaltige Landwirtschaft, die auch den
Tierschutz thematisiert, ist zwar in Ansätzen
im Parteiprogramm enthalten, spielte aber
bislang in der Realpolitik, auch wenn die SPD
70 das zuständige Ministerium führte, praktisch
keine Rolle.

5

75 Es ist Aufgabe der Führungsgremien der
SPD, ihre Verantwortung wahrzunehmen und
in allen Politikfeldern die bestehenden
Defizite aufzudecken. Darauf aufbauend ist
eine Strategie zu entwickeln, die die
80 Bewahrung der natürlichen Lebensgrund-
lagen und den Klimaschutz priorisiert, um
den Grundwerten der SPD gerecht zu werden.
Auf dieser Basis einer enkeltauglichen Politik

85 kann die SPD eine Aufbruch-stimmung erzeugen, einen Turnaround bei der Wählerzustimmung schaffen und engagierte Mitglieder sowie Sympathisanten mobilisieren.

Antragsbereich PO/Antrag 4

Kennnummer 13532

AG Selbst Aktiv

Umsetzung der UN-BRK in der Parteiarbeit Umsetzung der UN-BRK in der Parteiarbeit

5 Zur aktiven Umsetzung der UN-BRK in der Parteiarbeit der SPD soll neben dem Gebärdendolmetschern auch der Einsatz von SchriftdolmetscherInnen bei allen Landes- und Bundesparteitag, Kongressen, Vorträgen, Foren und sonstigen Veranstaltungen Pflicht werden, damit Menschen mit Hörschädigungen die aktive und gleichberechtigte Teilnahme an diesen 10 Veranstaltungen ermöglicht wird.

Begründung:

15 In der Kommunikationshilfenverordnung des Bundesbehinderten-Gleichstellungsgesetzes (BGG) und im Sozialgesetzbuch Neun(SGB IX) ist der gesetzliche Anspruch von hörgeschädigten Menschen auf einen/eine SchriftdolmetscherIn geregelt. 20 SchriftdolmetscherInnen übersetzen unparteiisch und unterliegen den gesetzlichen Regelungen der Schweigepflicht und des Datenschutzes und erstellen je nach Bedarf gleichzeitig das Protokoll. 25 SchriftdolmetscherInnen übertragen nahezu zeitgleich zur Rede das gesprochene Wort in Schriftsprache. So kann alles gesprochene auf einer Beamer-Leinwand oder einem Laptop mitgelesen und anschließend 30 schriftlich zur Verfügung gestellt werden. Es liegt immer ein komplettes Wortprotokoll der Veranstaltung vor.

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zur aktiven Umsetzung der UN-BRK in der Parteiarbeit der SPD soll **bei Bedarf** neben dem Gebärdendolmetschern auch der Einsatz von SchriftdolmetscherInnen bei allen Landes- und Bundesparteitag, ~~Kongressen, Vorträgen, Foren und sonstigen Veranstaltungen~~ Pflicht werden, damit Menschen mit Hörschädigungen die aktive und gleichberechtigte Teilnahme an diesen Veranstaltungen ermöglicht wird.

Antragsbereich Ä/Antrag 24

Kennummer 13556

**Änderungsantrag zum Antrag Änderungsantrag zum Antrag
PO4 PO4**

Ersetze im Titel „BRK“ durch Annahme
„Behindertenrechtskonvention“.

Antragsbereich PO/Antrag 5

Kennummer 13462

*Ortsverein Friedrichshafen
(Kreisverband Bodensee)*

Kreisverband Bodensee

**Ergänzung der Satzung der SPD Ergänzung der Satzung der SPD
durch die Aufnahme einer Frist durch die Aufnahme einer Frist
für das aktive Wahlrecht in der für das aktive Wahlrecht in der
Partei. Partei.**

1. Der Landesvorstand wird aufgefordert, Ablehnung
sich dafür einzusetzen, dass in das
Organisationsstatut der SPD in § 5 ein
ergänzender Passus aufgenommen wird, der
5 regelt, dass das aktive Wahlrecht bei
Abstimmungen und Wahlen nur durch
Parteimitglieder ausgeübt werden kann, die
eine - laut Statut festgelegte Zeit – in der
Partei Mitglied sind.

10 § 5 Rechte und Pflichten aus der
Mitgliedschaft

(1) Jedes Mitglied hat das Recht, sich im
15 Rahmen der Statuten an der politischen
Willensbildung, den Wahlen und
Abstimmungen zu beteiligen, und die Pflicht,
die Ziele der Sozialdemokratischen Partei zu
unterstützen. Es hat Antrags- und Stimmrecht
20 in der Mitgliederversammlung des
Ortsvereins.

**Neu: Das Aktive Wahlrecht – also die
Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen
innerhalb der Partei – kann vom Mitglied**

25 **frühestens X Wochen/Monate nach**
 Aufnahme in die Partei ausgeübt werden.

Begründung:

30 Im Zusammenhang mit der Ankündigung
 eines Mitgliederentscheides zum
 Koalitionsvertrag und einer
 Regierungsbeteiligung der SPD im Bund,
 wurde von Teilen der Partei eine
35 Mitgliederkampagne initiiert. Nur vom
 01.01.2018 bis zum 06.02.2018 traten ca.
 25.000 Mitglieder (Zuwachs von ca. 5 %)
 kurzfristig in die Partei ein.
 Die Parteispitze hat am 29.01. kurzfristig
40 bekannt gegeben, dass alle Mitglieder,
 welche die folgenden 8 Tage von den
 Ortsvereinsvorständen aufgenommen
 werden, am Mitgliedervotum teilnehmen
 dürfen. Die Ortsvereinsvorstände mussten in
45 dieser knappen Zeit über viele
 Neuaufnahmen entscheiden, nur weil eine
 Abstimmung oder Wahl bevorstand und der
 Stichtag 06.02. eingehalten werden sollte.

50 Durch eine Fristen-Regelung in der Satzung
 soll es künftig eine klare und einheitliche
 Regelung geben, die der Transparenz und
 Planungssicherheit dient. Dann muss auch
 nicht kurzfristig von der Parteiführung
55 bekannt gegeben werden, wann man
 spätestens beigetreten sein muss, um noch an
 der Abstimmung teilnehmen zu können, denn
 es gilt dann die in der Satzung geregelte Frist.
 Die Frist soll sinnvollerweise so bemessen
60 sein, dass Zeit zur Kontaktaufnahme der
 Ortsvereinsvorstände mit Neumitgliedern
 und einem verantwortungsvollen Aufnahme-
 Beschluss sowie der Partei für
 organisatorische Vorbereitungen bleibt.

65 Gemäß § 37 Organisationsstatut kann das
 Parteistatut nur von einem Parteitag mit
 Zweidrittelmehrheit geändert werden.
 Deshalb soll sich der Landesvorstand bei der
70 Bundespartei für eine Statuten-Änderung
 einsetzen.

Es gibt Beispiele anderer Parteien, bei denen
eine zweimonatige Mitgliedszeit abgewartet

75 werden muss, um das aktive Wahlrecht auszuüben oder bei denen ab dem Tag der Antragsstellung eine Gastmitgliedschaft beginnt, welche dann nach Ablauf einer Frist zur Mitgliedschaft mit Wahlrecht führt.

80

Antragsbereich PO/Antrag 6

Kennnummer 13463

Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

Delegiertenwahl

Delegiertenwahl

Antrag zur Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag Überweisung an die Arbeitsgruppe "Strukturreform" des Landesvorstands

5 Wir beantragen, dass die Delegierten zum Bundesparteitag zukünftig über einen vorher festzulegenden Schlüssel in den Kreisverbänden im Rahmen einer Mitgliederversammlung oder Kreisdelegiertenkonferenz gewählt werden.

10

Begründung: Derzeit werden die 47 Delegierten für den Bundesparteitag im Rahmen eines Landesparteitags per Listenwahl gewählt. Dies hat bei der letzten
15 Wahl dazu geführt, dass etliche Landkreis gar keine*n Delegierte*n stellen können. Häufig hat es dabei Kreise getroffen, die auch keine Abgeordneten in Land- oder Bundestag mehr haben und somit tatsächlich von der
20 Bundespartei abgeschnitten sind. Andere – meist städtische – Kreise hingegen sind gleich mit mehreren Delegierten auf den Bundesparteitag vertreten. Ein fester Schlüssel und eine Wahl auf Kreisebene
25 sollen dazu führen, dass jeder Kreisverband mit einem Delegierten vertreten ist.

30 Das derzeitige Verfahren hat zusätzlich den Nachteil, dass viele Delegierte bei mindestens 24 abzugebenden Stimmen eine ganze Reihe von Kandidat*innen wählen müssen, die ihnen bestenfalls dem Namen nach bekannt sind. Auch dieses Problem würde bei einer Wahl auf Kreisebene

- 35 entfallen. Und die Mitglieder vor Ort hätten einen direkten Ansprechpartner für Bundesthemen, an den sie sich persönlich wenden können, was das derzeit häufig vorherrschende Gefühl von „wir hier unten – die da oben“ etwas aufheben könnte.

Antragsbereich PO/Antrag 7

Kennnummer 13471

Ortsverein Bad Krozingen-Hartheim

(Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald)

	Politik vermittelt werden	muss	verständlich	Politik vermittelt werden	muss	verständlich
5	Nach den letzten Wahlen hat die SPD in vielen Veranstaltungen auf unterschiedlichen Ebenen eine Analyse vorgenommen, weshalb die Wählerinnen und Wähler nicht mehr in ausreichender Zahl erreicht werden und die Zustimmung zur Sozialdemokratie aktuell weiter sinkt.			Annahme		
10	In vielen Debattenbeiträgen wurde auch eine gewisse Distanz zwischen in der Partei aktiven Politikerinnen und Politikern und einfachen Mitgliedern sowie den Bürgerinnen und Bürgern erkennbar.					
15	In einem einfachen Teilbereich können wir kurzfristig dafür sorgen, dass Politik im Allgemeinen und unsere Positionen im Besonderen verständlicher vermittelt werden.					
20	Hierzu ist es notwendig:					
25	1.) Eindeutige, inhaltliche Positionen und Werte der SPD auch eindeutig zu vertreten. Kein lamentieren, relativieren, mit leeren Worthülsen argumentieren.					
30	2.) Fremdwörter, Fachbegriffe vermeiden oder zumindest erklären. Was z.B. im Zusammenhang mit Flüchtenden "Subsidiärer Schutz" ist, weiß kaum jemand und trotzdem verwenden wir diesen Begriff.					

3.) Um die Menschen mit unseren Ideen und Vorstellungen zu erreichen, müssen wir eine bildhafte Sprache verwenden, in Gesprächen, Debattenbeiträgen aber auch schriftlichen Veröffentlichungen.

Antragsbereich PO/Antrag 8

Kenntnummer 13477

Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

Empfänger:

SPD-Parteivorstand

**Einrichtung
Kommunikationszentrums
Willy-Brandt-Haus**

**eines Einrichtung
im Kommunikationszentrums
Willy-Brandt-Haus**

**eines
im**

Wir benutzen oft eine Sprache, die die Menschen nicht verstehen und oft genug wir selbst nicht. Wir reden von subsidiär Schutzberechtigten, wo von Folter und Tod bedrohte Menschen gemeint sind und diskutieren eine Lebensleistungsrente, die genau die Lebensleistung nicht honoriert, sondern eine Billigrente ist. Erik Flügge hat sehr eindrücklich darauf hingewiesen und die Einrichtung eines Kommunikationszentrums gefordert, dass diese kalte Bürokratsprache ausmerzt.

Wir beantragen nun die Einrichtung dieses Zentrums und allgemein die Schaffung eines Sprachgebrauchs, der die Dinge beim Namen nennt und die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger wiedergibt.

Antragsbereich PO/Antrag 9

Kennnummer 13478

Kreisverband Enzkreis

Empfänger:

Bundesparteitag

Mehr Demokratie wagen

Mehr Demokratie wagen

- 5 Der SPD-Bundesparteitag möge die Verankerung konsultativer Mitgliederbefragungen bei der Wahl der/des Parteivorsitzenden im SPD- Organisationsstatut beschließen und dies zukünftig online/digital durchzuführen.
- Begründung:**
- 10 2013 und 2018 konnten die SPD Mitglieder über den Eintritt der SPD in eine große
- 15 Koalition mitentscheiden. So muss es nun auch möglich sein, dass alle Mitglieder
- 20 über die Frage der eigenen Parteiführung direkt mitbestimmen können. Direkte Beteiligung der Mitglieder schafft so auch wieder Vertrauen zur Parteispitze.
- 25 Durch die Verankerung konsultativer Mitgliederbefragungen verbleibt die Vorsitzwahl
- 30 beim Parteitag, vorher würden aber die Mitglieder nach ihrer Meinung gefragt. 1993 führte die SPD als erste Partei solch eine Mitgliederbefragung durch. Seitdem haben
- 35 zahlreiche Landesverbände ebenso ihren Vorsitzenden bestimmt, so auch in Baden-Württemberg 2009 oder die bayerische SPD 2017.
- Eine online durchgeführte Befragung spart Zeit und Kosten und wird dem Zeitalter und Wandel der Digitalisierung gerecht.

**Urabstimmung
Parteivorsitz**

**um den Urabstimmung
Parteivorsitz**

um den

Die SPD Baden-Württemberg möge beschließen:

Erledigt durch Annahme von Antrag PO 9 in der Fassung der Antragskommission

- 5 Den Delegierten beim Bundesparteitag zu empfehlen, eine Satzungsänderung herbeizuführen, damit der Parteivorsitz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zukünftig per Urabstimmung von allen Mitgliedern gewählt werden möge, sofern
10 mehrere Bewerber*innen zur Wahl stehen.

Begründung:

- 15 Die SPD muss in der heutigen Zeit ihre Mitglieder ansprechen und beteiligen. Formen der Direkten Demokratie sind wichtig. Insbesondere wenn sich die SPD in schwierigem Fahrwasser befindet, benötigt die SPD eine Führungsspitze die von der
20 Basis akzeptiert und getragen wird. So ist echte Einigkeit innerhalb der Partei und Akzeptanz der Führungsspitze gewährleistet. Zusätzlich bedeutet dies, dass die SPD für Neumitglieder attraktiver wird. Zeugnis
25 hierfür war das Mitgliedervotum 2018.

- Auch innerhalb der Bevölkerung wird ein solches Zeichen von Demokratie der SPD Zuspruch gewährleisten. Immer mehr
30 Menschen und Parteimitglieder erheben Anspruch auf demokratischere Prozesse auch innerhalb von Parteien, dies stärkt die Glaubwürdigkeit der Partei selbst und ist somit der richtige Schritt hin zu einer
35 progressiven, sozialen und modernen Partei.

SPD- Newsletter effizienter nutzen SPD- Newsletter effizienter nutzen

Die SPD Baden-Württemberg möge Ablehnung beschließen:

5 Den regelmäßig versandten Newsletter der SPD effizienter zu gestalten um die Informationsflut an die Mitglieder durch einheitliche Informationsschreiben zu ersetzen.

10 Hierfür möge die SPD für alle Ebenen nur noch einen Newsletter versenden und darin die Inhalte aller, für das jeweilige Mitglied in Frage kommenden, Parteigremien- und Gliederungen aufnehmen.

15 **Begründung:**

20 Während der letzten Wahlkämpfe beklagten viele Mitglieder zu viele Emails von unterschiedlichen Gremien und Gliederungen mit oft gleichlautendem Inhalt erhalten zu haben. Nicht nur empfanden dies viele Mitglieder als störend, sondern es führte auch zu einer Unübersichtlichkeit der Informations- und Terminweitergabe.

30 Abhilfe hierfür könnte ein gremien- und gliederungsübergreifende Newsletter-Plattform sein. Ein Format, in welchem sowohl Neuigkeiten aus dem Williy-Brandt-Haus, sowie Infos der Landespartei enthalten sind und in welchem der entsprechenden Kreisverband, sowie der Ortsverein oder Unterbezirk ihr Nachrichten und Termine einpflegen kann.

40 Diese empfänger- und empfängerinnenfreundliche Variante der Informationsweitergabe dient der besseren Kommunikation und kann dazu beitragen, dass Informationen eher abgerufen werden,

wenn nur eine E-Mail angeklickt werden muss, statt täglich mehrere.

Antragsbereich PO/Antrag 12

Kennnummer 13486

Kreisverband Freudenstadt

Für die Frauenquote von 50% innerhalb der Jugendquote für die SPD Baden-Württemberg Für die Frauenquote von 50% innerhalb der Jugendquote für die SPD Baden-Württemberg

Die SPD Baden-Württemberg möge Überweisung an den Landesvorstand beschließen:

5 Auf dem Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg am 18.11.2017 wurde eine weiche Jugendquote von 10% bei der Besetzung von Listenplätzen beschlossen. Darauf aufbauend beantragt der SPD KV Freudenstadt, dieser verabschiedeten
10 Jugendquote einen Frauenanteil von 50% einzuschreiben, da die SPD diesen Frauenanteil langfristig innerhalb aller Gremien und Listen der Partei über alle Organisationsebenen hinweg anstrebt.

15

Begründung:

20 Die SPD als Volkspartei hat den Anspruch, die Gesamtbevölkerung in ihren Verhältnissen abzubilden. Dies bedeutet ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen (je ca. 50%) innerhalb der Partei herzustellen. Dieses Verhältnis ist bisher nicht in den Gremien und auf den
25 Listen der Partei abgebildet. Deshalb ist es ein Ziel der SPD sich im Rahmen des Erneuerungsprozesses über die nächsten Jahre hinweg jünger und weiblicher aufzustellen. Ein erster Vorstoß in diese
30 Richtung ist die von der SPD Baden-Württemberg beschlossene weiche Jugendquote von 10%.

35 Der SPD KV Freudenstadt setzt sich seit Jahrzehnten intensiv für Gleichstellungspolitik, nicht nur innerhalb

der Partei, ein. Dies in Übereinstimmung mit
dem langfristiges Ziel der
40 Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
die vollständige Gleichberechtigung der
Geschlechter voranzutreiben und
umzusetzen. Dies bedeutet, die große Zahl
junger und weiblicher Neumitglieder in der
Partei auch in den Gremien und auf den
45 Listen abgebildet zu sehen.

In konsequenter Fortführung der Argumente
für die Jugendquote ist es geboten, den
Frauenanteil innerhalb der Jugendquote
50 bereits jetzt auf 50% festzulegen. Damit wird
die tatsächlich förderungswürdige Gruppe
der Frauen im Sinne der Gleichberechtigung
und des Geschlechterverhältnisses der
Gesamtbevölkerung gefördert. Die
55 Quotierung muss, wie alle
Listenaufstellungen im
Reisverschlussverfahren umgesetzt werden.

Umwelt und Verkehr

Antragsbereich UV/**Antrag 1**

Kennnummer 13480

AfA Baden-Württemberg

Empfänger:

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktion

Den Wandel in der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer gut gestalten **Den Wandel in der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer gut gestalten**

Die Automobilindustrie steht vor einer großen Herausforderung. Umweltpolitische Aspekte, Veränderungen im Mobilitätsverhalten und technologischer Wandel bedeuten einen extremen Wandel in den nächsten Jahren. Wir wollen eine umweltverträgliche Mobilität und unterstützen den Veränderungsprozess insbesondere auch hin zu einem öffentlichen Verkehr. Wir wollen in Deutschland weiterhin an der Spitze einer zukunftsfähigen Mobilität stehen. Wir wissen, wir müssen unseren Spitzenplatz behalten, um Arbeitsplätze und damit die finanzielle Grundlage vieler Arbeitnehmer und ihrer Familie dauerhaft zu sichern.

Der prognostizierte Wandel löst auch Ängste aus. Habe ich einen sicheren Arbeitsplatz? Gibt es weiterhin Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche? Habe ich die Möglichkeit zu einer für mich passenden Weiterbildung oder Qualifizierung? Dies sind nur ein paar Schlaglichter in die Gefühlswelt unserer Kolleginnen und Kollegen.

Wir als SPD haben schon viele schwierige Beschäftigungssituationen gut gestaltet und den betroffenen Kolleginnen und Kollegen die Zukunft gesichert. Z.B. haben nur das schnelle Eingreifen mit der Abwrackprämie und die Veränderungen beim Kurzarbeitergeld in der Krise 2008/2009

35 vieles gesichert und den anschließenden
Aufschwung ermöglicht. Die SPD steht für
einen guten Wandel, der unsere Kolleginnen
und Kollegen mitnimmt und nicht überfordert
oder auf der Strecke liegen lässt.

40 Bei dem anstehenden Wandel in der
Automobilindustrie und bei ihren Zulieferern
müssen unsere Kolleginnen und Kollegen
wieder erleben, dass die SPD in enger
Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften
45 und den Betriebsräten die
Rahmenbedingungen für eine gute Zukunft
schafft.

Für uns hat der Erhalt einer zukunftsfähigen
50 Industrie einen hohen Stellenwert.
Industrielle Großserienfertigung bietet für
viele ein gutes Einkommen. Diese meist
tarifgebundenen Arbeitsplätze sind das
Rückgrat von gutem Leben und gesicherter
55 Kaufkraft.

Unter anderen halten wir für einen guten
Wandel folgende Punkte für besonders
wichtig!

- 60
1. Eine Stabstelle beim
Bundesarbeitsministerium zur
Koordinierung aller anstehenden
Fragen des sogenannten
65 Transformationsprozesses in der
Automobilindustrie!
 2. Gründung eines nationalen
Transformationsbeirats beim
Bundesarbeitsministerium unter
70 Einbindung aller Akteure
(Betriebsräte, Gewerkschaften,
Unternehmen, Arbeitgeberverbände,
Bundesagentur für Arbeit)!
 3. Gute Schulausbildung mit einem
75 weiteren Bildungsschwerpunkt:
Umgang mit Veränderung und
lebensbegleitender
Weiterqualifizierung!
 4. Offene Berufsschulen und
80 Universitäten mit gutem und
kostenfreiem Angebot zur
Weiterqualifizierung von
Arbeitnehmer*Innen!

- 85 5. Einen wesentlichen Ausbau der
Fachhochschul- und
Universitätskapazitäten im Bereich
der Informatikstudiengänge, um für
die Zukunftstechnologien in der
Automobilindustrie ausreichend
90 personell gerüstet zu sein!
6. Rechtsanspruch auf Qualifizierung!
7. Gestaltung eines „4. Bildungswegs“
für Kolleginnen und Kollegen, die
auf Grund veränderter Technologien
95 sich nochmals neu ordnen müssen.
Unter dieser Gestaltung verstehen
wir die schulische oder universitäre
Infrastruktur und eine gute
finanzielle Unterstützung!
- 100 8. Verbesserte Beratungsangebote der
Bundesagentur für Arbeit für
Betroffene, Betriebsräte,
Unternehmen, Gewerkschaften und
Kommunen!
- 105 9. Bereitstellung von staatlichen
Mitteln für die Schaffung einer
bundesweiten
Mobilitätsinfrastruktur, um den
Umstieg auf alternative Antriebe
110 nachhaltig zu unterstützen. Zum
Beispiel durch: Ausgewiesene und
ggf. staatlich mitfinanzierte
Experimentierfelder für andere
Mobilitätskonzepte z.B. in
115 Großstädten oder im ländlichen
Raum!
10. Bereitstellung von öffentlichen
Fördergeldern für neue
Zukunftstechnologien, wie z.B.
120 Brennstoffzellenforschung,
Batteriezellenforschung und weiterer
alternativer Antriebe!
11. Entwicklungsanreize für
Unternehmen und Start-Up's bei
125 Verbindung mit einer anteiligen
verbindlichen Fertigung vor Ort!
12. Die betriebliche Mitbestimmung ist
zu stärken und in den gesamten
Prozess der anstehenden
130 Veränderungsmaßnahmen
unmittelbar einzubeziehen!
13. Eine wirksame Mitbestimmung der
Betriebsräte für den

135 Transformationsprozess und bei
Fremdvergaben sowie gegen den
Missbrauch von Werkverträgen.
Dem Ersatz fester Arbeitsplätze
durch Leiharbeitseinsatz,
140 Befristungen und Fremdvergabe
muss wirksam widersprochen
werden können!

14. Schaffung von sozialverträglichen
Arbeitsmarktinstrumenten und
tarifpolitischen Lösungen, um die
145 beschäftigungspolitischen Folgen
des Transformationsprozesses
abzumildern!

15. Ausbau der Altersteilzeit mit der
Möglichkeit, Zeiten der Arbeitsphase
mit bezahlter Freistellung des
150 Arbeitgebers aufzufüllen!

16. Verlängerung des
Kurzarbeitergeldes!

17. Flächen der industriellen Nutzung
155 müssen als solche erhalten bleiben!

Viele Inhalte dieses Antrages sind auch für
andere Branchen im Rahmen der
Wertschöpfungskette, andere Industrien,
160 Branchen und Dienstleistungsbereiche, die
vom Strukturwandel betroffen sind oder
werden, übertragbar. Insofern kann dieser
Antrag auch als „Blaupause“ für andere
Wirtschaftsbereiche übernommen werden,
165 die durch verschiedenste Einflüsse, wie z.B.
der fortschreitenden Digitalisierung, der
Energiewende oder der ausufernden
Globalisierung einem sehr starken
Strukturwandel unterliegen.

170

175

**E-Mobilität: Ladeinfrastruktur in
der Fläche**

**E-Mobilität: Ladeinfrastruktur in
der Fläche**

1. Wir wollen, dass zur Förderung der Elektromobilität die Ladeinfrastruktur in der Fläche zügig ausgebaut wird. Dieser Ausbau muss nach den Bedürfnissen der Nutzer erfolgen und darf nicht durch Eigeninteressen der Energieversorger verzögert werden. Überweisung an die Landtagsfraktion
2. Die Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass Baden-Württemberg eine nutzerorientierte Planung für die Errichtung und Optimierung der Ladesäuleninfrastruktur und für die zeitnahe Umsetzung in ganz Baden-Württemberg erstellt. Hierfür nimmt sie Kontakt mit der NOW GmbH (<https://www.now-gmbh.de/de/bundesfoerderung-elektromobilitaet-vor-ort>), einer bundeseigenen Gesellschaft zur Förderung der E-Mobilität und der nationalen Plattform Elektromobilität auf (<http://nationale-plattform-elektromobilitaet.de>), einem Beratungsgremium der Bundesregierung mit Vertreter aus Industrie, Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften und Verbänden.
3. Um die Installation von Wallboxen in Privathaushalten und bei Arbeitgebern zu forcieren wollen wir zielgerichtete Informationen für diese Zielgruppen und befürworten die Förderung für die Beschaffung von privaten Ladesäulen mit der

- Ladestärker zwischen 11 und 22 kw
mit 500 € pro Haushalt zusätzlich zu
anderen bestehenden
Bundesprogrammen.
- 40 4. Um die Installation im
halböffentlichen Raum (Hotels,
Restaurants, Einkaufszentren,
Freizeiteinrichtungen) zu forcieren
45 sollen entsprechende Informationen
für Ladesäulen zwischen 23 und 49
kw-Ladeleistung erstellt werden und
pro Ladeanschluss ein Zuschuss von
750 € gewährt werden.
- 50 5. Im öffentlichen Raum, an zentralen
Parkplätzen, in Tiefgaragen, an
Verkehrsknotenpunkten und
Bahnhöfen sollen durch
Gebietskörperschaften Ladesäulen
55 mit 50 bis zu 100 kw-Ladeleistung
installiert werden und deren
Installation mit 1.000 € je
Ladeanschluss durch das Land
gefördert werden.
- 60 1. Der Zuschuss für Ladesäulen im
halböffentlichen und öffentlichen
Raum wird nur gewährt, wenn die
Ladesäulen mit einfach zu nutzenden
65 Bezahlmöglichkeiten ausgestattet
sind. Die Bezahlung ist immer
mindestens über eine der folgenden
vier Varianten direkt vor Ort
möglich: Entweder ohne
70 Authentifizierung 1. kostenlos oder
2. bargeldbasiert oder aber mit einer
Authentifizierung an der Ladesäule
bargeldlos über 3. ein kartenbasiertes
75 (z.B. EC- oder Kreditkarte) oder 4.
ein webbasiertes Zahlungsverfahren
wie eine App.

Begründung:

- 80 In einigen Gemeinden werden derzeit
Elektromobilitätskonzepte erstellt, die meist
von Energieversorgern erarbeitet werden
sollen. Die Niederspannungsnetze der
Energieversorger (letzte Meile zu den
85 Haushalten) entsprechen häufig nicht dem
zukünftigen Bedarf und müssen ausgebaut

90 werden. Dies erfordert Investitionen und
 schmälert die Gewinne der Energieversorger.
 Deshalb versuchen die Energieversorger den
 notwendigen Ausbau der Ladeinfrastruktur
 zu verzögern und diesen Ausbau
 entsprechend ihren bestehenden Netzen zu
 planen.

95 Nutzer von E-Mobilen haben aber
 Ansprüche, die nicht den Ausbauwünschen
 der Energieversorger entsprechen. (So ist es
 beispielsweise erhellend, dass es dem
 100 Autohaus Märtin in Freiburg verwehrt wurde,
 die gewünschte Anzahl an Ladesäulen beim
 Neubau des Autohauses zu installieren, weil
 sonst das das Netz der Badenova optimiert
 werden müsste.)

105 Die Ladesäulen müssen von der Ladeleistung
 ja nach Ladesäulenanbieter differenziert
 ausgebaut werden.

110 Bei privaten Haushalten, Pensionen und
 Hotels kann über Nacht geladen werden, da
 genügen 11 bis 22 kw-Säulen, bei
 Restaurants, Fitnessstudios usw. sollte die
 Leistung schon 23 bis 49 kw betragen, da
 man meist nur 1 bis 2 Stunden beim Essen /
 115 Training ist. Öffentliche Säulen an zentralen
 Parkplätzen und Verkehrsknoten sollten 50
 bis zu 100 kw liefern, damit auch in kurzen
 Zeiten von 30 bis 60 Minuten vernünftige
 Ladeergebnisse erreicht werden. (Der neue
 120 Jaguar i-Pace benötigt 40 Minuten für 80%
 Batteriefüllung bei 100 kw-Ladesäule,
<https://www.jaguar.de/jaguar-modelle/i-pace/electric-vehicles/index.html>) . Sinnvoll
 ist an Parkplätzen eine Mischung
 125 verschiedener Ladestärken von 22 kw
 aufwärts.

130 Entscheidend ist, dass die Ladesäule nicht auf
 den Einheimischen, der meist bei sich
 zuhause eine Wallbox installieren kann,
 ausgerichtet ist, sondern auf den Besucher
 von außerhalb. Dieser benötigt die Sicherheit,
 problemlos laden zu können, um wieder nach
 Hause zu kommen.

135

Und da sind wir beim Bezahlungssystem:
Energieversorger bietet Säulen, die zum
Bezahlen an eigene Verträge oder den
140 Verbund der Stadtwerke angebunden sind
(ladenetz.de). Dem hat sich jetzt immerhin
auch EnBW angeschlossen, aber trotzdem
fehlen noch viele andere, z.B. der ZE-Pass
(Anbieter Bosch). Es bleibt dabei: um mit
145 einem E-Mobil durch Deutschland zu
kommen, benötigt man derzeit eine Vielzahl
verschiedener Karten verschiedener
Anbieter. Zum Vergleich: in jedem Tante-
Emma-Laden im hintersten Dorf der
150 Republik kann ich mit meiner Bank-
GiroCard bezahlen.

Das Ladesäulenbezahlungssystem ist
nutzerfeindlich, keiner würde es akzeptieren,
155 wenn er beim Betanken seines
Verbrennungsmotors jeweils eine
Kundenkarte von ARAL, Shell, Esso, Bft ...
dabei haben müsste.

160 Das Konzept muss also so aufgebaut sein,
dass ein einfaches und für jeden nutzbares
Bezahlungssystem integriert ist.

Die SPD sollte erreichen, dass die Konzepte
165 Angebote für die verschiedenen potentiellen
Ladesäulen-Anbieter beinhalten, d.h. ein
Vorschlag für Hotels, für Restaurants, für
Einzelhandelsgeschäfte... und auch für
Privathaushalte zum gemeinsamen Einkauf
und zur gemeinsamen Installation von
Ladesäulen entsprechend dem oben
geschilderten jeweiligen Bedarf mit einem
einheitlichen Zahlungssystem (nicht bei
Privathaushalten, da ist das ja nicht nötig).
Und eine entsprechende Information für diese
potentiellen Ladesäulen-Anbieter

Giga-Liner einschränken

Giga-Liner einschränken

Die SPD spricht auf sich gegen einen Annahme
regulären Betrieb von Lang-LKW (Giga-
Liner) aus. Ebenso ist die
Genehmigungspraxis für Schwertransporte
5 einzuschränken. Schwertransporte dürfen
maximal bis zu einer Strecke von 50 km
genehmigt werden. Dabei hat der Spediteur
bei der Antragstellung schriftlich
10 nachzuweisen, dass ein anderer Transport
technisch oder aufgrund fehlender Schiffs-
oder Gleisanbindung nicht möglich ist.

Stattdessen soll der Güterverkehr verstärkt
auf die Schiene verlegt und Güterbahnhöfe
15 neu und ausgebaut werden. Um einen Anreiz
zu schaffen den Güterverkehr auf die Schiene
zu verlagern sollen an vorhanden
Gewerbegebiete oder
Verkehrsknotenpunkten
20 Güterverladestationen für einen schnellen
Verladeverkehr eingerichtet werden. Der
Abstand zwischen den einzelnen
Güterverladestationen soll an die
strukturellen Gegebenheiten angepasst
25 werden. Dabei soll in jedem größeren
Industriegebiet eine Verladestation
eingerrichtet werden.

Begründung:

30 Der Einsatz von Lang-LKW bietet den
falschen Ansatz um den wachsenden
Güterverkehr auf der Straße einzudämmen.
Durch einen effizienteren Einsatz von LKWs
35 besteht die Gefahr, dass noch mehr Güter auf
der Straße transportiert werden. Darüber
hinaus besteht durch die Länge der Lang-
LKW eine erhöhte Gefahr beim Überholen
dieser.

40

Ein dichteres Netz von Güterbahnhöfen hingegen würde die Transportwege auf der Straße merklich verringern und einen Beitrag zur Entlastung der Straße und der Umwelt führen.

Antragsbereich UV/Antrag 4

Kenntnummer 13469

Kreisverband Reutlingen

Verkehrsinfrastruktur bleibt in öffentlicher Hand

Die verwalteten Verkehrsinfrastruktur, Annahme und Überweisung an die Straßen, einschließlich der Autobahnen, Bundestagsfraktion und die Landtagsfraktion Wasserstraßen, Flugplätze und Schienenwege bleiben in öffentlicher Hand.

5

Um dieses für die Freizügigkeit des Einzelnen wie auch für die Wirtschaft wichtige Staatsvermögen effektiv zu verwalten, wird die Struktur der Verkehrsverwaltungen neu geordnet.

10

Die Behörden für Luftfahrt, Wasserstraßen, Bahn- und Straßenbau werden zu einer einheitlichen dreigliedrigen Verwaltung (Oberer Verwaltungsbehörde - auf Bundesebene), Mittelbehörde - auf Landesebene - und Untere Verwaltungsbehörde - auf der Ebene der Kommunalverkehrsverwaltung) zusammengefasst.

15

20

Vorrangig soll der Ausbau und Erhalt der vorhanden Schieneninfrastruktur im Vordergrund stehen. Dabei hat sich die neue Verwaltung bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen zu prüfen ob durch Zusammenlegung von Verkehrswegen Flächen (Landschaften) geschont werden können.

25

30

Begründung:

Sowohl für den Erhalt des Grundrechtes auf Freizügigkeit, der Möglichkeit auch in

- 35 abgelegenen Orten, in denen Arbeitnehmer
wohnen, die Industrie sich jedoch noch nicht
ansiedeln will, leben zu können, wie auch aus
wirtschaftlichen Gründen, ist es notwendig,
die Verkehrswege ohne vorrangige
40 wirtschaftliche Interessen anzulegen. Auch
ist die Verkehrsinfrastruktur aus Gründen der
Sicherheit für die Menschen, die Tiere und
die Umwelt ohne vorrangige
Renditeorientierung zu unterhalten. Aus
45 diesem Grunde bekennen wir uns zur
Beibehaltung der staatlichen Straßen,
Wasserstraßen, Flughäfen und vor allen
Dingen Schienenwege.
- 50 Damit aber eine bessere Koordination beim
Bau und Unterhalt der Verkehrsinfrastruktur
möglich ist, sind die unterschiedlichen
Verwaltungen zu einer Verwaltung
zusammen zu fassen. Diese hat dann die
55 Aufgabe bei der Planung von Neubauten oder
Erhaltungsmaßnahmen zu prüfen, welche der
vorhandenen Verkehrswege für das
vorhandene oder zu erwartende
Verkehrsaufkommen notwendig ist. Ein
60 massiver Flächenverbrauch wie derzeit am
Albaufstieg (A 8) zwischen Stuttgart und
Ulm zu sehen ist, kann damit vermieden oder
mindestens optimiert werden.
- 65 Eine Zusammenlegung der Behörden bietet
die Möglichkeit einer effizienteren Planung
von neuen Verkehrswegen und eine bessere
Abstimmung dieser.

Antragsbereich UV/Antrag 5

Kennnummer 13472

*Ortsverein Efringen-Kirchen
(Kreisverband Lörrach)*

Empfänger:

SPD-Bundestagsfraktion

Abstellen von Gefahrgutzügen in Wohngebieten unterbinden Abstellen von Gefahrgutzügen in Wohngebieten unterbinden

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, Überweisung an die Bundestagsfraktion
initiativ zu werden, um das zeitweilige

Abstellen von Gefahrgutzügen in Wohngebieten zu unterbinden.

5

Begründung:

Da die Vorschriften der „Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter“ (RID) keinen hinreichenden Schutz für die Bevölkerung bieten (hier: im Bahnhof von Efringen-Kirchen, wo Gefahrgutwaggons über Tage ungeschützt in unmittelbarer Nähe zu einem Wohngebiet abgestellt werden), besteht akuter Handlungsbedarf.

10

15

Dies hat die Havarie eines Gefahrgutwaggons im Dezember 2017 in Efringen-Kirchen gezeigt. Aus der Havarie wäre schnell eine Katastrophe geworden, wäre das sich selbst leicht entzündbare Methylmethacrylat bei hohen Temperaturen im Hochsommer ausgetreten.

20

25

Die Vorschrift für die Sicherung gefährlicher Güter besagt in Kapitel 1.10 lediglich, dass die gefährlichen Güter „ordnungsgemäß gesichert, gut beleuchtet und, soweit möglich und angemessen, für die Öffentlichkeit unzugänglich sein müssen“.

30

In Zeiten terroristischer Anschläge wird zudem die Formulierung „soweit möglich“ aus Sicht der Bahnanwohner mit sehr großer Sorge gesehen, denn die abgestellten Gefahrgutzüge sind öffentlich zugänglich. Da ein hinreichender Schutz für in Wohngebieten abgestellte Gefahrgutzüge äußerst schwierig sein dürfte, wäre es zielführender, das zeitweilige Abstellen gefährlicher Güter in Wohngebieten generell zu untersagen.

35

40

Wohnen

Antragsbereich W/ **Antrag 1**

Kennnummer 13505

SGK Baden-Württemberg

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

SPD-Landtagsfraktion

Bezahlbarer Wohnraum

Bezahlbarer Wohnraum

Bezahlbarer Wohnraum - unser sozialdemokratischer Auftrag Empfehlung erfolgt mündlich

- 5 Die Frage des bezahlbaren Wohnraums nimmt bereits jetzt in großem Umfang Einfluss auf unsere Gesellschaft. Sie entscheidet maßgeblich darüber, ob Menschen abhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation dort ein Zuhause
- 10 finden können, wo sie ihre Heimat haben. Sie trifft Aussage über die soziale Struktur von Städten und Gemeinden. Immer öfter bleiben attraktive Wohngegenden, ob in Stadtzentren oder landschaftlich herausragenden Lagen,
- 15 besonders wohlhabenden Menschen vorbehalten, während Menschen mittleren und unteren Einkommens an den Rand gedrängt werden. Die Höhe der Wohnkosten nimmt immer stärker Einfluss auf die
- 20 Lebensqualität und die Freiheit der Menschen. Immer mehr des selbst erarbeiteten Einkommens muss für Lebenshaltungskosten aufgebracht werden und steht nicht mehr zur freien Verfügung.
- 25 Die Höhe der Wohnkosten und nicht etwa Steuern oder Abgaben entscheiden verstärkt darüber, wie viel den Menschen von ihrem Einkommen jeden Monat bleibt.
- 30 Die SPD Baden-Württemberg räumt der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in ihrer Arbeit in Bund, Land und Kommunen zentrale Bedeutung ein. Die grün-schwarze Landesregierung zeigt mit oberflächlichen
- 35 Korrekturen, dass sie nicht bereit ist, die Frage des bezahlbaren Wohnraums über reine

40 Ankündigung hinaus mit notwendiger
Konsequenz anzugehen. Doch braucht es
eine Politik des entschlossenen Handelns mit
konkreten Resultaten, die mehr als Symbolik
für die eigene Klientel im Blick hat.

45 Mit dem Bewusstsein für die besondere
Bedeutung für das Leben vieler Menschen,
mit der Bereitschaft, aus Fehlern der
Vergangenheit zu lernen und mit dem
Anspruch, unsere Ziele und Reformansätze
ab 2021 wieder in der Landesregierung
50 umzusetzen, steht die SPD Baden-
Württemberg daher für folgende Maßnahmen
zur Schaffung von mehr bezahlbarem
Wohnraum ein.

Im Land entschieden handeln

55 Wir stehen für ein Baden-Württemberg, das
bezahlbares Wohnen als
gesamtgesellschaftliche und staatliche
Aufgabe versteht und entschlossen annimmt.
60 Die im Land regierenden Parteien haben die
akute Not, den immer dramatischeren
Missstand und den dringenden Bedarf zu
handeln nicht erkannt. Das Ausmaß des
akuten bezahlbaren Wohnraum Mangels ist
65 das Ergebnis einer Politik auf Grundlage
falscher Prognosen und Annahmen der
Landesregierungen der vergangenen
Jahrzehnten, von denen wir uns als baden-
württembergische Sozialdemokratie selbst
70 nicht ausnehmen. Doch sind wir bereit,
schonungslos Fehler anzuerkennen und die
richtigen Schlüsse für den heutigen,
drängenden Handlungsbedarf zu ziehen

75 Zur Staatsaufgabe des Landes gehört für uns
ein Dreiklang aus einem Wohnungsbereich in
öffentlicher Hand, staatlicher
Wohnraumförderung und Unterstützung des
Eigenerwerbs für breite
80 Bevölkerungsschichten. Die SPD hat in ihrer
Regierungszeit mit der Verdreifachung der
Landeswohnraumförderung unter den
Gesichtspunkten 2 und 3 dieses Dreiklangs
massive Fortschritte für die Menschen

85

erreicht. Der Verzicht auf landeseigene Wohnungen passt nicht zu diesem Ansatz.

90 Mit einer Landesentwicklungsgesellschaft
(LEG) geben wir dem Wohnungsbereich in
öffentlicher Hand spiegelbildlich und in
Ergänzung der kommunalen Gesellschaften
auch auf Landesebene ein Gesicht. Dabei soll
95 eine LEG Wohnen nicht nur landeseigene
Flächen im Sinne des sozialen
Wohnungsbaus und der erschwinglichen
Wohnraumschaffung für Familien
entwickeln, sondern auch als
100 Kooperationspartnerin für Kreise,
Gemeinden, kleiner städtischer
Wohnungsbaugesellschaften und
Wohnungsbaugenossenschaften dienen. Die
LEG Wohnen kann als Vorfinanziererin für
105 neubaurelevante Flächen auftreten und so
preisdämpfend wirken. Unter ihrem Dach
können interkommunale und regionale
Kooperationen zum Wohnungsbau
entwickelt werden. Auch können unter ihrem
110 Dach Stadt-Umland-Region-Kooperationen
zum Wohnungsbau entwickelt werden. Trotz
steigendem Bedarf geht die Anzahl der
Sozialwohnungen jedes Jahr aufgrund
auslaufender Bindungen und fehlendem
115 Neubau zurück. Auch dieser Entwicklung
wollen wir mit der LEG als einem Instrument
offensiv entgegenwirken.

Die Landeswohnraumförderung wird derzeit
120 von der grün-schwarzen Landesregierung bei
250 Millionen Euro eingefroren und führt in
der Folge so zu weniger geförderten
Einheiten pro Jahr. Dabei verringert die
Landesregierung sogar ihren eigenen
125 Förderanteil gegenüber der Vergangenheit,
der Hauptanteil der zusätzlichen Förderung
kommt durch Mittel der Bundesregierung
von SPD und Union. Dies ist angesichts der
steigenden Wohnungsnot und explodierender
130 Mieten eine vollkommen falsche Politik.
Mangelnde Bauflächen und zu geringer
Rückhalt durch die Landesregierung führen
dazu, dass sozial geförderter Wohnraum vor
Ort nur in geringem Maße umgesetzt werden
135 kann.

Die Notwendigkeit des Ziels, mit der Versiegelung weiterer Flächen vorsichtig umzugehen, erkennen wir an. Gleichwohl wissen wir um die unmittelbare Not vieler Menschen und den massiven Druck auf den Wohnungsmarkt. Alleine bis 2025 werden in Baden-Württemberg bis zu 500 000 neue Wohnungen benötigt. Deshalb setzen wir uns als SPD Baden-Württemberg dafür ein, insgesamt 7400 ha im Land als Bauflächen zu aktivieren. Diesen Verbrauch zusätzlicher Flächen wollen wir allerdings an eine erhöhte Bewohnungsdichte koppeln. Dies soll etwa durch verstärktes Bauen in die Höhe gewährleistet werden. Dabei kommt es darauf an, dass die zusätzlich aktivierten Bauflächen tatsächlich auch dem sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Um eine, dem dringenden Bedarf angemessene, Umsetzung von sozialem Wohnungsbau sicherzustellen, setzen wir uns im gleichen Atemzug dafür ein, den ca. 7400 ha zusätzlich aktivierten Flächen, was etwa fünf Prozent der bebauten Fläche entspricht, eine 100-prozentige Erhöhung der Landeswohnraumförderung auf insgesamt 500 Millionen Euro gegenüberzustellen. Dafür gilt es unter anderem, das Agrarstrukturverbesserungsgesetz zu novellieren.

Die Aktivierung weiterer Flächen soll mit Rücksicht auf die ökologische Nachhaltigkeit allerdings an zusätzliche Ausgleichsflächen und ergänzende Ökodieleistungen, sowie ein verstärktes Bauen in die Höhe gekoppelt werden. Das Land muss landeseigene Grundstücke stärker als bislang für die Bebauung aktivieren.

Diese umfangreichen Maßnahmen sind dem akuten Druck auf den Wohnungsmarkt angemessen, oberflächliche und weniger weitreichende Korrekturen der Landeswohnbaupolitik halten wir als SPD Baden-Württemberg daher für nicht verantwortbar. Bei der Bindungsdauer von Sozialwohnungen wollen wir eine besonders

geförderte 2-Generationen-Dauer von 60 Jahren einführen.

190 Nur in einem Land mit starken Kommunen
kann die Schaffung von bezahlbarem
Wohnraum vor Ort gelingen. Viele
Kommunen scheitern aus rein
haushälterischen Gründen daran,
195 Vorkaufsrechte auszuüben oder Baulücken
zu erwerben. Die gute finanzielle Ausstattung
von Kommunen und die Weitergabe von vom
Bund für die Kommunen vorgesehen Gelder
ohne Vorwegabzüge sind darum ein
200 struktureller Bestandteil einer aktiven
Wohnraumpolitik.

Die Kommunen wollen wir bei einer am
langfristigen Bedarf orientierten
205 Bauflächenpolitik unterstützen. Hierzu
gehört für uns ein Vorkaufsrecht im Sinne des
Allgemeinwohls und eine Unterstützung bei
einer stärkeren Durchmischung von
Neubaugebieten mit Einfamilienhäusern und
210 Geschossbauweise.

Die SPD Baden-Württemberg steht
unverrückbar für eine Wohnraumoffensive in
Baden-Württemberg, die in sozialer und
215 ökologischer Verantwortung geschieht.
Hierzu gehört bereits vorhandene Flächen
entschieden zu aktivieren, diese zu
verdichten oder in die Höhe zu bauen und
über einen Innovationscampus moderne und
220 demographiefeste Wohnformen besonders zu
fördern. Eine hervorgehobene Bedeutung
kommt hierbei der Holzbauweise zu

Die Ausrichtung auf neue alters- und
225 lebensmodellübergreifende Wohnformen,
sowie barrierefreies Wohnen in Kombination
mit neuer Mobilität und der neuen
Quartiersqualität ist für die SPD Baden-
Württemberg das Schlüsselement für
230 zukunftsgerichtetes Wohnen. Hierfür fordern
wir von der Landesregierung, landesweit
Modellversuche zu fördern.

Unter sozialen und ökologischen
235 Gesichtspunkten ist es unabdingbar, den
vorhandenen Mietraum in Verantwortung zu

setzen. Darum treten wir für
mietpreisdämpfende Maßnahmen wie eine
funktionierende Mietpreisbremse und für
240 mietmarktordnende Maßnahmen wie ein
funktionierendes Zweckentfremdungsverbot,
eine Politik gegen Leerstand und einen
Milieuschutz ein. Das
Zweckentfremdungsverbot wollen wir
245 dahingehend weiterentwickeln, dass es auch
zum Vorgehen gegen Eigentümer ermächtigt,
deren Wohnungen bereits zum Zeitpunkt des
Inkrafttretens der kommunalen Satzung
leerstanden oder als Ferienwohnung genutzt
250 wurden.

Die Landesbauordnung ist eine zentrale
Steuerungsmöglichkeit, um die
Wohnraumoffensive ökologisch und
255 demographiefest zu gestalten. Insbesondere
in der dringend notwendigen Schaffung von
barrierefreien und behindertengerechten
Wohnungen kann auf die Steuerung über
bauordnungsrechtliche Vorschriften nicht
260 verzichtet werden. Unter dem Gesichtspunkt
der galoppierenden Baukostenentwicklung
entsteht bei vielen Regelungen in der
Landesbauordnung ein Zielkonflikt mit der
Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Wir
265 wollen darum die Landesbauordnung
entschlacken und prüfen, auf welche
Einzelpunkte verzichtet werden kann bzw.
Welche sinnvollen aber nicht
ordnungsrechtlich notwendigen Maßnahmen
270 auch über eine finanzielle Förderung stärker
in den Wohnraum implementiert werden
können. Auch wollen wir bürokratische
Hemmnisse und komplexe
Genehmigungsverfahren vereinfachen.

275 Das Wohnraumangebot hat auch für unsere
starke baden-württembergische Wirtschaft
große Relevanz. Die Möglichkeit, Fachkräfte
in der Fläche des Landes zu gewinnen hängt
280 nach Einschätzung der vom Land in Auftrag
gegebenen Untersuchung der Prognos auch
davon ab, ob ausreichend Wohnraum zur
Verfügung steht. Wir fordern als SPD Baden-
Württemberg deshalb die Landesregierung
285 auf, gezielt mit den baden-
württembergischen Unternehmen in einen

Dialog zu treten. Es müssen Möglichkeiten
geprüft werden, den Bau von
Werkswohnungen durch die Unternehmen
290 gezielt zu fördern.

Die digitalen Möglichkeiten, Bauen
effizienter zu gestalten, müssen im Land
stärker gefördert werden. Building
295 Information Modeling (BIM) kann
beispielsweise helfen, Projekte effizienter
und günstiger umzusetzen. Die digitalen
Voraussetzungen für flächendeckenden
Wohnungsbau zu schaffen, ist gerade für die
300 Reduktion von steigenden Baukosten eine
ergänzende Möglichkeit. Eine gezielte
Förderung von BIM, gegebenenfalls zuerst
durch Modellprojekte fordern wir als SPD
Baden-Württemberg von der
305 Landesregierung ein.

Auf Bundesebene nicht ruhen

Als SPD Baden-Württemberg werden wir
310 weitere inhaltliche Schwerpunkte in der
Bundesregierung setzen, um die
Anstrengungen des Bundes für mehr
bezahlbaren Wohnraum voranzubringen. Die
im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU
315 und SPD aufgezeigten Lösungsansätze
zeigen, dass die SPD bereits bei den
Koalitionsverhandlungen viele eigenen
Akzente gegen die Union durchsetzen
konnte. Das klare Bekenntnis der
320 Koalitionspartner zum sozialen
Wohnungsbau etwa im Hinblick auf die
Schaffung von 1,5 Millionen neuer
Wohnungen und Einfamilienhäuser, genauso
wie die Formulierung der gemeinsamen
325 Verantwortung von Bund und Ländern
zeigen, dass der richtige Weg eingeschlagen
ist.

Die Einführung eines Baukindergeldes und
330 die neu aufzulegenden
Bürgschaftsprogramme für
Immobilienwerb der KfW kommen vor
allem Familien und Menschen mit geringen
und mittleren Einkommen zugute. Auch die
335 Rechte von Mieterinnen und Mietern sollen
durch verschiedene Konkretisierungen im

Gesamtkontext einer funktionierenden Mietpreisbremse ausgeweitet werden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass durch
340 Standardisierungen qualifizierte Mietpreisspiegel gesichert werden sollen, dass eine gesetzliche Auskunftspflicht des Vermieters zur Vormiete eingeführt wird und dass Mieterhöhungen nach
345 Modernisierungsmaßnahmen nur begrenzt erfolgen dürfen. Wir setzen uns als SPD Baden-Württemberg im Bund gleichwohl dafür ein, die Vergleichsdauer für Mietspiegel auf mindestens fünf Jahre
350 festzusetzen.

Wir verstehen es des Weiteren als unsere Aufgabe der SPD Baden-Württemberg, über
355 im Einzelnen vereinbarte Fortschritte im Koalitionsvertrag hinaus weitere Reformen voranzutreiben, um flächendeckend schnell mehr bezahlbaren Wohnraum in der gesamten Bundesrepublik zu schaffen.

360 Die Standardisierung des qualifizierten Mietpreisspiegels wollen wir um eine gesetzliche Veröffentlichungspflicht erweitern. Wir werden eine gesetzliche Verpflichtung zur Veröffentlichung
365 einführen. Der Erfolg der Mietpreisbremse kann nur gewährleistet werden, wenn die Erhebung der ortsüblichen Vergleichsmiete nicht auf individuellen Annahmen beruht, sondern auf belastbare, statistische Daten
370 zurückgreift. Gerade, da politische Maßnahmen zur Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum oft erst mehrere Jahre später greifen, muss der Trend rasant steigender Miet- und Wohnkosten durch einen
375 Mietpreisspiegel und eine wirkungsvolle Mietpreisbremse flächendeckend bekämpft werden. Alle Versuche der Union, das sozialdemokratische, sinnvolle Instrument der Mietpreisbremse auszuhöhlen, werden
380 wir als SPD daher unterbinden und auf eine konsequente Umsetzung der Nachbesserungen bei der Mietpreisbremse im Koalitionsvertrag pochen.

385 Für uns ist klar, dass neben der Subjektförderung auch die Objektförderung

erneut stärker in den Mittelpunkt des politischen Handelns rücken muss. Dabei wollen wir das eine nicht gegen das andere ausspielen. Wir müssen weiterhin die individuellen Probleme lösen, gleichzeitig aber auch dafür sorgen, dass mehr Wohnraum geschaffen wird. Dazu ist es notwendig, dass wir den Begriff der Gemeinnützigkeit neu definieren. Durch die Etablierung dieser „neuen Wohnungsgemeinnützigkeit“ sollen aktuelle Träger der sozialen Wohnraumförderung unterstützt und neue Investoren durch steuerliche Anreize angezogen werden. Durch eine neue gesetzliche Regelung eröffnen wir eine langfristige Planungsperspektive und verhindern, dass der Wohnungsmarkt von privaten Investoren mit reiner Gewinnmaximierungsaussicht dominiert wird.

Die Einführung der Grundsteuer C, die Brachflächen stärker belastet und eine Bebauung für EigentümerInnen attraktiver macht, muss mit großem Nachdruck vorangetrieben werden. Wir werden als SPD Baden-Württemberg mit Nachdruck darauf drängen, den Kommunen dieses Instrument zeitnah zur Verfügung zu stellen. Auch wollen wir eine politische Diskussion darüber anstoßen, wie verdichteter Wohnungsbau steuerlich attraktiver gestaltet werden kann, beispielsweise durch Modelle, wie etwa Bodenwertsteuern oder Bodenwertzuwachssteuern.

Wir wissen, dass die Aufgabe des Wohnungsbaus nicht allein dem freien Markt überlassen werden kann. Durch diesen entstehen zwar Wohnungen, aber oftmals nicht solche, die von der überwiegenden Anzahl der Menschen benötigt werden. Der von uns geforderten, höheren Betätigung der Bundesländer beim sozialen Wohnungsbau, wie wir sie beispielsweise mit der LEG im Land anvisieren, müssen daher auch die finanziellen Ressourcen durch den Bund gegenübergestellt werden. Der teils mäßige Abruf bestehender Fördermittel und die Bereitschaft der jeweiligen

Landesregierungen, Mittel nicht vollumfänglich weiterzugeben, wollen wir aktiv entgegenwirken und mit an
440 Landesregierungen beteiligten SPD-Landesverbänden hierzu in einen Dialog treten. Als SPD Baden-Württemberg wollen wir im Bund die Direktförderung von sozialem Wohnungsbau durch die
445 Bundesländer stärker thematisieren und setzen uns dafür ein, dass die im Koalitionsvertrag zusätzlich vereinbarte Bereitstellung von je einer Milliarde Euro 2020 und 2021 gegebenenfalls bereits früher
450 ergänzend eingestellt werden. Dem Kuriosum, dass rasant steigendem Bedarf bei bezahlbarem Wohnraum nicht abgerufene Fördermittel durch eigentlich zum Handeln verpflichteten Bundesländern
455 gegenüberstehen, müssen wir durchbrechen und werden als SPD Baden-Württemberg im Bund dazu initiativ werden.

Die Förderung von wirtschaftlich und sozial strukturschwachen Gebieten durch das Förderprogramm "Soziale Stadt" durch den Bund gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die Herausforderungen nehmen jedoch zu. Wir setzen uns als SPD Baden-Württemberg
460 daher dafür ein, diese Mittel auf 200 Millionen Euro zu verdoppeln. Dabei wollen wir nicht nur in Beton, sondern in Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt investieren und die Förderung von
465 Quartiersmanagement wieder stärker ermöglichen.

Bemühungen auf kommunaler Ebene

Überall dort, wo die SPD in den Kommunen Verantwortung trägt, genießt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum herausragende Priorität. Sozialdemokratischen Amts- und MandatsträgerInnen in Gemeinderäten und
475 Kreistagen, in den Regionalverbänden und in den Rathäusern wissen um die große Verantwortung, welche die kommunale Hand für bezahlbaren und sozialen Wohnraum trägt.
480

485

490 In ganz Baden-Württemberg setzt sich die Sozialdemokratie deshalb dafür ein, dass schnell bestehender Wohnraum auch als solcher genutzt wird. Wir wollen flächendeckend das Instrument der Zweckentfremdungsverbote stärker nutzen. Unverhältnismäßiger Wohnungsleerstand, 495 die Umwandlung von weiteren Wohnungen in Ferienwohnungen in Stadtzentren sowie attraktiven Wohngebieten und eine mögliche Umwandlung von Wohn- in Gewerbefläche wollen wir aktiv verhindern. 500 Dabei muss auch eine kommunale Kontrolle besser als bislang gewährleistet werden. Wohnraum für Menschen muss dauerhaft Vorrang in Baden-Württemberg haben.

505 Den Kommunen wollen wir mehr Möglichkeiten der Steuerung von Wohnungsbau vor Ort an die Hand geben. So soll die Möglichkeit, durch Quoten den Anteil von sozial gebundenem Wohnungsbau 510 zu definieren, nicht nur bei Neuausweisung von Wohngebieten, sondern auch bei größeren Wohnprojekten im Innenraum möglich sein. Auch wollen wir ein kommunales Vorkaufsrecht, befreit von der 515 Grunderwerbssteuer, prüfen.

Es ist richtig, dass das Land künftig Träger des sozialen Wohnungsbaus durch direkte Zuschüsse pro gebautem Quadratmeter beim 520 sozialen Wohnungsbau unterstützt. Gerade für die Kommunen und kommunale Wohnungsbauunternehmen muss diese Förderung jedoch in ausreichendem Umfang, etwa im Rahmen der Erhöhung der Mittel auf 525 500 Millionen Euro, stattfinden, damit eine signifikante Wirkung landesweit erzielbar ist.

Um bestehenden, leerstehenden Wohnraum besser zu aktivieren, wollen wir von 530 Positivbeispielen lernen. So wollen wir auf kommunaler Ebene dort, wo Bedarf besteht, die Einführung von Gesellschaften prüfen, die als Vermittler zwischen EigentümerInnen und MieterInnen agieren. Etwa nach dem 535 Vorbild der Vorarlberger gemeinnützigen Wohnbau- und Siedlungsgesellschaft oder

dem Karlsruher Modell zur Wohnraumakquise sollen so Mieteinnahmen garantiert und Risiken sowie Aufwand durch den Träger solidarisch getragen werden. Die Träger betreuen Eigentümer und Mieter gleichermaßen und verhindern durch diese Vorgehensweise, dass Eigentümerinnen und Eigentümer ihre Wohnung leer stehen lassen, weil sie den Aufwand der Vermietung scheuen oder Risiken vermeiden wollen.

Auf kommunaler Ebene setzen wir auf eine Konzept- statt auf eine Höchstpreisvergabe bei Grundstücksverkäufen. Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass kommunale Grundstücke nur an den Höchstbietenden veräußert werden. Vielmehr werden wir SozialdemokratInnen künftig darauf achten, dass sozial ausgestaltete Wohnkonzepte umgesetzt werden, die einen Beitrag zu mehr bezahlbarem Wohnraum leisten können.

Gerade für Menschen im Alter wird Wohnen verstärkt zur Herausforderung. Vielen alten Menschen werden die bewohnten Räumlichkeiten auf Dauer zu groß. Kleinerer Wohnraum ist oftmals nicht verfügbar, und wenn dann erheblich teurer. Wir wollen gerade auf kommunaler Ebene unsere Anstrengungen ausweiten, Alt werden im eigenen Zuhause zu fördern.

Gerade ein gutes Quartiersmanagement und verstärktes bürgerschaftliches Engagement können dazu beitragen, ein umfangreiches Förderkonzept für Menschen, die zuhause gepflegt werden wollen, zu gewährleisten. Auf kommunaler Ebene sind wir SozialdemokratInnen deshalb VorkämpferInnen für generationsübergreifende Wohnprojekte. Die Förderung für barrierefreien Umbau wollen wir auch vor Ort stärker ausweiten um ein gutes Leben im Alter zu ermöglichen und so auch die Belastung der Pflegeeinrichtungen reduzieren.

Statut

*Antragsbereich Statut/ **Antrag 1***

Kennnummer 13508

AsF Baden-Württemberg

Rederecht für Mitglieder auf Parteitag Rederecht für Mitglieder auf Parteitag

Im Statut der SPD Baden-Württemberg wird Überweisung an den nächsten ordentlichen
unter § 9 neu eingefügt: Parteitag

5 „(4) Mitglieder der SPD Baden-Württemberg
haben Rederecht auf dem SPD-
Landesparteitag.“

Geschäftsordnung der Antragskommission des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg

§ 1

(1) Die Antragskommission besteht aus 30 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende.

(2) Die Antragskommission kann Unterkommissionen bilden.

(3) Die Antragskommission bestimmt aus ihrer Mitte die Berichterstatter.

§ 2

(1) Die Mitglieder der Antragskommission erhalten die Anträge unmittelbar nach Ablauf der Antragsfrist von der Geschäftsstelle.

(2) Die Antragskommission soll einen Vorschlag für den zweckmäßigen Verhandlungsablauf machen, über den der Parteitag als Geschäftsordnungsantrag entscheidet.

(3) Liegen zu einem Sachgebiet mehrere Anträge vor, schlägt die Antragskommission einen Antrag als Grundlage der Beratung vor.

Für die Behandlung von Anträgen kann sie empfehlen:

- zur Beschlussfassung nicht geeignet
- Nichtbefassung
- erledigt durch ...
- Annahme
- Annahme in folgender Fassung: ...
- Ablehnung
- Überweisung als Material an ...

(4) Empfehlungen der Antragskommission sollen keine inhaltlichen Änderungen der Anträge enthalten.

(5) Auf Verlangen hat die Antragskommission das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben und die Meinung der Minderheit vorzutragen.

(6) Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Antragskommission begründet die Empfehlungen der Antragskommission. Zur Sache selbst soll er oder sie nur Stellung nehmen, soweit dies zur Begründung der Empfehlung notwendig ist

(7) Die Antragskommission kann Empfehlungen für die zeitliche Weiterbehandlung von Anträgen machen.

§ 3

(1) Die erste Sitzung nach der Wahl der Antragskommission wird vom oder von der Landesvorsitzenden einberufen.

(2) Die Einberufung zu weiteren Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Antragskommission. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Kommission hat er oder sie die Antragskommission in angemessener Frist einzuberufen.

§ 4

(1) An den Beratungen der Antragskommission nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Europaabgeordneten teil.

(2) Die Sitzungen der Antragskommission sind delegiertenöffentlich.

(3) Die Antragskommission kann Sachverständige zur Beratung zuziehen.

§ 5

(1) Diese Geschäftsordnung wurde am 15./16. September 1995 in Pforzheim beschlossen.

(2) Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss des Parteitages.